

Unser Wahlprogramm 2008-2013

Bündnis 90/Die Grünen Bayern

Präambel - Die Zeit ist reif für Grün!	2
Nachhaltigkeit	4
Volle Energie für ein besseres Klima und eine sichere Zukunft	4
Ein ganzheitliches grünes Verkehrskonzept	8
Kein Ausbau des Flughäfen und Startbahnen.....	10
Müll	12
Blauer Himmel/Grünes Land - Naturreichtum für alle.....	13
Landwirtschaft und Verbraucherschutz.....	15
Grüne Wirtschaftspolitik für Bayern.....	20
Olympia 2018: ökologisch – nachhaltig - fair!“	26
Grüne Haushaltspolitik: ökologisch – sozial – berechenbar	27
Soziale Gerechtigkeit	30
Bildungsarmut und Chancengerechtigkeit.....	31
Wir bilden Bayerns Zukunft.....	34
Der Dreiklang grüner Bildungspolitik: Gerechtigkeit – Vertrauen - Leistung.....	34
Eine Schule für alle	36
Stärkung der Erwachsenenbildung und Weiterbildung.....	38
Hochschulen öffnen und ausbauen.....	39
Armut bekämpfen – Chancen eröffnen	40
Arbeitslosigkeit und ihre Folgen bekämpfen	43
Regionale Spaltung bekämpfen – Chancengerechtigkeit schaffen	45
Selbstbestimmung und Vielfalt	47
Jugendliche wollen selbst bestimmen - Und das sollen sie auch!.....	47
Mit mehr Geschlechtergerechtigkeit und innovativer Frauenpolitik für ein modernes Bayern!.....	49
Leben im Alter.....	52
Bayern andersrum: Ein Herz für gleiche Liebe.....	53
Integration	54
Mittendrin und nicht daneben.....	56
Gesundheit.....	57
Drogen: Verantwortung statt Repression	58
Kultur gestaltet Gesellschaft	58
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.....	60
Partizipation ermöglichen.....	60
Datenschutz und Datensicherheit	62
Für ein freiheitliches Versammlungsrecht	63
Entschieden gegen Rechts	64
Medien	65
Kommunale Selbstverwaltung stärken.....	65
Bürgerentscheid und Bürgerbeteiligung.....	66
Bürgerschaftliches Engagement groß geschrieben.....	67

Präambel - Die Zeit ist reif für Grün!

Die bayerischen GRÜNEN treten zur Landtagswahl am 28. September 2008 als starke politische Kraft an. Grüne Politik bietet ein durchdachtes Konzept für alle Bereiche des Lebens. Immer mehr Menschen achten in ihrer Lebensführung auf umweltfreundliche Produkte, auf Ökostrom und gesunde Ernährung. Die Menschen wünschen sich Rahmenbedingungen, die auf Nachhaltigkeit und Schutz der Lebensgrundlagen setzen. Genau dafür stehen wir bayerischen GRÜNEN. Für den Schutz der Umwelt, des Klimas, für gesunde und gentechnikfreie Lebensmittel, für bessere Zukunftschancen unserer Kinder, für das solidarische Zusammenleben von Jung und Alt. Grüne Politik bedeutet auch sich für bessere Bildung und gerechte Chancen einsetzen, unabhängig von der Herkunft. Deshalb stehen die GRÜNEN für eine längere gemeinsame Schulzeit, für bessere Kinderbetreuung, mehr Ganztagsangebote und gerechten Lohn für alle.

Mit grünen Ideen an die Spitze

Die Zeit ist reif für grüne Konzepte. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass unsere Themen die richtigen sind und unsere Konzepte Zukunftschancen bieten. Die GRÜNEN handeln überall dort, wo sie die Möglichkeiten dazu haben: ob in politischer Verantwortung oder aus einer konsequenten Opposition heraus. Die GRÜNEN haben in unserer Gesellschaft schon manches bewegt, aber vieles bleibt noch zu tun. Wir wollen, dass Bayern ein wirtschaftlich starkes Land bleibt. Das wird uns nur gelingen, wenn wir ökologisches Handeln in den Mittelpunkt unserer ökonomischen Überlegungen stellen. Denn im Bewusstsein des fortschreitenden Klimawandels und der immer knapper werdenden Rohstoffe werden sich am Markt nur Güter und Dienstleistungen durchsetzen können, die wenig Schadstoffe produzieren, mit Rohstoffen sparsam umgehen und auf erneuerbare Energien setzen. Das Erneuerbare Energien-Gesetz, das die GRÜNEN durchgesetzt haben, zeigt mehr als deutlich, dass ökonomischer Erfolg und ökologische Konsequenz sich wunderbar ergänzen.

Konsequent grün

Schutz unserer Natur, Erhalt der Artenvielfalt und damit die Sicherung unserer Lebensgrundlagen wie sauberer Boden, reine Luft und gesundes Wasser sind und bleiben eine unserer wichtigsten politischen Aufgaben. Nach wie vor gilt für uns als wichtigste Leitlinie der Spruch: „Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt.“ Dies ist Antriebsfeder und Motor unseres Handelns und unseres Einsatzes für die Menschen und für die Natur in Bayern. Jahr für Jahr verschwindet in Bayern eine Fläche in der Größe des Chiemsees unter Asphalt und Beton für Straßen, Gewerbegebiete und Einkaufszentren. Für uns GRÜNE steht fest, das was man liebt, betoniert man nicht. Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsmitteln zerstört die Grundlagen der bäuerlichen Landwirtschaft, gefährdet Verbraucherinnen und Verbraucher und hilft nur wenigen Großkonzernen.

Bessere Bildungschancen durch grüne Bildungspolitik

Gute Bildung ist das wichtigste Fundament unserer Gesellschaft und der Zukunftschancen junger Menschen. Umso dramatischer ist es, dass das bayerische Bildungssystem dabei versagt. Jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss, der Auslesedruck beginnt schon bei den Kleinsten und der soziale Hintergrund der Eltern entscheidet mehr und mehr über die Bildungschancen. Deshalb setzt grüne Bildungspolitik auf mehr Chancengerechtigkeit. Längere gemeinsame Schulzeit, flächendeckend Ganztagschulen, mehr Lehrerinnen und Lehrer, kleinere

Klassen, individuelle Förderung und mehr Vielfalt heißen unsere Antworten. Grüne Bildungspolitik basiert auf drei Grundprinzipien: Gerechtigkeit – Leistung – Vertrauen.

CSU hat abgewirtschaftet – Grün kommt

Bei der Landtagswahl im September gibt es gute Chancen, die lähmende 46-jährige Alleinherrschaft der CSU zu beenden. Diese Chance wollen wir nutzen und die Weichen stellen für einen neuen politischen Aufbruch in Bayern. Die CSU zeigt deutliche Anzeichen des Zerfalls. Sie hat abgewirtschaftet. Der von der CSU immer wieder propagierte Alleinvertretungsanspruch für Bayern zählt nicht mehr. Wir bayerischen GRÜNEN stehen für ein modernes, buntes, offenes, zukunftsfähiges Bayern. Die CSU setzt diese Zukunftsfähigkeit aufs Spiel. Das Land ist von Filz und Spezlwirtschaft durchsetzt. Transparenz und demokratische Kontrolle werden überall behindert. Die falschen Entscheidungen werden immer mehr und der Versuch eines nachträglichen Korrigierens zeugt von der Perspektivlosigkeit. Ob Transrapid oder G-8, Landesbankkrise oder Gammelfleisch, die Menschen in Bayern werden dieser Politik und diesen Fehlentscheidungen mehr und mehr überdrüssig.

Mehr Lebensqualität für alle

Grüne Politik bedeutet, ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit für alle und individuelle Freiheit zusammenzudenken und umzusetzen. Deshalb stehen wir für größtmögliche individuelle Entfaltung aller Bürgerinnen und Bürger. Die Privatsphäre muss auch in Zukunft gewahrt bleiben. Alle haben das Recht, jederzeit und überall die eigene Meinung zu äußern. Online-Überwachung, Lauschangriff und Einschränkungen des Versammlungsrechts lehnen wir ab. Wir sind die politische Kraft für alle, die ein gutes Leben im Sinne von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit führen wollen. Dabei sehen wir uns nicht nur in Verantwortung für diejenigen, die nach uns kommen, sondern auch für Menschen anderswo auf dieser Welt. Gutes Leben ist auf Dauer nicht möglich, wenn es auf Kosten anderer geht.

Wir stehen für ein starkes Europa auf einer gemeinsamen, demokratischen, rechtlichen Grundlage. Gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen in Frieden und Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern verlangt konsequentes Handeln für ein gemeinsames Europa.

Frauen und Männer kämpfen bei den GRÜNEN gleichberechtigt für eine moderne Gesellschaft, in der Familie und Beruf besser vereinbar sind, einen Freistaat Bayern, in dem Frauen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn wie Männer bekommen und Frauen verstärkt in Führungspositionen in Staat und Wirtschaft aufsteigen.

Grün ist das Leben - Grün ist die Erneuerung

Wir handeln Schritt für Schritt, konsequent und verantwortungsvoll. Immer mehr Menschen schließen sich uns an und helfen mit, engagiert und kompetent für eine andere Politik in Bayern zu streiten. Unterstützen Sie uns und kommen Sie auf unsere Seite, denn dieses Bayern braucht mehr Grün.

Nachhaltigkeit

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist das Leitmotiv grüner Politik. Es bedeutet, so zu leben und zu wirtschaften, dass die Chancen von Menschen in anderen Regionen der Welt und die Chancen künftiger Generationen auf eine lebenswerte Zukunft intakt bleiben. Nachhaltige Politik setzt sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen durch konsequenten Schutz des Erdklimas, der Ökosysteme und der Artenvielfalt ein. Nachhaltige Politik steht für eine Wirtschaftspolitik, die der Begrenztheit der Ressourcen Rechnung trägt. Nachhaltige Politik ist eine Politik der Teilhabe und des sozialen Ausgleichs, die sozialer Spaltung und Ausgrenzung entgegen wirkt. Wirtschaftlicher Erfolg und Nachhaltigkeit sind dabei keine Gegensätze, sondern bedingen einander: angesichts des fortschreitenden Klimawandels und der zunehmenden Knappheit von Ressourcen kann hohe Lebensqualität nur gesichert werden, wenn sich die Produktion und der Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen an den geänderten Voraussetzungen orientieren. Die ungebremste Nachfrage nach erneuerbaren Energien und ökologischen Lebensmitteln sind nur zwei Beispiele dafür, dass sich mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben lassen. Durch entsprechende Weichenstellungen in der Energie-, Verkehrs-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik können dafür die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Für diese konsequente Politik der Nachhaltigkeit stehen die bayerischen GRÜNEN – früher, jetzt und in der Zukunft.

Volle Energie für ein besseres Klima und eine sichere Zukunft

Wir müssen ernst machen mit dem Klimaschutz, wenn wir eine stärkere Erwärmung des Erdklimas mit katastrophalen Folgen verhindern wollen. Bis 2050 müssen die Industrieländer mindestens 80% der Treibhausgase einsparen. Die Absenkung um mindestens 40% bis 2020 ist das Zwischenziel.

Die nicht erneuerbaren Energien werden immer knapper und teurer. Sie führen in eine höchst unsichere wirtschaftliche Zukunft. Nachhaltige Energiepolitik setzt auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Nur sie schützt das Klima und sichert gleichzeitig unsere wirtschaftliche Zukunft. Wir bayerische GRÜNE fordern deshalb eine Wende beim Klimaschutz in Bayern. Als großes und wirtschaftlich starkes Bundesland hat Bayern eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, ob Deutschland seiner internationalen Verantwortung beim Klimaschutz gerecht wird. Klimaschutz in Bayern darf nicht länger ein Randthema der Politik der Staatsregierung sein. Wir brauchen klare und ambitionierte Ziele und Rahmenbedingungen im Klimaschutz, konkrete Maßnahmen und eine regelmäßige Überprüfung. Klimaschutz muss in das Zentrum der Landespolitik rücken.

Da die bayerische Staatsregierung jahrzehntelang einseitig auf die Atomenergie gesetzt und die damit verbundenen Risiken ignoriert hat, steht Bayern vor der doppelten Herausforderung, gleichzeitig den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und die wegfallenden Kapazitäten der Atomkraftwerke zu ersetzen. Bayern kann zum Vorreiter bei den Energiespartechnologien und bei den erneuerbaren Energien werden. Durch die Nutzung heimischer Potenziale und die deutliche Verminderung des Imports von Rohstoffen wie Uran und Erdöl bleibt die Wertschöpfung im Land und wir werden weniger anfällig für die stark steigenden Rohstoffpreise und mögliche Versorgungsengpässe.

Energiewende vorantreiben!

Energiepolitik wird auf vielen politischen Ebenen beeinflusst. Nicht zuletzt durch die Politik der Staatsregierung sind die Gestaltungsmöglichkeiten des Freistaats in den letzten Jahren zurückgegangen. Dennoch gibt es eine Fülle von dringend zu erledigenden Aufgaben, die direkt von der Staatsregierung angegangen werden müssen. Bayerische Energiepolitik muss sich an vier Kernzielen orientieren.

Maximale Einsparungen - Höchste Energieeffizienz

Öl, Gas und Uran sind bereits jetzt knappe Ressourcen. Sparsamer und effizienter Einsatz von Energie spart nicht nur Ressourcen, sondern schafft mit intelligenten Produkten wie verbrauchsarmen Elektrogeräten auch Wettbewerbsvorteile für die bayerische Wirtschaft. Diesen Strukturwandel darf unser Land auch in der Automobilindustrie nicht verschlafen. Nur wenn die Entwicklung alternativer Antriebe und spritsparender Fahrzeuge schnellstens auf die Tagesordnung gesetzt wird, kann Bayern auch in Zukunft im Bereich der Fahrzeugtechnologien eine führende Rolle auf den Weltmärkten einnehmen. Das Land muss solche Visionen zum zentralen Leitbild seiner Umwelt-, Forschungs- und Industriepolitik erheben.

Mit der Energieeinsparverordnung wurde der Niedrigenergiehaus-Standard für Neubauten verbindlich gemacht. Unser nächstes Ziel ist über den weiter zu fördernden Passivhaus-Standard bei Neubauten hinaus die schrittweise Einführung des Plusenergiehaus-Standards, bei dem im Gebäude weniger Strom verbraucht als erzeugt und ins Stromnetz eingespeist wird. Auch bei der Sanierung von Altbauten und historischen Gebäuden streben wir diesen Standard an. Damit sind wir auf dem neuesten Stand der effizienten Technik von Mini-Blockheizkraftwerken, die dabei helfen, die Dinosaurier der Großkraftwerke zu ersetzen.

Energieeffizienz im Neubau: Die Einhaltung der Energieeinsparverordnung muss wirksam und nachdrücklich kontrolliert werden. Im Neubau müssen passive und aktive Sonnenenergienutzung, Nahwärmenetze und der Einsatz von erneuerbaren Energien vorrangiges Planungskriterium werden. Die Bayerische Bauordnung ist diesbezüglich zu ändern.

Energieeffizienz im Altbau: Über die bestehenden Kreditprogramme des Bundes hinaus ist es erforderlich, dass bei allen öffentlichen Förderprogrammen die Klimaschutzaspekte vorrangig berücksichtigt werden. Gegebenenfalls müssen die Fördermittel entsprechend erhöht werden. Die längst überfällige energetische Sanierung der staatlichen Gebäude ist in einem engen Zeitrahmen (bis 2015) umzusetzen. Dabei sind Wärmedämmung, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der Einsatz der erneuerbaren Energien vorrangig. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, brauchen wir ein Bündel von Maßnahmen. Durch ein Energiemanagement unter Einbindung der Gebäudenutzer können oft schon 30% der Energiekosten kurzfristig eingespart werden. Dort, wo größere Energieinvestitionen erforderlich sind, für die kurzfristig die Mittel durch die GebäudenutzerInnen nicht aufgebracht werden können, sollen durch ein umfassendes Contractingprogramm private Investoren in den Umbau und die Sanierung eingebunden werden. Ein Förderprogramm für Energieeffizienz im Endenergieverbrauch (finanziert über einen Energiesparfonds und orientiert am „Top-Runner-Ansatz“), beispielsweise zur Optimierung von Pumpen und Heizungssystemen, der Modernisierung von Klimaanlage und Beleuchtungssystemen, dem Ersatz elektrischer Speicherheizungen und der forcierten Einführung energieeffizienter Kühl- und Gefriergeräte ist aufzulegen. Ein Netz von Energieberatungsstellen, das von allen Energieversorgern unabhängig ist und das Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen als Anlaufstelle zur Verfügung steht, ist aufzubauen.

Maximaler Einsatz erneuerbarer Energie

In Sachen Nutzung der Windenergie ist Bayern ein Entwicklungsland. Das liegt in erster Linie am weit verbreiteten Widerstand der CSU auf allen Ebenen und an der restriktiven Genehmigungspraxis. Dass nur 1,5% der Windkraftleistung Deutschlands aus Bayern stammen, ist das Ergebnis der Blockade durch die Bayerische Staatsregierung. Moderne Windkraftanlagen weisen eine Nabenhöhe von 120 m auf und sind in der Lage, auch in Bayern einen guten Stromertrag zu liefern. In Bayern gibt es über 1000 geeignete Standorte für Windkraftanlagen.

Zur Nutzung des großen Potenzials der Tiefen-Geothermie in Bayern sind die Kommunen und deren Stadt- bzw. Gemeindewerke bei Geothermiebohrungen, sowie bei Planung und Umsetzung der Geothermienutzung aktiv zu unterstützen. Bei Neubauten muss die Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung grundsätzlich zur Pflicht gemacht werden. Dachflächen staatlicher Gebäude müssen umgehend Investoren für Photovoltaik-(PV-)Anlagen zur Verfügung gestellt werden, sofern sie der Staat nicht selbst für diesen Zweck nutzt. Die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung muss dringend ausgebaut werden, insbesondere in den Ballungsräumen, bei Unternehmen, in größeren Wohnanlagen und öffentlichen Einrichtungen. Dazu ist ein Förderprogramm erforderlich.

Das ökologisch erschließbare Potenzial gerade an kleinen Wasserkraftwerken ist in Bayern bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Mit der Nutzung der Wasserkraft verbundene ökologische Nachteile sind auszugleichen, durch die Beschaffenheit der Anlagen (z.B. Vorrang von Wasserrädern gegenüber Turbinen zum Schutz der Fische) und dem Schaffen der Durchgängigkeit des Fließgewässers (z.B. mit Umlaufrippen). Die Umrüstung auf effiziente, moderne Turbinen ist in den bestehenden großen Wasserkraftwerken zu fördern. Bei bereits bestehenden Wasserkraftwerken sollen über eine verbesserte Bonusregelung im Erneuerbaren Energiengesetz Maßnahmen für eine bessere Umweltverträglichkeit - wie etwa Fischtreppe - umgesetzt werden, soweit noch nicht vorhanden.

100% erneuerbare Energien

Unser Ziel ist es, Bayern zu 100% mit erneuerbarer Energie zu versorgen. Das ist natürlich nicht kurzfristig zu erreichen. Aber es ist notwendig und lohnt sich, bereits heute dafür die Weichen zu stellen. Eine Vollversorgung mit erneuerbarer Energie bringt mehrfache Rendite: besseren Klimaschutz, höhere Wertschöpfung und mehr Arbeitsplätze in Bayern, Unabhängigkeit von Rohstoffimporten und Versorgungssicherheit. Langfristig bieten die erneuerbaren Energien genug Potenzial, um den bayerischen Energiebedarf zu decken. Um dieses Potenzial zu nutzen, wollen wir die erneuerbaren Energien schneller und konsequenter ausbauen als dies bislang der Fall war. Zudem setzen wir auf Energieeinsparung durch moderne Technologien sowie durch Information und Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Jede Kilowattstunde Strom und jeder Liter Heizöl, der nicht verbraucht wird, bringt uns dem Ziel einer umweltfreundlichen Energieversorgung näher.

Ausstieg aus der Kernenergie

In Oshu (Niederbayern), Grafenrheinfeld (Unterfranken) und Gundremmingen (Schwaben) produzieren fünf Atomreaktoren rund zwei Drittel des in Bayern verbrauchten Stroms. Außerdem tödlich strahlenden Atommüll, der eine Million Jahre von der Umwelt sicher isoliert gelagert werden muss. Zur Zeit werden in Bayern zudem Castoren in den drei Zwischenlagern aufgestellt, die gegen Terroranschläge und Großunfälle nur unzureichend gesichert sind. Weltweit existiert kein sicheres Atomendlager. Es ist ein Skandal, dass die CSU die Laufzeiten der Atomkraftwerke

verlängern will, und hierbei ignoriert, dass die Entsorgungsfrage völlig ungelöst ist. Die hohen Gewinne der Energieversorgungsunternehmen aus alten abgeschriebenen Atomkraftwerken von bis zu einer Millionen Euro pro Tag dürfen nicht zu Lasten der Gesundheit der Bevölkerung, unserer Sicherheit und unserer Zukunft gehen. Eine gegen großen Widerstand durchgesetzte staatliche Studie zeigt, dass die Atomkraftwerke schon im Normalbetrieb Krebs verursachen. Im näheren Umkreis der drei bayerischen Atomstandorte ist etwa jede zweite Leukämieerkrankung bei Kindern auf die Atomkraftwerke zurückzuführen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Forderung nach einem schnellen Atomkraftausstieg nicht im Widerspruch zu dem ehrgeizigen Ziel steht, die CO₂ Emissionen in Bayern bis 2025 um 25% zu senken. Wir fordern deshalb:

- statt Verlängerung der AKW-Gefahrzeiten muss der Atomausstieg beschleunigt werden. Der besonders gefährliche und vor Flugzeugabstürzen wenig geschützte Atomreaktor Isar 1 muss sofort abgeschaltet werden;
- keine Laufzeitverlängerungen durch Übertragungen von Stromkontingenten;
- der für die AKW in Grafenrheinfeld und Gundremmingen beantragte Ausbau („Leistungserhöhung“) bedeutet eine Steigerung der Risiken und der Emissionen und darf nicht genehmigt werden, wie dies die CSU für Gundremmingen unmittelbar nach der Landtagswahl plant;
- die Grenzwerte für die Strahlungsabgabe der Kernkraftwerke müssen abgesenkt werden, damit auch die empfindlicheren Kinder geschützt werden;
- der in Bayern gelagerte Atommüll („Zwischenlager“) muss so gesichert werden, dass auch Anschläge und Großunfälle nicht unser Land vernichten würden.

Biomasse: Ja aber...

Biomasse, also Pflanzen, Holz, Speisereste, Gülle, Nahrungsmittelreste, ist ein wichtiger und prinzipiell klimaschonender Energieträger: in der Regel wird bei der Verbrennung oder anderen Verwertung von Biomasse nur soviel CO₂ frei, wie vorher beim Wachstum aus der Luft entnommen wurde. Biomasse ist ein wichtiger Baustein für die Energieversorgung der Zukunft. Allerdings muss beachtet werden, dass die Nutzung von Biomasse auch mit der Lebensmittelversorgung in Konkurrenz steht und die Artenvielfalt bedrohen kann. Zudem kommt es beim intensiven Anbau von Biomasse-Pflanzen zu wesentlichen Klimagas-Emissionen. Für uns kommt der Import von Soja- und Palmöl oder Bio-Alkohol, der zu Lasten von Regenwäldern, Torfflächen oder notwendigen Flächen für den Anbau von Lebensmitteln geht, nicht in Betracht. Gleiches gilt für den intensiven Anbau von Energiepflanzen und Mais-Monokulturen. Die Möglichkeiten einer nachhaltigen, ökologisch verträglichen Nutzung der Biomasse sind vorhanden und müssen auch zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern in fairem Handel genutzt werden. Vorrang hat natürlich die Nutzung der Rest- und Abfallstoffe, bevorzugt in dezentralen Anlagen. Die Verwendung von Biomasse in Kraftwerken, die sowohl Strom als auch Wärme erzeugen (KWK), muss Vorrang haben. Für den Anbau von Energiepflanzen gibt es bereits jetzt Modelle für eine ökologische Bewirtschaftung ohne Gentechnik und mit entsprechenden Fruchtfolgen und Mischfruchtanbau wie z.B. Leindotter und Sommerweizen. Die Zertifizierung der eingesetzten Biomasse ist ein notwendiger Schritt, nicht zuletzt um nicht nachhaltig produzierte Biomasse aus anderen Ländern abzuwehren. Wir wollen die Forschung in diesem Bereich stärker fördern mit dem Ziel, die ökologisch verträgliche Nutzung der Biomasse voranzubringen.

Ein ganzheitliches grünes Verkehrskonzept

Unsere Verkehrspolitik ist gekennzeichnet von einem ganzheitlichen Mobilitätskonzept. Dabei setzen wir auf eine Kombination von Verkehrsvermeidung, Verlagerung von der Straße hin zu Bahn, Bus und Rad sowie auf moderne und weniger umweltschädliche Autos. Der Umweltverbund aus Gehen, Radfahren und öffentlichem Verkehr soll dabei eine stärkere Rolle übernehmen. Das Ziel des Bayerischen ÖPNV Gesetzes, dass der öffentliche Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge ist und er im Interesse des Umweltschutzes, der Verkehrssicherheit, der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sowie der Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen im gesamten Staatsgebiet als eine möglichst vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu Verfügung stehen soll, muss endlich umgesetzt werden. Dies wäre ein Gewinn für alle. Es bedeutet weniger Lärm, bessere Luft, kinderfreundliche Städte und Gemeinden und weniger Naturzerstörung. Und es bedeutet Mobilität und Lebensqualität für den großen Teil der Bevölkerung ohne Führerschein (37 %) bzw. ohne regelmäßige Verfügbarkeit über einen PKW (knapp 51 %).

Verkehrschao Bayern

In keinem anderen Bereich ist die Diskrepanz zwischen notwendigem Klimaschutz und tatsächlicher Entwicklung so groß wie im Verkehr. Die Zuwachsraten des Verkehrs seit 1990 haben die Einsparerfolge an Treibhausgasemissionen in anderen Sektoren teilweise wieder aufgezehrt. Der Luftverkehr hat dramatisch zugenommen und gilt trotz einiger Turbulenzen in den vergangenen Jahren weiterhin als Wachstumsbranche. Gleichzeitig ist der Flugverkehr die klimaschädlichste Art der Mobilität. Die so genannten Regionalisierungsmittel, welche die Länder vom Bund zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs erhalten, wurden von der großen Koalition in Berlin deutlich gekürzt. Der Freistaat hat den Fehlbetrag nicht mit den dafür vorgesehenen Landesmitteln aus den Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuererhöhung ausgeglichen. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss beim Treibhausgas-Ausstoß im Verkehr schnellstmöglich die Kehrtwende gelingen.

Umweltfreundliche Mobilität für alle statt Großprojekte für wenige

Wir wollen, dass möglichst viele Menschen in Bayern von einem gut ausgebauten Öffentlichen Verkehr profitieren. Dazu müssen Busse und Bahnen im ganzen Land attraktiver werden. Wir brauchen bessere Verbindungen in der Fläche auch an Wochenenden und am Abend, abgestimmte Fahrpläne und ein Tarifsysteem aus einem Guss. Die bisherige Verkehrspolitik setzt einseitig auf den Straßenbau, den Ausbau von Flughäfen und wenige Prestigeprojekte wie den Ausbau der ICE-Strecken. Für die Fahrgäste in den ländlichen Regionen reicht es aber nicht, wenn sie auf Hauptstrecken 300 km in 2 Stunden zurücklegen, aber für die letzten 80 km genau so lange brauchen. Unser Ziel ist bessere und umweltfreundliche Mobilität für alle Menschen, in den Städten und auf dem Land, für PKW-NutzerInnen und solche, die nicht über ein eigenes Auto verfügen.

Vermeidung von unnötigem Verkehr

Mit flankierenden Maßnahmen der Raumordnungs- und Siedlungspolitik, der Bauleitplanung und des Städtebaus werden wir zukünftige Verkehrsprobleme noch vor ihrem Entstehen verhindern, zumindest aber vorausschauend minimieren. Funktional zusammen gehörende Bereiche, wie Wohnen und Arbeiten, müssen zukünftig wieder näher zusammen geführt werden. Hierzu muss das Landesentwicklungsprogramm

überarbeitet werden. Die Stärkung der Ortszentren muss Vorrang vor einer weiteren Zersiedelung des Landes haben. Die Innenstädte müssen barrierefrei gestaltet werden.

Vernetzung der Verkehrsträger und Mobilitätsmanagement

Zukunftsfähige Verkehrspolitik muss die verschiedenen Verkehrsträger intelligent miteinander vernetzen, damit die jeweiligen Stärken der einzelnen Verkehrsträger im vollen Umfang ausgeschöpft werden. Wir setzen uns für eine Änderung der Straßenverkehrsordnung ein, um optimal abgestimmte Car-Sharing-Standortentwicklung als Schnittstelle zum öffentlichen Verkehr zu ermöglichen. An Bahnhöfen müssen wettergeschützte und diebstahlsichere Fahrradabstellmöglichkeiten sowie Boxen für Mietfahräder in ausreichendem Umfang und in Bahnsteignähe geschaffen werden.

Radfahrland Bayern

Das Fahrrad ist die umweltfreundlichste Art sich fort zu bewegen und die ideale Ergänzung zum öffentlichen Verkehr. Da 60% der PKW-Fahrten unter 6 km lang sind, gibt es ein hohes Verlagerungspotenzial auf den Radverkehr. Bei einer Verringerung der PKW-Fahrten bis 6 km um 30 % sieht das Bundesverkehrsministerium eine Einsparung der Kraftstoffmenge im PKW-Verkehr und damit eine etwa ähnliche Einsparung der CO₂-Emissionen um 7% als realistisch an. Um mehr Verkehr vom Auto auf das Fahrrad zu verlagern, bedarf es einer konsequenten Radverkehrsförderung. Das Land sollte die Kommunen mittels eines bayerischen Radverkehrsplans und einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte unterstützen.

Grüne Welle für Bahn und Bus

Wir setzen uns dafür ein, das Schienennetz deutlich auszubauen, bestehende Strecken zu erhalten und stillgelegte Strecken und Bahnhöfe zu reaktivieren. Unser Ziel ist der Wettbewerb auf einem Schienennetz im öffentlichen Eigentum.

Außerhalb der Ballungsräume ist das Angebot im öffentlichen Nahverkehr oft nicht einmal an Werktagen ausreichend. Damit der öffentliche Nahverkehr auch in ländlichen Regionen zu einer vollwertigen Alternative zum Auto wird, muss ein regelmäßiger Betrieb auch nach 20 Uhr und an Wochenenden durchgehend gewährleistet werden. Daher setzen wir uns für neue Konzepte wie Rufbusse, Taxen und Sammeltaxen ein, die auch auf gering frequentierten Strecken zu finanzieren und organisatorisch zu fördern sind. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der ländlichen Infrastruktur, denn nur so kann die Attraktivität dieser Regionen für junge Menschen gewährleistet werden, da sich diese oft kein Auto leisten können. Der an sich erfolgreiche Bayerntakt muss zu einem vollständigen integralen Takt ausgebaut werden, um Mobilität für alle zu erreichen. Hierzu gehört die Wiedereinführung eines Interregio-Angebots. Um die Betriebssicherheit im ÖPNV, insbesondere der Schülerbeförderung, zu gewährleisten, muss Personal qualifiziert und regelmäßig auf seine Einsatzfähigkeit überprüft werden. Insgesamt werden wir den Kundenservice verbessern. Präzise Durchsagen (auch bei Verspätungen), wettergeschützte Unterstellmöglichkeiten und Sitzplätze an Bahnhöfen und Haltepunkten, Kioske und Fahrkartenverkauf, der barrierefreie Zugang zu den Zügen und Bussen, Fahrkartenautomaten und -schalter und ein ausreichendes Sitzplatzangebot in den Fahrzeugen müssen selbstverständlich werden. Wir fordern den für die Betreuung der Kundinnen und Kunden angemessenen Einsatz von ZugbegleiterInnen um Service, Information und Sicherheit zu erhöhen. Der Erwerb von Fahrkarten in Zügen muss möglich sein. Die Fahrradmitnahme soll in ganz Bayern kostenfrei werden; die Subventionierung muss der Freistaat tragen.

Autoverkehr umweltfreundlicher gestalten

Die Autos auf Bayerns Straßen müssen umweltfreundlicher werden. Ohne grundlegende Innovationen wird die Herstellung und Nutzung von Automobilen bald an natürliche - aufgrund des Klimawandels - und ökonomische - aufgrund der schwindenden Ölvorkommen - Grenzen stoßen. Baldmöglichst müssen dafür Antriebstechniken zum Einsatz kommen, die nur sehr geringe Mengen an Schadstoffen ausstoßen. Hier bieten vor allem Elektromotoren – als reiner Elektroantrieb oder in Verbindung mit Verbrennungsmotoren (Hybrid) – und regenerativ erzeugter Wasserstoff sehr gute Perspektiven. In den nächsten Jahren werden jedoch noch die herkömmlichen Otto- und Dieselmotoren die dominierende Antriebstechnologie sein. Es ist unser Ziel, diese Autos so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten. Dafür müssen die politischen Weichen richtig gestellt werden.

Bayern muss sich in Bundesratsinitiativen für ein generelles Tempolimit einsetzen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit, des Umweltschutzes und der Erhöhung der Kapazität ohne aufwändige Ausbaumaßnahmen ist die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit für PKW auf Autobahnen auf 120km/h notwendig.

Bayern muss seine Blockadehaltung gegen CO₂-Obergrenzen für PKW aufgeben. Selbstverpflichtungen der Industrie führen nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Wir fordern gesetzliche Obergrenzen von 120g CO₂ pro km im ersten Schritt (entspricht ca. 4,5l/100km) und ab 2012 eine weitere Reduzierung auf 80g (entspricht ca. 3l/100km). Die Ausweisung von Umweltzonen soll massiv vorangetrieben werden, damit es sich nicht mehr lohnt, ein Fahrzeug mit hohem Schadstoffausstoß zu betreiben. Die Einführung einer stark progressiven verbrauchs-, schadstoffausstoß- und gewichtsbezogenen KFZ-Steuer ist endlich umzusetzen und die ermäßigte Dienstwagenbesteuerung abzuschaffen, damit der Markt in die erforderliche Richtung gelenkt werden kann.

Wir werden den Straßenausbau beenden. Das Ziel im Straßenbau ist die Bestandserhaltung. Damit werden Gelder frei, die zu Gunsten des ÖPNV umgeschichtet werden müssen. Wir wollen die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland bis 2010 halbieren und ein neues Leitbild in der Verkehrssicherheitspolitik etablieren (vision zero). Eine Abschaffung der KfZ-Steuer und Einführung einer PKW-Vignette lehnen wir ab. Gerade in Städten stellt Carsharing eine sinnvolle Einrichtung dar die wir unterstützen und ausbauen wollen.

Kein Ausbau des Flughäfen und Startbahnen

Wir wenden uns entschieden gegen den Bau der dritten Startbahn des Flughafens München. Die Grenzen eines vertretbaren Wachstums sind für das dicht besiedelte Flughafenumland längst erreicht. Eine geringere Belastung für die Menschen ist dringend notwendig. Die gesundheitlichen Gefahren durch Fluglärm werden immer noch unterschätzt. Deshalb kommt ein weiterer Ausbau des Flughafens für uns nicht in Betracht. Mit dieser Haltung stehen wir in Übereinstimmung mit einer großen Zahl von Städten und Gemeinden rund um den Flughafen. Wir unterstützen die mehr als 200.000 Bürgerinnen und Bürger der Region, die durch den Ausbau massiv betroffen wären.

Genauso kann es nicht angehen, dass völlig unkoordiniert im ganzen Land Regionalflughäfen mit Steuergeldern massiv ausgebaut werden. Diese sind in der Regel nicht einmal ansatzweise wirtschaftlich zu betreiben. Wir GRÜNEN lehnen deshalb auch den Ausbau aller übrigen Verkehrslandeplätze und Regionalflughäfen ab. Die Subventionierung des Flugverkehrs in Milliardenhöhe muss beendet werden. Mit einem

zukunftsfähigen Bahnsystem können im innerdeutschen und Flugverkehr in die umliegenden Länder Flugbewegungen deutlich vermindert werden.

Wir fordern:

- die volle Besteuerung von Kerosin;
- die Streichung des Extrazuschusses für Kerosin bei Langstreckenflügen am Flughafen München;
- die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel;
- zinslose Darlehen auf Kosten der SteuerzahlerInnen dürfen nicht gewährt werden.

Die von der CSU geforderte Magnetschwebebahn vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen war verkehrspolitischer und finanzpolitischer Unsinn. Die frei werdenden Investitionsmittel müssen zugunsten des Schienennahverkehrs umgeschichtet werden. Zur Anbindung des Flughafens fordern wir eine Beschleunigung der S-Bahn sowie einen direkten Schienenanschluss von Ostbayern.

Güterverkehr

Bayern als Transitland in der Mitte Europas ist vom Wachstum des Güterverkehrs in besonderem Maße betroffen. Die fortlaufende Erweiterung der Straßenkapazitäten kann dabei nicht die Lösung sein. Für einen modernen und umweltverträglichen Güterverkehr ist die Vernetzung aller Verkehrsträger die Voraussetzung. Wir wollen den Bau von Güterverkehrszentren fördern. Realistische Preise sind eine wesentliche Basis dafür, dass volkswirtschaftlich nicht sinnvolle Transporte unterbleiben, Leerfahrten vermieden werden und die umweltfreundliche Schiene mehr Verkehr aufnehmen kann. Die Einführung der LKW-Maut ist ein wichtiger Schritt und muss auf alle Straßen und LKW unter 12 Tonnen ausgeweitet und deutlich erhöht werden. Wir wollen den diskriminierungsfreien Wettbewerb sicherstellen, deshalb muss bei der Bahn endlich die Trennung von Netz und Betrieb erfolgen. Bayern muss darauf hinwirken, dass von DB-Cargo aufgegebene Schienengüterverkehre von anderen Anbietern übernommen werden können, um auch zukünftig ein dichtes Netz an Ladestellen auch in ländlichen Räumen zu erhalten. Die Achslast der LKW darf nicht weiter erhöht werden; ansonsten würde sich die Wettbewerbsposition der Bahn verschlechtern. Die Belastungen durch den LKW-Verkehr würden ebenso weiter steigen wie die Kosten für den Unterhalt der Straßen. Die Sicherheit auf den Fernverkehrsstraßen muss durch intensivere Überwachung der Geschwindigkeitsbegrenzungen und Überholverbote für LKW erhöht werden. Den so genannten Gigaliner (Lastwägen mit einem mit einem höheren Gesamtgewicht als 40 Tonnen und bis 25 m Länge) lehnen wir ab. Der Güterverkehr durch das sensible Ökosystem der Alpen (Alpentransit) ist besonders problematisch. Seit mehr als 20 Jahren propagiert die CSU den Brennerbasistunnel als Problemlösung und vernachlässigt den Ausbau der Zulaufstrecken in Deutschland zu den Alpentransitrouten. Wir fordern den Ausbau und die Elektrifizierung folgender Eisenbahnstrecken Richtung Österreich und Schweiz: München-Mühldorf-Freilassing-Salzburg und München-Lindau.

Binnenschiff

Obwohl die Binnenschifffahrt im Gütertransport momentan eine geringe Rolle spielt, gilt sie grundsätzlich für gewisse Güter als umweltverträgliche Alternative im Vergleich zum Straßengütertransport, zumindest wenn kein naturzerstörender Ausbau der Flüsse erfolgt. Wir fordern daher, dass die Schiffe den Bedingungen der Flüsse angepasst werden und nicht umgekehrt. Die flussbaulichen Maßnahmen der letzten Jahre waren für uns bereits der Kompromiss. Den Donauausbau lehnen wir weiterhin

ab. Der Trend geht vom Massenguttransport weg zum Containertransport. Das heißt, dass dem Binnenschiffsverkehr weniger mit tieferen Fahrrinnen gedient ist, als mit größeren Durchfahrthöhen. Hier ist ein Umdenken der Planer erforderlich.

Müll

Für uns GRÜNE hat die Vermeidung von Müll und der Ausbau von Mehrwegsystemen Vorrang vor der Verbrennung und Deponierung. Die zunehmende Knappheit von Rohstoffen, eine bessere Energiebilanz und vor allem die Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen sind gewichtige Argumente für eine solche Politik. Bei der Verbrennung und Deponierung von Müll setzen wir uns für hohe Standards ein, um Menschen und die Natur vor Schadstoffen zu schützen.

Die Staatsregierung hat zwar umweltfreundliche Ziele im Abfallwirtschaftsplan formuliert, aber die Gesamtabfallmenge hat sich seit 1990 nicht wesentlich verringert. Die eigentliche Idee des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der Verpackungsverordnung, Abfall zu vermeiden und im Kreislauf zu führen, bleibt auf der Strecke. Das Pflichtpfand für Einweggetränke wird durch Quersubventionen unterlaufen, die Mehrwegquoten gerade für Mineralwasser gehen dramatisch zurück. Deshalb sind wir für ein deutlich höheres Pflichtpfand, auch für Getränke ohne CO₂, Fruchtsaft, Nektar und Fruchtsaftgetränke und sogenannte stille Tafel- oder Mineralwasser, die bis jetzt von der Pfandpflicht befreit sind. Der Erhalt der Mehrwegsysteme stärkt auch die regionalen Wirtschaftskreisläufe. So können zum Beispiel in kleinen Brauereien Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden. Da ein Großteil unseres Hausmülls aus Verpackungen besteht, muss die Mehrwegquote auch für weitere Produkte wie zum Beispiel Milch eingeführt werden.

Verwertung statt Verbrennung

Ein wachsender Anteil des Abfalls wird nicht stofflich verwertet, sondern nach den Brenneigenschaften sortiert zu sogenannten „Ersatzbrennstoffen“ (EBS). Auch in Bayern sind große Verbrennungsanlagen mit EBS geplant, z.B. in Eltringen und Gersthofen. Für das Verbrennen erhalten die Betreiber von den Entsorgern bis zu 100 € je Tonne. Letztendlich entstehen so neue Müllverbrennungsanlagen. Kommunale Müll-Verbrennungsanlagen mit hohen Umweltstandards bleiben im Preiswettbewerb mit den privaten EBS-Kraftwerken auf der Strecke. Gleichzeitig wird der EU-weite Handel mit Müll erleichtert. EBS-Anlagen verhindern die Rückgewinnung von Wertstoffen. Holz, Kunststoffe oder Papier werden dem Kreislauf entzogen. Statt wertvolle Rohstoffe einfach zu verfeuern, müssen neue und innovative Lösungen zur Verwertung erforscht und zur Marktreife gebracht werden. Wir fordern eine umfassende Werbe- und Aufklärungskampagne für Müllvermeidung, Trennung und Recycling seitens der Staatsregierung zu starten.

Gegen Müll-Tourismus

Wir exportieren unseren Müll zur Verwertung in andere Länder wie die Ukraine oder Indien. Dort aber schert sich niemand um die Arbeitsbedingungen oder die Umweltstandards. Zudem werden durch den Transport unnötige CO₂-Emissionen verursacht. Den Export von Müll, auch zur Verwertung, lehnen wir deshalb entschieden ab. Wer für die Entstehung des Abfalls verantwortlich ist, muss sich auch um dessen Verwertung und Entsorgung kümmern. Die GRÜNEN lehnen auch Müllimporte ab, denn damit wird der Aufbau einer geregelten Abfallwirtschaft sowie Abfallvermeidung und Recycling in den betroffenen Regionen verzögert.

Blauer Himmel/Grünes Land - Naturreichtum für alle

Bayern ist reich an vielfältigen, naturnahen Landschaften, Tier- und Pflanzenarten. Diesen Schatz gilt es für die kommenden Generationen zu bewahren. Um das Artensterben zu stoppen, muss Naturschutz großflächig erfolgen und darf nicht weiter in Reservaten eingesperrt bleiben. Wir plädieren für Konzepte, die Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus integrieren. Deshalb wollen wir den gesellschaftlichen Dialog zum Naturschutz intensivieren und einen besonderen Schwerpunkt bei der Umweltbildung setzen. Wir bayerischen GRÜNE sehen den Naturschutz als eine unserer wichtigsten politischen Aufgaben. Die Frage nach den ökologischen „Grenzen des Wachstums“ ist aktueller denn je. Nichts kommt uns so teuer zu stehen wie die Vernachlässigung ökologischer Belange. Dies bestätigt auch die Studie des ehemaligen Chefökonom der Weltbank Sir Nicolas Stern. Deswegen ist Ökologie nicht etwas für wirtschaftliche Schönwetterzeiten, sondern Grundvoraussetzung für den Erhalt unseres Wohlstandes und für die Verbesserung unserer Lebensqualität. Wir GRÜNEN sind die einzige politische Kraft im Land, die ökologische Verantwortung auch mit konkreten und konsequenten Handeln verbindet.

Naturschutz auf der Roten Liste

Die CSU-Regierung ist der Forderung der EU zur Benennung der europäischen Flora-Fauna-Habitat (FFH-) Schutzgebiete nur mit erheblicher Verzögerung und in viel zu geringem Umfang nachgekommen. Unter der CSU-Landesregierung steht der Naturschutz selbst auf der "Roten Liste". In Bayern sind gerade einmal 2,2% der Landesfläche Naturschutzgebiete. Der Freistaat liegt damit deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt und wird nur von den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz unterboten. Tagtäglich verschwindet ein Teil unserer Heimat und der schönen Landschaft unter Beton und Asphalt. Bayern verliert damit sein Gesicht. In Bayern wurden 2006 täglich 20,6 Hektar Freifläche in Straßen oder Siedlungsflächen umgewandelt. Damit nimmt Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern einen traurigen Spitzenplatz ein. Der Bau von Großeinkaufszentren außerhalb der Ortszentren, so genannter Factory Outlet Center, setzt diese negative Entwicklung fort. Damit werden mittelständische Handelsstrukturen und wohnortnahe Versorgung zerstört.

Artenschwund verhindern

Wir setzen uns dafür ein, dass der Rückgang der vorhandenen Vielfalt wildlebender Pflanzen und Tiere gestoppt wird. Die ausgewiesenen europäischen Schutzgebiete müssen deshalb den gleichen rechtlichen Schutzstatus wie Naturschutzgebiete erhalten. Bis 2013 werden wir ein gut funktionierendes Managementsystem für alle FFH- und Natura 2000-Gebiete einrichten. Für den Vertragsnaturschutz müssen wesentlich mehr Mittel zu Verfügung gestellt werden. Straßen und andere lineare Infrastrukturen stellen ein unüberwindbares Hindernis für wandernde Wildtiere dar. Durch den gezielten Bau von Grünbrücken werden wir diese Barriereeffekte abbauen. Es gibt Beobachtungen, dass die Artenvielfalt in Städten größer ist als auf dem Land. Die Vermutung, dass ein Grund in der intensiven Landwirtschaft liegt, ist nicht von der Hand zu weisen. Wir möchten Landwirtinnen und Landwirte fördern, die ihre Felder kleinteiliger organisieren und zum Beispiel wieder Feldraine mit Feldgehölzen einrichten.

Ökologische Waldbewirtschaftung und Reform der Jagd

Nur ein gesunder, naturnaher und strukturreicher Wald ist in der Lage, seine vielfältigen ökologischen und ökonomischen Funktionen nachhaltig zu erbringen. Wir orientieren uns dabei an den Grundprinzipien einer ökologischen Waldbewirtschaftung und nicht an kurzfristigen finanziellen Erträgen. Unsere Wälder müssen in Folge des Klimawandels möglichst rasch in artenreiche Mischwälder umgewandelt werden. Dies stellt gerade für den Kleinprivatwald eine enorme Herausforderung dar. Hier müssen die staatlichen Fördergelder deutlich erhöht und die Beratung intensiviert werden. Des Weiteren fordern wir die Sicherstellung ökologischer und sozialer Standards einer naturgemäßen Waldwirtschaft, insbesondere im Staatswald. Der Staatswald soll nach international anerkannten Kriterien zertifiziert werden. Die naturgemäße Waldwirtschaft schließt eine Bepflanzung mit GVO- Bäumen grundsätzlich aus. Wir GRÜNEN lehnen die einseitig auf Trophäen ausgerichtete Jagd ab. Das Bayerische Jagdgesetz hat zukünftig auch Aspekte des Tier- und Naturschutzes stärker zu berücksichtigen. Wir stehen für ein Abschussverbot von Haustieren und ein Verbot der Fallenjagd. Eine grüne Reform des Jagdgesetzes wird auch die Anpassung der Schalenwildbestände an die Anforderungen der naturgemäßen Waldwirtschaft sowie ein Verbot der Wildfütterung beinhalten. Der Grundsatz Wald vor Wild muss auch im Jagdgesetz verankert werden.

Für die frei fließende Donau – eine Region als Weltnatur- und Weltkulturerbe

Die Donau zwischen Straubing und Vilshofen ist ein Naturjuwel von internationaler Bedeutung. Die natürliche Dynamik der Wasser- und Grundwasserstände hat hier eine Flusslandschaft mit einmaligem Charakter geschaffen, die zur Heimat unzähliger Tier- und Pflanzenarten geworden ist. Wir setzen deshalb auf einen sanften flussbaulichen Ausbau, der außerdem nur einen Bruchteil der Kosten verursachen würde, die beim Bau von Staustufen anfallen. Zudem verläuft parallel zur Donau eine Bahntrasse, auf der ein Vielfaches dessen befördert werden kann, was auf der Donau transportiert wird – und zwar ökologisch verträglich. Das Donautal zwischen Straubing und Vilshofen ist auch ein Geschichts- und Kulturraum internationalen Ranges. Deshalb streben wir gemeinsam mit vielen anderen Organisationen die Anerkennung der niederbayerischen Donau als Weltnatur- und Weltkulturerbe durch die Vereinten Nationen an. Dies würde der gesamten Region, die zu den ältesten Siedlungsgebieten Mitteleuropas zählt, auch einen wirtschaftlichen Schub geben.

Trendwende beim Flächenverbrauch

Wir GRÜNEN wollen beim Flächenverbrauch die Trendwende einleiten. Wir fordern für alle öffentlichen Planungen ab 2020 ein Ende des Flächenverbrauchs ohne äquivalente Entsiegelung im landesweiten Schnitt. Mit der kommunalen Konkurrenz bei der Flächenausweisung sind Fehlinvestitionen und weitere kommunale Verschuldung vorprogrammiert. Vor jeder Neuausweisung von Bauland und Gewerbegebieten müssen Bedarfsanalysen zur Pflicht werden. Als ein weiteres Steuerungsinstrument sind handelbare Kontingente für die künftige Siedlungsausweisung für Länder, Regionen und Gemeinden analog den Emissionshandel im Klimaschutz denkbar.

Heimat unter Beton?

Jahr für Jahr verschwindet in Bayern eine Fläche, größer als der Chiemsee unter Asphalt und Beton – für Gewerbegebiete, Straßen und Einkaufszentren. Darunter leidet nicht nur die landschaftliche Schönheit Bayerns, es gehen auch immer mehr Rückzugsräume für seltene und gefährdete Tier- und Pflanzenarten in Bayern verloren – und natürlich Erholungsräume für die Menschen. Wir wollen deshalb den zu-

nehmenden Flächenverbrauch nach und nach stoppen. Künftig muss es vor der Ausweisung von Bauland und Gewerbegebieten eine genaue Bedarfsanalyse geben. Neue Flächenversiegelungen soll es nur noch dann geben, wenn im Gegenzug bebaute Flächen wieder entsiegelt werden. Als Alternative muss außerdem die Verdichtung in den Städten und Gemeinden gefördert werden – auch im Sinne einer Stärkung der Ortszentren, die durch den Bau von immer neuen Geschäften auf der grünen Wiese verweisen.

Hochwasserschutz

In Folge des Klimawandels werden die starken Niederschlagsereignisse weiter zunehmen. Jahrhunderthochwässer drohen zum jährlichen Katastrophenereignis zu werden. Hochwasserschutz ist daher ein elementarer Bestandteil der Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Technischer Hochwasserschutz allein greift aber viel zu kurz. Wir wollen den Flüssen wieder mehr Raum gegeben, damit die Flussauen ihre ökologischen Funktionen zum Wasserrückhalt und als Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten wieder wahrnehmen können. Durch den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft kann die Speicherfähigkeit der Böden verbessert werden. Außerdem muss die Entsiegelung oder Teilentsiegelung von Flächen vorangetrieben werden. Um Schäden zu vermeiden, ist keine weitere Bebauung in Überschwemmungsgebieten zuzulassen.

Gewässerschutz

Der Ausbau der Kläranlagen hat zu einer Verbesserung der Gewässerqualität geführt. Unser Ziel ist es, mindestens Gewässergüteklasse II in allen Flüssen zu erreichen. Als nächsten Schritt brauchen wir eine weitere Gewässerschutzoffensive, mit welcher die Ufer und Auen geschützt und der ökologische Zustand der Gewässer verbessert wird. Dazu sind eine Extensivierung der Landwirtschaft sowie Renaturierungsmaßnahmen notwendig. Beim Grundwasser ist unser Ziel ein flächendeckender sowohl qualitativer als auch quantitativer guter Grundwasserzustand. Hierzu müssen die Einträge aus Pflanzenschutzmitteln und Nitrat deutlich reduziert werden. Auf Grund von Hitze und Trockenheit wird es in einigen Teilen Bayerns zu Problemen mit der Wasserführung von Gewässern und zu Mangel von Grund- und Trinkwasser kommen. Hier sind rechtzeitig Sparmaßnahmen umzusetzen. Wir werden auf Bewirtschaftungsmaßnahmen in der Landwirtschaft setzen, z.B. Mischfruchtanbau, um die künstliche Bewässerung zu minimieren und Wassersparttechnologien in Gewerbeprozessen und Gebäuden fördern.

Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Nur eine dauerhaft ökologisch und bäuerlich geführte Landwirtschaft kann auch für die nächsten Generationen unsere Lebensgrundlagen schützen und erhalten. Dauerhaft fruchtbarer Boden für die Ernährung der Bevölkerung, sauberes Wasser als Lebensmittel Nr.1 und gute Luft zum Atmen sind unsere Lebensgrundlagen. Diese werden nicht unerheblich durch die Art und Weise der Landbewirtschaftung beeinflusst. Eine fehlgeleitete Agrarpolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten viele Bäuerinnen und Bauern gezwungen, von dieser Art der nachhaltigen Wirtschaftsweise abzukommen. Aber ohne Landwirtschaft gäbe es ebenfalls diese Lebensgrundlagen nicht. Deshalb ist unsere Aufgabe der Erhalt und die Förderung einer naturnahen, umwelt- und klimaschonenden sowie gentechnikfreien Landwirtschaft. Ein Bauernhof ist keine Fabrik, in der alles automatisiert und rationalisiert werden kann. Nur ein

bäuerlicher Betrieb kann auf Dauer unsere Kulturlandschaft, unsere Erholungsflächen und unsere Heimat sichern und bewahren.

Der ökologische Landbau leistet einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der Klimagase, indem er nur die Hälfte der Immissionen der konventionellen Landwirtschaft verursacht. Durch gezielten Humusaufbau können darüber hinaus erhebliche Mengen Kohlendioxid aus der Atmosphäre gebunden werden. Der ökologische Landbau ist auch eine Antwort auf die Herausforderungen, denen sich die Landwirtschaft durch die Klimaveränderung stellen muss. Deshalb gilt für uns GRÜNE mehr denn je: Der ökologische Landbau muss das Leitbild für die Landwirtschaft sein.

Besonderes Augenmerk in der künftigen Ausrichtung bayerischer Agrarpolitik muss einer deutlichen Verlangsamung des Strukturwandels unter anderem durch eine gezielte Förderpolitik gelten. Gerade in Grenzertragsregionen führt ein Fortschreiten des Strukturwandels zum Brachliegen vieler Flächen. Nur durch genügend Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, kann unsere Kulturlandschaft flächendeckend erhalten bleiben.

Die Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der bäuerlichen Betriebe, sondern bietet durch hohe Transparenz bei Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln optimalen Verbraucherschutz bei höchster Qualität. Es gilt: regional vor global.

Der Anbau nachwachsender Rohstoffe wird künftig ein weiteres Standbein für eine Vielzahl landwirtschaftlicher Betriebe darstellen. Bei der Weiterentwicklung dieses Segments müssen auch die Grenzen deutlich gemacht werden. Zum einen wenn es zu einer nicht mehr zu akzeptierenden Verdrängung der Lebensmittelerzeugung führt und zum anderen, wenn gerade im Bereich Biogas die Maismonokulturen den Anspruch einer naturnahen und umweltfreundlichen Produktion unterlaufen.

Weichen werden falsch gestellt

Im Rahmen einer zunehmenden Liberalisierung der Weltmärkte stehen die Zeichen von München bis Brüssel auf Wachstum und Intensivierung. Deutlicher Beleg dafür ist die geplante Abschaffung der Milchquote, die bis tief in CSU und Bauernverband hinein Zustimmung findet. Obwohl dann mindestens die Hälfte der Milchviehbetriebe in den nächsten zehn Jahren ihre Stalltüren schließen müssen mit entsprechenden Konsequenzen für das nachgelagerte Gewerbe. Diese Wachstumspolitik zeigt sich in Bayern im neuen Agrarwirtschaftsgesetz, in dem als oberstes Ziel die Wettbewerbsfähigkeit der sogenannten „landwirtschaftlichen Zukunftsbetriebe“ steht. Im Gegensatz kommen Nebenerwerbsbetriebe, die immerhin 60% unserer bayerischen Bauernhöfe ausmachen, gar nicht mehr vor. In die gleiche Richtung zielt die Neugestaltung der Förderprogramme. Während Förderungen für den Erhalt der Kulturlandschaft deutlich gekürzt wurden, hat man die Investitionsförderungen erhöht und auch noch auf die Schweinemast ausgedehnt. Dafür ist Bayern, einst Spitzenreiter im ökologischen Landbau, inzwischen sowohl was den Anteil der Biobauern als auch der bewirtschafteten Flächen anbelangt, weit unter den Bundesdurchschnitt gerutscht. Schlimmer noch, als Ergebnis der halbherzigen Politik der Staatsregierung auf diesem Gebiet scheinen die bayerischen Bauern und Bäuerinnen den Nachfrageboom am Biomarkt völlig zu verschlafen. Mit der fatalen Folge, dass die Bioprodukte importiert werden und wir wichtige Marktanteile verlieren. Auch bei der Agro-Gentechnik fährt die Staatsregierung einen Schlingerkurs. Neben Sachsen-Anhalt ist Bayern das einzige Bundesland, das den Erprobungsanbau aktiv unterstützt und sich damit zum Handlanger der Gentechnikmultis macht. Andererseits weigert sie sich hartnäckig, die Gründung gentechnikfreier Regionen zu unterstützen. Unter dem Druck von Bauern, Bäuerinnen, Verbrauchern und Verbraucherinnen die mit deutlicher Mehrheit die

Gentechnik in der Landwirtschaft ablehnen, rudern aber auch Miller & Co. zurück. Wer den Bauern abrät, Genmais anzubauen, braucht auch keinen Erprobungsanbau. Die jüngsten Gammelfleischskandale in Bayern haben gezeigt, dass

- in der Anonymität des internationalen Fleischhandels Betrug leichtes Spiel hat und echter Verbraucherschutz nur schwer zu gewährleisten ist;
- fast alles verkauft werden kann, wenn es nur billig ist;
- es eklatante Lücken bei der Überwachung (Kontrolle) solcher Großstrukturen in Bayern vorhanden sind.

Die Konsequenzen der Staatsregierung waren halbherzig und völlig unzureichend. In den letzten Jahren haben die Pestizidrückstände in Obst und Gemüse zugenommen. Es ist paradox, wenn der Lebensmitteleinzelhandel seinen Lieferanten zum Teil niedrigere Grenzwerte abverlangt als die gesetzlich vorgeschriebenen.

Auch beim Tierschutz hat die Staatsregierung deutlich gemacht, wie sie ihre Prioritäten setzt. Zuerst das Geschäft, dann der Tierschutz. So hat Bayern die Aufweichung des Käfigverbots bei den Legehennen durch die ausgestalteten Käfige mitgetragen und sich geweigert, die Anbindehaltung bei Pferden zu verbieten.

Klasse statt Masse

Die Mehrheit der bayerischen Bauernhöfe hat in einer zunehmenden Globalisierung bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen und angesichts kleiner Betriebsstrukturen kaum Chancen zu überleben. Dem gegenüber steht die Tatsache, dass es auf dieser Welt immer mehr Menschen gibt und diese Menschen ernährt werden müssen. Produktion von Lebensmitteln wird also auch in Zukunft flächendeckend und unter Einhaltung des Schutzes unserer Lebensgrundlagen möglich sein müssen. Wir müssen verhindern, dass Lebensmittelproduktion erst dann zum Riesengeschäft wird, wenn es in der Hand weniger liegt. Deshalb muss für unsere Betriebe gelten: Klasse statt Masse, da nur so die von der Gesellschaft eingeforderten Rahmenbedingungen eingehalten werden können und die Höfe dauerhaft Überlebenschancen haben.

Das Prinzip der Förderung nach dem Motto „wer hat, dem wird gegeben“ muss radikal geändert werden. Wir müssen konsequent die Leistungen der LandwirtInnen für Wasserschutz, Umwelt, Tier und Naturschutz fördern. Nachdem die Mittel für diesen Bereich als Folge des EU-Gipfels 2005 deutlich gekürzt wurden, ist es notwendig, Mittel aus dem großen Fördertopf erste Säule zu deckeln und die frei werdenden Mittel umzuschichten.

Erhalt bäuerlicher Strukturen

Bayern muss die Änderung der Förderung auf Bundes- und EU-Ebene intensiv vorantreiben:

- Das bayerische Kulturlandschaftsprogramm muss finanziell aufgestockt werden.
- Zur Erhaltung der bäuerlichen Milchviehbetriebe muss sich Bayern massiv für die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Milchquote stark machen. Die Milch gehört in Bauernhand und nicht in die Hand der Konzerne.
- Regionale Vermarktungsstrukturen sind gezielt und effizient zu fördern. Dazu ist es notwendig, die Haushaltsansätze in diesem Bereich deutlich zu erhöhen.

- Förderungen wie die Ausgleichszulage müssen nach Betriebsgröße gestaffelt werden.
- Die Flächenprämien müssen Schritt für Schritt in Arbeitskraftprämien umgestaltet werden, denn nicht Fläche, sondern die Arbeitskraft soll gefördert werden.
- Zur Stärkung der Grünlandstandorte fordern wir die Einführung einer Weideprämie.
- Die Bildungsmöglichkeiten für die Nebenerwerbsbetriebe muss so gestaltet werden, dass sie hohe Qualität und Vereinbarkeit mit der Berufstätigkeit bietet.
- Verbot der Legebatteriehaltung.

Förderung des ökologischen Landbaus

Der ökologische Landbau muss in Beratung und Bildung das Leitbild überzeugend vertreten und nicht als rückständige Nische abgetan werden. Dazu bedarf es einer deutlichen Erhöhung der Stellenzahl, einer reformierten Aus- und Fortbildung der BeraterInnen und einer neuen Schwerpunktsetzung in der Landesanstalt.

- Die Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung muss finanziell angemessen unterstützt werden, um Anreize zu schaffen.
- Das Angebot von regionaler Biokost in allen staatlichen Einrichtungen wäre ein wichtiges Signal für die Unterstützung des ökologischen Landbaus.

Bayern ohne Agro-Gentechnik

Wir wollen Bayern zur gentechnikfreien Zone machen. Rund zwei Drittel der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Mit gutem Grund: die gesundheitlichen Gefahren für die Einzelnen sind nicht abzuschätzen, das Risiko der Verunreinigung von gentechnikfreien Pflanzen ist groß. Eine weitere Verbreitung der Agro-Gentechnik würde deshalb letztlich sowohl den LandwirtInnen als auch den VerbraucherInnen die Wahlfreiheit nehmen. Die Agro-Gentechnik würde lediglich einigen großen Konzernen nützen. Wir GRÜNEN wollen deshalb zusammen mit den vielen Initiativen und den bestehenden gentechnikfreien Regionen Bayerns das ganze Land zu einer gentechnikfreien Zone machen und diesen Schritt auch rechtlich absichern.

Zur Sicherung der Gentechnikfreiheit

- Keine Aufweichung der Haftungsregelung im Gentechnikgesetz.
- Kein weiterer Anbau von GVO in Bayern auch nicht auf staatlichen Flächen.
- Aufbau eines gentechnikfreien Futtermittelmarktes in Bayern auch für Soja und andere Eiweißträger.
- Verschärfte Kontrollen des Saatguts und der Futtermittel auf GVO.
- Orientierung des Grenzwerts an der technischen Nachweisgrenze (derzeit 0,1%) in der Saatgutverordnung auf europäischer Ebene.
- Ausdehnung der Kennzeichnungsverordnung auf Lebensmittel tierischer Herkunft, z. B. Milch, Fleisch, Honig.
- Verstärkte Kontrolle der Kennzeichnungsverordnung insbesondere in Gaststätten, Kantinen, Imbissbuden und Bäckereien.
- Rechtliche Absicherung der Einrichtung gentechnikfreier Regionen.
- Aufbau einer gentechnikfreien Initiative Bayern durch Zusammenarbeit der gentechnikfreien Regionen in Bayern.

- Definition einer guten fachlichen Praxis zum Maisanbau mit den wesentlichen Aspekten weit gestellte Fruchtfolge (kein Mais nach Mais), Maisstoppeln sind zu mulchen, Maisstroh ist einzupflügen, Biologische Maiszünslerbekämpfung nach Monitoringplan.
- Eine Förderung der Beratung sowie eine zusätzliche Entschädigung durch das Kulturlandschaftsprogramm zum Nützlingseinsatz flankieren die gute fachliche Praxis im Maisanbau.

Besserer Verbraucherschutz

Essen und Trinken dient nicht nur der Sättigung, sondern wahre Lebensmittel haben die Aufgabe, dem menschlichen Körper Energie und Kraft zu geben, die Gesundheit zu stärken und dies alles bei entsprechendem Genuss. Dieser entscheidenden Aufgabe müssen sich alle Verantwortlichen von der Erzeugung über die Verarbeitung, der Vermarktung und der Kontrolle bewusst sein. Genau so bewusst müssen sich aber auch die Verbraucherinnen und Verbraucher dieser Tatsache sein.

Um den Verbraucherschutz zu verbessern müssen Kontrollstrukturen grundsätzlich reformiert werden. Dabei ist die zentrale Aufgabe Lebensmittel- und Veterinärkontrollen künftig in einer eigenen von den Landratsämtern unabhängigen Behörde unter dem Dach des Landesamtes für Gesundheitsschutz und Lebensmittelsicherheit zu bündeln.

Verstöße gegen das Lebensmittelrecht müssen konsequenter und schärfer geahndet werden. Bußgelder müssen sich am tatsächlichen Umsatz des Unternehmens orientieren.

Um für die Verbraucher und Verbraucherinnen Transparenz zu gewährleisten, müssen die Wege in der Lebensmittelproduktion offen gelegt und Lebensmittel gekennzeichnet werden.

Die Grenzwerte für Pestizidbelastung von Lebensmittel muss auf den Prüfstand.

Eine Verbesserung der Beratung im Bereich Ernährung und Verbraucherschutz ist notwendig.

Konsequenter Tierschutz

- Einführung des Verbandsklagerechts.
- Intensivierung der Umstellungsprogramme für artgerechte Tierhaltung und entsprechende begleitende Beratung der LandwirtInnen.
- Erarbeitung umfassender Managementpläne für Wildtiere unter Einbeziehung der Natur- und Tierschutzverbände.
- Endlich Verbot der Legebatteriehaltung von Hühnern.
- Verbot der Kastration von Schweinen ohne Betäubung.

Schutz vor Elektromog

Die gesundheitlichen Auswirkungen von Mobilfunk sind weiterhin unklar und strittig. Mehr und mehr ÄrztInnen und andere WissenschaftlerInnen machen allerdings auf ernstzunehmende Hinweise auf Gesundheitsgefährdung durch Elektromog aufmerksam. Vor diesem Hintergrund mahnt auch das Bundesamt für Strahlenschutz einen möglichst behutsamen Umgang mit Mobilfunk, schnurlosen Digitaltelefonen WLAN und allen anderen mikrowellenbasierten Funktechniken an. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Elektromog müssen die bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Möglichkeiten verbessert werden, um Mobilfunk-Sendeanlagen in zu großer Nähe von Wohnbebauung, vor allem auch von Kindergärten und Schulen zu verhindern. Vor allem gilt es, für einen Wegfall der Genehmigungsfreistellung für

Mobilfunkanlagen in der Bayerischen Bauordnung zu sorgen. Auch muss verhindert werden, dass der Freistaat weiterhin gegen die Interessen bayerischer Bürgerinnen und Bürger und bayerischer Kommunen seine Liegenschaften den Mobilfunkbetreibern als Standort für Sendeanlagen andient.

Grüne Wirtschaftspolitik für Bayern

Grüne Wirtschaftspolitik für Bayern heißt: die ökologische Modernisierung voranbringen, sozial Schwache am gesellschaftlichen Reichtum beteiligen, den Mittelstand fördern, Innovationen anschieben und unterstützen, die kommunale Daseinsvorsorge garantieren, das Bildungssystem leistungsfähig, hochwertig und gerecht gestalten, eine gut funktionierende, ökologisch und sozialverträgliche Infrastruktur schaffen. Wir GRÜNEN stehen für eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite das gesellschaftliche und individuelle Wohlergehen fördern will, auf der anderen Seite der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen Rechnung trägt. Wirtschaftspolitik muss in unseren Augen mithelfen, für eine möglichst gerechte Teilhabe aller an der Wertschöpfung und für Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen und sie muss die Anliegen der Menschen in allen Teilen dieser Erde und die Interessen künftiger Generationen berücksichtigen.

Basis unserer Wirtschaftspolitik ist die Soziale Marktwirtschaft mit dem Markt als Steuerungsprinzip bei gleichzeitigem sozialem Ausgleich. Die soziale Marktwirtschaft muss erweitert werden mit den Zielen ökologische Verträglichkeit und Nachhaltigkeit zur Grünen Marktwirtschaft. Eine an nachhaltigen und ökologischen Zielen orientierte Grüne Marktwirtschaft beweist: Ökologie = Ökonomie. Allerdings ist Markt nicht alles und Markt kann auch nicht alles. Die vielerorts anzutreffende Überhöhung des Marktes und die aktuell laut vorgetragene Forderung nach Privatisierung und Liberalisierung in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen lehnen wir ab. Neben dem sozialen Ausgleich, vor allem durch Steuern und Transfers, gilt es, über ein stringentes Wettbewerbs- und Kartellrecht einen Ordnungsrahmen für einen funktionierenden Markt zu schaffen. Und dann gibt es Bereiche der Infrastruktur, der kommunalen Daseinsvorsorge, in denen sich der freie Markt eben nicht bewährt.

Wirtschaftspolitik darf keine falschen Versprechungen machen, keine Illusionen wecken. Sie kann und muss in unseren Augen positive Rahmenbedingungen schaffen, soziale und ökologische Standards setzen, Innovationen anschieben und öffentliche Güter bereitstellen. Wertschöpfung und Arbeitsplätze kann der Staat selbst nur in begrenztem Umfang schaffen. Auch wollen wir keinen reglementierenden und bevormundenden Staat, weil Freiheit und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt allen, so auch wirtschaftenden Handelns stehen müssen. Wirtschaftspolitik in Bayern muss dafür Sorge tragen, dass Bayern als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig bleibt, dass Chancen genutzt werden und Schwachpunkten und Defiziten entgegengearbeitet wird. Bayern ist ein wirtschaftsstarkes Land. Allerdings wird in letzter Zeit im Hinblick auf Grunddaten zu Wirtschaftskraft und Wirtschaftsleistung wie Wachstum, Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen der Vorsprung zu den anderen Bundesländern geringer. Im Ranking zur Wirtschaftsdynamik unter den Bundesländern ist Bayern von Jahr zu Jahr zurückgefallen. Auch sind die Disparitäten, ist das Gefälle von Region zu Region, von Arbeitsamtsbezirk zu Arbeitsamtsbezirk, in Bayern riesengroß. Zudem haben in Bayern zahlreiche Bürgerinnen und Bürger relativ schlecht bezahlte Stellen, was sich vor allem im Hinblick auf die individuelle Alterssicherung als wachsendes Problem darstellt. Schon jetzt liegen die Durchschnittsrenten in Bayern weit unter denen in Deutschland insgesamt. Belastungen für

den Wirtschaftsstandort Bayern drohen auch aus gravierenden Versäumnissen von Staatsregierung und CSU-Mehrheit im Landtag in der Infrastrukturpolitik und in der Bildungspolitik. Bayern hat die niedrigste Abiturientenquote, schon jetzt fehlen Ingenieurinnen und Ingenieure. Viel zu viele Jugendliche brechen ihre Schullaufbahn bzw. ihre berufliche Ausbildung ab, gleichzeitig gibt es einen Mangel an FacharbeiternInnen.

Statt sich um die Versorgung des ländlichen Raums etwa mit Breitbandanschlüssen zu kümmern, treiben CSU und Staatsregierung mehr und mehr vor allem über den Straßenbau die Zubetonierung unserer Landschaft voran. Insgesamt setzen Staatsregierung und CSU in der Strukturpolitik auf überholte Konzepte. Wir GRÜNEN in Bayern wollen keine Förderung überkommener Strukturen oder sündteurer Prestigeprojekte, keine Staats- und keine Spezlwirtschaft. Wir kämpfen für eine andere Wirtschafts- und eine andere Umweltpolitik. Wir wollen eine Politik, die beispielsweise die Energiewende unterstützt und den öffentlichen Verkehr voranbringt, also Umwelt und Menschen gut tut und Arbeitsplätze schafft. Über eine entsprechende Wirtschaftsförderung einschließlich der Struktur- und Regionalförderung, aber auch mit einer entsprechenden Bildungspolitik und einer entsprechenden Infrastrukturpolitik gilt es, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaft zu setzen. Der hohe Anteil der exportorientierten Industrie, die Grenzöffnung in Richtung Osten, die Abhängigkeit von Rohstoffen und der in Teilen des Landes bereits spürbare demografische Wandel stellen die Wirtschaft in Bayern vor große Herausforderungen, bieten gleichzeitig aber auch große Chancen.

Umwelt- und Klimaschutz als Standortfaktor – Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik und erfolgreiche Umweltpolitik sind für uns kein Widerspruch; im Gegenteil: eine moderne Wirtschaftspolitik ist auch zu messen an Nachhaltigkeit und ökologischer Tragfähigkeit. Besondere Anliegen grüner Wirtschaftspolitik waren und sind die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit einer Reihe von Maßnahmen die Bedingungen für umweltgerechtes Wirtschaften und für eine erfolgreiche Regionalwirtschaft verbessert. Zu nennen sind hier insbesondere die Ökosteuern und das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Letzteres zum Beispiel dient nicht nur dem Umweltschutz, sondern stärkt auch ganz gezielt Handwerksbetriebe und sorgt für hohe Wertschöpfung vor Ort. Dass sich mit grünen Projekten schwarze Zahlen schreiben lassen, ist längst belegt: Energetische Sanierung (z.B. Wärmedämmung), der Ausbau von Solartechnik und Windkraft oder die Einführung des Dosenpfandes gegen den Widerstand der Staatsregierung dienen nicht nur dem Umweltschutz, sondern stärken Handwerksbetriebe bzw. mittelständische Brauereien und den mittelständischen Getränkefachhandel und sorgen für hohe Wertschöpfung in den bayerischen Regionen. Wir GRÜNEN setzen auf die Förderung umwelt- und ressourcenschonender, intelligenter Technologien und Produktionsverfahren, weil dieser Bereich auch im globalen Maßstab immer wichtiger wird. Umweltschutz ist ein wichtiger Standortfaktor, gerade auch in und für Bayern. So ist etwa der Tourismus, zweitgrößter Wirtschaftszweig in Bayern, darauf angewiesen, dass Natur und Umwelt in Bayern nicht weiter zerstört werden. Der Klimawandel mit seinen drohenden dramatischen Auswirkungen macht eines deutlich: wir müssen sofort den Ausstoß klimaschädlicher Gase zurückfahren, das heißt vor allem die Energieeinsparung und den Einsatz regenerativer Energien massiv forcieren. Für die produzierende Wirtschaft in Deutschland, so auch in Bayern, ist dies gleichzeitig Herausforderung und Chance. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, den Ausstoß klimaschädlicher

Gase zu verringern, und auch angesichts der zunehmenden Verknappung und Verteuerung von immer mehr Rohstoffen, erweisen sich führende Positionen in der Umwelttechnologie und im betrieblichen Umweltschutz als immense Wettbewerbsvorteile, national wie international.

Handwerk hat grünen Boden

Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben – das gilt für das Handwerk ganz besonders. Von der Förderung der erneuerbaren Energien, von der Wärmedämmung bei Gebäuden, vom Einsatz von Energiespartechnologien in Privathaushalten und im Gewerbe profitieren Handwerksbetriebe in besonderem Maß. Das schafft Wertschöpfung in der Region und damit Arbeitsplätze und macht uns von teuren und zunehmend unsicheren Rohstoffimporten unabhängiger. Das Potenzial ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft: die energetische Sanierung von Altbauten, Austausch von alten gegen neue, sparsame Heizungen, der Bau von Nahwärmenetzen und viele anderen Maßnahmen schaffen Perspektiven für das Handwerk. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Wir wollen deshalb die Bayerische Bauordnung ändern mit dem Ziel, die Nutzung erneuerbarer Energien bei Neubauten verpflichtend zu machen. Außerdem müssen die Einhaltung der Energiesparverordnung wirksam überprüft und Maßnahmen zur Energiesanierung besser gefördert werden.

DIE GRÜNEN als Partner für den Mittelstand in Bayern

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der Wirtschaft in Bayern. Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, zeichnen sich aus durch große Standorttreue und können sich häufig rascher als Großunternehmen an veränderte Marktbedingungen anpassen. Wir GRÜNEN machen gezielte Politik für den Mittelstand. Mittelstandsfeindliche Aktionen à la Staatsregierung und CSU wie die Begünstigung von Großmärkten auf der grünen Wiese, die Blockade des Dosenpfandes oder das Überziehen kleiner und mittelgroßer Unternehmen mit bürokratischen Anforderungen, wird es mit uns nicht geben.

Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge möglichst in kleinen Losen vergeben werden, also weniger an Generalunter- oder -übernehmer gehen. Die Wirtschaftsförderung soll übersichtlicher werden und sich stärker auf kleine und mittlere Unternehmen konzentrieren. Wichtiges Anliegen ist uns auch der Schutz privater Erwerbsunternehmen, vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen, vor öffentlichen Betrieben bzw. massiv mit öffentlichen Geldern geförderten Unternehmen. Die Subsidiaritätsklausel im kommunalen Wirtschaftsrecht darf hier nicht Worthülse bleiben, sondern muss greifen. Wir fordern deshalb die Umsetzung des ursprünglich von der CSU selbst mit erarbeiteten und unterstützten Mittelstandsfördergesetzes, wie es in den Änderungsanträgen der grüne Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag in 2007 eingebracht wurde. Schließlich gilt es, den Wissenstransfer aus Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen wie auch die Forschungsförderung generell stärker in Richtung KMU zu lenken.

Wirtschafts- und Strukturförderung – Transparenz, Evaluierung und Konzentration auf kleine und mittlere Unternehmen

Die Wirtschafts- und Strukturförderung in Bayern gilt es zu reformieren. Die schier endlose Zahl von Förderprogrammen ist für viele KMU unüberschaubar und kann deshalb von ihnen auch nicht systematisch genutzt werden. Umgekehrt werden durch diese Intransparenz Mitnahmeeffekte begünstigt. Die Förderprogramme müssen deshalb thematisch konzentriert und übersichtlicher ausgestaltet werden. Die

starke Konzentration auf Investitionsförderung sollte aufgegeben werden. Stattdessen sollte mehr auf Beratungsprogramme, z.B. Finanzierungs-, Übernahme- und Gründungsberatung, und auf Programme, welche die Eigenkapitalbildung insbesondere in KMU unterstützen bzw. der Konsolidierung dienen, gesetzt werden. Weiterhin zentrale Forderungen der GRÜNEN sind die Herstellung von Transparenz und die Evaluierung der einzelnen Fördermaßnahmen. Bei der Förderung von Kommunen zur Schaffung „wirtschaftsnaher Infrastruktur“ muss beispielsweise aufhören, dass unkoordiniert geplante, flächenfressende Gewerbegebiete unterstützt werden.

Landesbank: Transparenz und Konzentration auf das Kerngeschäft

Die Bayerische Landesbank rutscht immer tiefer in die Krise. Die Milliardenbelastungen aus Spekulationsgeschäften auf dem US-Hypothekenmarkt sind dramatisch. Und ein Ende der Talfahrt ist noch lange nicht erreicht. Die hohen und heute in der vollen Höhe noch gar nicht abschätzbaren Risiken durch die Finanzmarktgeschäfte, insbesondere aus dem Geschäft mit Wertpapieren aus dem US-Immobilienmarkt müssen eingedämmt werden. Dabei ist die Transparenz der Strukturen unabdingbar, Risiken dürfen nicht länger versteckt werden. Die Funktion der Landesbank als überregionaler Partner für die Sparkassen in Bayern darf nicht gefährdet werden. Statt sich auf riskante Kapitalmarktgeschäfte einzulassen, soll sich die Bayern LB künftig wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, nämlich als Zentralinstitut der Sparkassen in Bayern die Versorgung aller Bevölkerungsschichten, der Kommunen und der mittelständischen Wirtschaft mit Finanzdienstleistungen zu gewährleisten.

Der Bayerische Staat kann und darf sich aus haftungsrechtlichen und aus politischen Gründen nicht als Eigentümer zurückziehen. Er soll auch weiterhin über Verwaltungsrats-Mandate in der Verantwortung auch für fusionierte Landesbanken stehen.

Die Fusion mit anderen Landesbanken ist ein Muss, Deutschland braucht nicht für jedes Land eine eigene Landesbank. Kleinkrämerisches Denken und Verteidigen der „eigenen“ Landesbank muss ersetzt werden durch einen klaren Auftrag an die operativen Einheiten, tragfähige Konzepte für eine gemeinsame Dachorganisation der Sparkassen vorzulegen und umzusetzen.

Die Kompetenz der Verwaltungsräte auf kommunaler Ebene muss verbessert werden, auch regionale Institute tragen eine Mitverantwortung, sie müssen über ihren Dachverband die Aufgabenstellung für die Landesbanken klar definieren. Die Internationalität der Dachorganisation der Sparkassen muss effizient organisiert werden. Sie soll sowohl in Europa als auch in Übersee gerade den bayerischen Mittelstand tatkräftig unterstützen.

Gegen Korruption, illegale Kartelle und illegalen Niedriglohn

Korruptionsdelikte wie Bestechung oder Bestechlichkeit aber auch Preisabsprachen und andere Kartelle sowie durch illegalen Niedriglohn ermöglichte Dumpingangebote verhindern fairen Wettbewerb und damit das Funktionieren effektiver und effizienter Märkte. Wir GRÜNEN fordern endlich ernsthafte Sanktionen gegen Unternehmen, die bestechen oder sich bestechen lassen, oder die mit anderen illegalen Maßnahmen den Wettbewerb aushebeln und Dritten schaden. So setzen wir uns ein für öffentlich zugängliche Register über unzuverlässige Unternehmen und für den Ausschluss solcher Unternehmen von öffentlichen Aufträgen.

Illegaler ausbeuterischer Niedriglohn greift auf Bayerns Baustellen, aber auch bei Saisonarbeitskräften in der Gastronomie und in der Landwirtschaft immer mehr Platz. Wir kämpfen dafür, dass hier entgegengesteuert wird durch die Stärkung der Kontrollbehörden vor Ort in ihrer Ausstattung und Eingriffsbefugnis, vor allem aber durch verbesserte Sanktionsmöglichkeiten. So gilt es, den Durchgriff auf den originären

Auftraggeber wie etwa den Generalunternehmer oder den öffentlichen oder gewerblichen Bauherren zu verbessern. Bayern braucht ein einschlägiges Register, in das neben klassischen Korruptionsdelikten Steuerhinterziehung und Verstößen gegen das Kartellrecht auch illegale Beschäftigung, Verstöße gegen das Arbeitnehmerentsendegesetz und die Veruntreuung von Arbeitsentgelt Eingang finden.

Technologiepolitik

Damit unsere Gesellschaft nicht in Stillstand verfällt und es gelingt, herausragende Probleme der Gegenwart und Zukunft, wie den Klimawandel und die demografischen Veränderungen zu bewältigen, brauchen wir eine breit angelegte, unabhängige Forschung an unseren Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Dabei sehen wir in der Grundlagenforschung an den Hochschulen im engen Verbund mit der Lehre ein entscheidendes und nachhaltiges Mittel für die Erhaltung und Vertiefung eines hohen Ausbildungsniveaus und eines breiten Fundus für die Wissensgesellschaft der Zukunft. Eine breite, gut ausgestattete anwendungsorientierte Forschung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich kann wichtige Bausteine für wirtschaftliche Innovation und wirtschaftlichen Erfolg liefern. Enge Kooperation mit der Wirtschaft ist wichtig, dennoch muss der Staat auch in diesem Bereich die Unabhängigkeit der Forschung sichern.

Ein zentrales grünes Leitbild für Innovation ist die Unabhängigkeit von endlichen Ressourcen. Die Ziele sind Ressourceneffizienz und –einsparung und die Umstellung auf regenerative Energien. Genauso wichtig und für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft unverzichtbar ist die Forschung in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften. Wir werden nicht zulassen, dass sie im Zuge einer rein profitorientierten Sicht auf Wissenschaft und Forschung zu „Hilfswissenschaften“ degradiert werden.

Die Forschungspolitik der Bayerischen Staatsregierung orientiert sich zu sehr an kurzfristiger wirtschaftlicher Verwertbarkeit und prestigeträchtigen Großprojekten. Beispiele hierfür sind die Förderung der Biotechnologie ohne Berücksichtigung sozialer und ethischer Kriterien, die Vernachlässigung der Forschung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft oder zur Nutzung erneuerbarer Energien oder das Festhalten am international teilweise geächteten und teuren atomaren Forschungsreaktor FRM II. Die Folgen neuer Technologien im Hinblick auf die gesellschaftliche Auswirkungen und die Langzeitwirkungen müssen gründlich bewertet werden, bevor diese Technologien zum Einsatz kommen. Die Geistes- und Kulturwissenschaften kamen im Elitenetzwerk Bayern und in der Exzellenzoffensive zu kurz. Die Sparpolitik der vergangenen Jahre hat insbesondere die Forschung an den Hochschulen unter massiven Druck gesetzt und vielen jungen NachwuchsforscherInnen die berufliche Perspektive genommen.

High-Tech ist grün

Spitzentechnologie ist ein unverzichtbarer Baustein im Kampf gegen den Klimawandel. Neue Produkte und effiziente Produktionsverfahren helfen, um den Ausstoß von Schadstoffen zu verringern. Im Bereich der erneuerbaren Energien hat Bayern – nicht zuletzt durch das von den GRÜNEN durchgesetzte Erneuerbare-Energien-Gesetz – eine Spitzenposition. Anders sieht es bei der Automobiltechnologie aus. Hier wurden Innovationen wie der Dieselpartikelfilter und der Hybridantrieb von französischen und japanischen Herstellern zur Marktreife gebracht. Wir wollen grüne Spitzentechnologie fördern, weil sie gut ist für die Umwelt und Arbeitsplätze schafft. Den wirtschafts- und technologiepolitischen Irrweg der Staatsregierung, die lieber auf Auslaufmodelle wie die Atomkraft setzt, werden wir korrigieren.

Regionen als Verbündete

Wir wissen um die Potenziale der Regionen in Bayern und wollen sie von der Landesebene aus unterstützen, ihre Stärken selber weiter zu entwickeln. Voraussetzung dafür sind wiederum finanziell gesunde und eigenständige Kommunen. Wir setzen auf regional abgestimmte Konzepte bei der Schaffung von Infrastruktur und bei der Siedlungs- und Gewerbeentwicklung sowie auf die Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort so etwa mit lokalen Agenda-21-Gruppen. Wir wollen den Dialog zur Entwicklung der Regionen mit allen Betroffenen organisieren. Wichtiges Ziel ist uns die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, der Ausbau der Regionalvermarktung. Sie erhöhen die Wertschöpfung vor Ort, erhalten Arbeitsplätze, helfen kleinen und mittleren Unternehmen, erhalten die Vielfalt in den Regionen Bayerns und entlasten über kürzere Wege die Umwelt. Für die regionale Entwicklung ist die flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen unabdingbar. Hier gibt es zu viele Lücken in Bayern. Darunter leiden vor allem kleine und mittelgroße Unternehmen. Durch die Förderung dezentraler Strukturen wollen wir alle Regionen Bayerns stärken und so die Lebensqualität in ganz Bayern erhöhen.

Tourismus nachhaltig gestalten

Mit mehr als 20 Milliarden Euro Bruttoumsatz sichert der Tourismus das Einkommen von mehr als 560.000 Einwohner im Freistaat. Gerade in vielen strukturschwachen Gebieten ist der Tourismus damit die wichtigste Einnahmequelle und Struktursicherung. Nur so lassen sich in diesen Regionen die vorhandene Infrastruktur erhalten. Zahlreiche kleine Dorfläden und Gaststätten, aber auch Handwerksbetriebe und Dienstleister würden sich ohne den Umsatz der Urlaubsgäste heute nicht mehr tragen. Eine bessere Abbildung der wirtschaftspolitischen Bedeutung des Tourismus in allen Bereichen der politischen Arbeit ist deshalb notwendig, auch durch Einbeziehung aller Beherbergungsbetriebe in einer statistischen Erfassung. Eine Straffung der bestehenden Tourismusstrukturen ist zwingend, um international wettbewerbsfähig zu sein und den Übernachtungsrückgang außerhalb des Städtetourismus zu stoppen. Die hierfür notwendige Vernetzung und Zusammenlegung von Tourismusorganisationen soll gefördert und beschleunigt werden. Ein Pilotprojekt zur Stärkung der Kleinvermieter unter einem gemeinsamen Dach soll diesen Betrieben neue Perspektiven eröffnen. Viele Studien belegen, dass dieser Wirtschaftszweig sehr stark vom Naturschutz profitiert. Die Gäste kommen in die klassischen Urlaubsregionen wegen der Ruhe und der gesunden Luft, vor allem aber um die abwechslungsreiche Kulturlandschaft und eine intakte Umwelt genießen zu können. Nur durch die Sicherung dieser positiven Eigenschaften können auch zukünftige Generationen noch aus dem Tourismus Gewinne erwirtschaften. Deshalb ist Natur- und Artenschutz gerade in den Urlaubsregionen auch äußerst erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Durch den Klimawandel werden die schneesicheren Wintersportgebiete deutlich weniger werden. Die Mittelgebirgsregionen sind davon am stärksten betroffen. Die Erschließung neuer höhergelegener Skigebiete kommt für uns ebenso wenig in Frage wie die Rodung von Bergwald für neue Lifтанlagen. Die Wintersportregionen müssen sich auf die veränderten Klimabedingungen einstellen und die neuen Chancen der Veränderung sehen. Die staatliche Förderung von Beschneiungsanlagen wollen wir deshalb zugunsten der Unterstützung neuer alternativer Freizeitangebote vor allem im Bereich Wellness und Gesundheit abschaffen. Nach wie vor reisen die meisten Urlaubsgäste mit dem Auto an. Nicht nur weil es bequem ist, sondern weil sie auch vor Ort mobil sein möchten. Darum ist der Ausbau eines funktionierenden und attraktiven öffentlichen Nahverkehrs in den Urlaubsregionen dringend notwendig, um den

Tourismus nachhaltig gestalten zu können. Ebenso wollen wir Initiativen zum autofreien Urlaub in Bayern fördern und diese auch aktiv vermarkten. Um Konflikte zwischen Freizeitsport und Naturschutz zu vermeiden, werden wir lokale Initiativen unterstützen, welche mit allen Beteiligten gemeinsam Erlebnis- und Ruhezone ausweisen.

Die Vergaben von staatlichen Fördermitteln in private Tourismuseinrichtungen müssen an strenge Qualitätsanforderungen und ökologische Aspekte gebunden werden. Hierzu zählen Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen genauso wie Nutzung von erneuerbaren Energien, aber auch Investitionen in Qualitätsverbesserungen und neue Zielgruppenschließung.

Olympia 2018: ökologisch – nachhaltig - fair!“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen grundsätzlich die Bewerbung des Freistaats Bayern, der Landeshauptstadt München, der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen und des Landkreises Berchtesgadener Land zusammen mit dem Deutschen Olympischen Sport Bund (DOSB) um die Ausrichtung der XXIII Olympischen und der XII Paralympischen Winterspiele 2018. Die Ausrichtung dieser beiden sportlichen Weltereignisse stellen eine große Chance für den Standort Bayern dar. Diese Winterspiele dürfen allerdings nicht umweltpolitischen Forderungen widersprechen sondern müssen als Chance für eine „Ökologische Olympiade“ genutzt werden. Daher fordern wir, dass im Bewerbungskonzept und bei der Ausrichtung sichergestellt wird, dass Olympische Winterspiele in Bayern grünen Forderungen zu

- Klimaneutralität
- Minimierung des Flächenverbrauchs
- Schutz und Erhalt der Alpenregion
- Schonung der Ressourcen
- Minimierung von Abfällen
- Umweltfreundlicher Mobilität
- Beachtung des Naturschutzes

entsprechen, wie sie z. B. die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen/rosa liste im Münchner Stadtrat in ihren Leitlinien bereits gefordert hat. Bei diesen Zielsetzungen müssen der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) mit seinem Leitfadens „Green Champions“ sowie die Versprechen der Bewerber-Kommunen beim Wort genommen werden.

Öffentliche Aufträge - Hebel zu mehr Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit

Das Auftragsvolumen und damit die Marktmacht der öffentlichen Hand sind riesen groß. Allein der Freistaat beschafft jedes Jahr Sach- und Dienstleistungen für mehrere Milliarden Euro, die Auftragsvolumina der Bayerischen Kommunen liegen noch um ein Vielfaches höher. Vor diesem Hintergrund sollte die öffentliche Hand im Bereich der Ausschreibungen und Vergaben wie im öffentlichen Beschaffungswesen generell ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und möglichst auch eine Vorreiterrolle einnehmen. Konkret fordern wir, dass Tariftreue sowie ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden. Dafür müssen in Bayern die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Es kann nicht sein, dass Unternehmen, die nach ökologischen und sozialen Maßstäben produzieren und sich an Tarifabschlüsse halten, im Wettbewerb benachteiligt werden.

Grüne Haushaltspolitik: ökologisch – sozial – berechenbar

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik: Dabei ist Haushaltspolitik kein Selbstzweck. Sie muss vielmehr dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung dienen: Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen ökonomisch sinnvoll, ökologisch tragfähig und sozial gerecht sein. Das geht auf Dauer nur mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt, denn sonst leben wir auf Kosten zukünftiger Generationen.

Auf der Einnahmeseite muss dafür gesorgt werden, dass der Staat die Einnahmen, die ihm zustehen, auch erhebt. Steuerhinterziehung und –betrug müssen wirkungsvoller bekämpft werden. Alles andere widerspricht dem Ziel der Steuergerechtigkeit. In Bayern gibt es großen Nachholbedarf: seit 2001 ist die Zahl der Vollzeitangestellten in der Finanzverwaltung um mehr als 700 MitarbeiterInnen gesunken. Bayern hat im Vergleich der großen Bundesländer die schlechteste Quote zwischen den eingesetzten Steuerfahndern und der Einwohnerzahl. Auch der Oberste Rechnungshof mahnt seit langem eine Aufstockung des Personals an. Die Ausgaben für zusätzliches Personal würde durch die höheren Steuereinnahmen um ein Vielfaches übertroffen.

Auf der Ausgabeseite sind strukturelle Änderungen notwendig:

- **Staatliche Ausgaben müssen ökologisch tragfähig sein**

Die ökologischen Folgen staatlicher Ausgaben sind zu berücksichtigen. Denn eine reparierende Umweltpolitik ist teurer als eine vorsorgende. Dies gilt für Investitionen, wie z.B. in den staatlichen Gebäudebestand, die zur Energieeinsparung genutzt werden sollten, aber auch für Förderprogramme, z.B. in der Tourismusförderung, die sanften Tourismus und nicht Schneekanonen unterstützen sollte.

- **Staatliche Ausgaben müssen sozial gerecht und vorsorgend sein**

Wir wollen die Bildungsausgaben erhöhen, um Bildungschancen zu verbessern, von der Kinderbetreuung in der Krippe bis zum Hochschulstudium. In der Sozialpolitik wollen wir die Vorsorge in den Vordergrund stellen. Sozialleistungen erfüllen mit ihrem zumeist präventiven Charakter eine gesamtgesellschaftliche und volkswirtschaftliche Funktion: Defizite müssen frühzeitig erkannt und behoben werden, z.B. durch Schulsozialarbeit, die dafür sorgt, dass mehr Schülerinnen und Schüler einen qualifizierten Schulabschluss und damit höhere Chancen auf ein eigenes Einkommen bekommen. Damit werden Folgekosten für den Staatshaushalt reduziert.

- **Staatliche Ausgaben müssen ökonomisch sinnvoll sein**

Steuereinnahmen müssen effizienter eingesetzt werden. Alle Ausgaben müssen regelmäßig auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Das gilt insbesondere für Förderprogramme und Vergaberichtlinien. Sie müssen ihr Ziel erreichen und nicht nur Mitnahmeeffekte auslösen. Auch sind alle Ausgaben auf ihre langfristigen Folgekosten hin zu überprüfen. Das gilt auch für Investitionen, die weder ökologisch fragwürdig sein noch erhebliche Folgekosten nach sich ziehen dürfen.

- **Staatliche Ausgaben müssen geschlechtergerecht sein**

Haushaltspolitische Entscheidungen treffen immer Individuen und damit – auf Grund ihrer oft unterschiedlichen Lebenssituation – Männer und Frauen in verschiedener Weise, ob es um die Nutzung des staatlich finanzierten ÖPNV oder um Bildungsausgaben geht, von denen Männer und Frauen in unter-

schiedlicher Höhe profitieren. Gender Budgeting heißt, dies bei haushaltspolitischen Entscheidungen zu beachten, zum Beispiel bei Einsparungen zu vermeiden, dass eine einseitige Schlechterstellung von Männern oder Frauen erfolgt. Eine geschlechterpolitische Folgenabschätzung im Rahmen des Gender Budgeting kann darüber hinaus auch vor Entscheidungen bewahren, die mittel- und langfristig zu einer höheren Haushaltsbelastung führen.

Stetige Haushaltspolitik

Die Staatsregierung hat in vergangenen Jahren einen haushaltspolitischen Zick-Zack-Kurs gefahren. In den 90er Jahren wurden mit Privatisierungserlösen zusätzliche Ausgaben in Milliardenhöhe getätigt, insbesondere als „Offensive Zukunft Bayern“ und als „Hightech-Offensive“ in der Wirtschaftsförderung. Gleichzeitig wurde die Verschuldung des Staates weiter erhöht. Von 1993 bis 2005 stieg die Verschuldung Bayerns um 50% auf 23 Mrd. Euro. Nach der Wahl 2003 war Kürzen angesagt, um einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2006 zu erreichen.

Rechtzeitig vor dem Landtagswahlkampf 2008 wurde das Zukunftsprogramm 2020 angekündigt, das die Ausgaben wieder erhöht, allerdings nicht zur Finanzierung von Zukunftsausgaben, sondern zur Beseitigung der durch die Kürzungspolitik verursachten Investitionsstaus, z.B. bei Hochschulen, Infrastruktur und der Sanierung staatlicher Gebäude. Dieses Hin und Her dient nicht zur Finanzierung staatlicher Aufgaben, sondern ist weitgehend von der CSU auf Wahltermine abgestimmt. Nach der Wahl wird gespart, vor der Wahl werden Investitionen angekündigt. Die Haushaltspolitik der CSU dient in erster Linie der CSU und nicht Bayern.

Staatsverschuldung?

Staatliche Aufgaben müssen stetig und verlässlich erledigt werden. Auch in konjunkturell schlechten Jahren muss das Bildungssystem finanziert werden und muss – besonders vorsorgende - Sozialpolitik betrieben werden können. Auch in konjunkturell schlechten Jahren müssen Gebäude und Infrastruktur erhalten werden. Auch in konjunkturell schlechten Jahren dürfen Umwelt- und Klimaschutz nicht vernachlässigt werden. Alles andere führt zu hohen Kosten in der Zukunft und wäre fach- und haushaltspolitisch völlig verfehlt.

Notwendig ist daher eine flexiblere Regelung: Da die Steuereinnahmen mit der konjunkturellen Entwicklung schwanken, muss ein Ausgleichsmechanismus gesetzlich verankert werden, der auf der einen Seite eine stetige Haushaltspolitik ermöglicht, auf der anderen Seite aber eine steigende Staatsverschuldung verhindert. Konkret heißt das, dass der Staat Schulden aufnehmen darf, wenn dies bei konjunkturell bedingt sinkenden Steuereinnahmen zur Finanzierung staatlicher Aufgaben notwendig ist. Diese Schulden müssen bei steigenden Steuereinnahmen zwingend wieder zurückgezahlt werden. Einer dauerhaft steigenden Staatsverschuldung wäre damit ein Riegel vorgeschoben. Die Ausgaben des Staates könnten verstetigt werden. Insgesamt muss die Haushaltspolitik dafür sorgen, dass mit dem Geld der Steuerzahler gerechte, ökologisch und ökonomisch vorsorgende Ausgaben finanziert werden. Nur so kann der Staat auf Dauer finanziell handlungsfähig bleiben, nur so kann Bayern auf Dauer lebenswert bleiben.

Wir GRÜNEN vertreten bezahlbare und damit realisierbare Steuerkonzepte. Wir fordern:

- Die Entlastung bei der Einkommenssteuer muss auf die unteren bis mittleren Einkommen beschränkt werden, denn sie werden von der kalten Progression am meisten getroffen.
- Die Entfernungspauschale muss wieder ab dem ersten Kilometer gewährt werden

Soziale Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist seit jeher Hauptantriebfeder grüner Politik. Unsere ökologische Kompetenz haben wir uns erworben im Kampf um mehr Gerechtigkeit: für Generationengerechtigkeit („Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“) und für weltweite Gerechtigkeit („Global denken, lokal handeln“). Mit unserer Grundforderung nachhaltigen Wirtschaftens wollen wir die Bedürfnisse der heutigen Generation erfüllen, ohne die Chancen der künftigen Generationen zu gefährden. Die ökologische Bewegung rückt als einzige politische Kraft die Globalisierung und ihre Folgen ins öffentliche Bewusstsein und fordert ihre soziale und ökologische Steuerung. Ökologische, kulturelle und soziale Bürgerinitiativen, auf die wir GRÜNEN uns stützen, fordern selbstbewusst politische Teilhabe und Mitsprache aus Gründen der Gerechtigkeit ein; Frauen und Männer engagieren sich bei uns von Anfang an in besonderem Maße – wegen und für Geschlechtergerechtigkeit.

Soziale Gerechtigkeit heißt für uns GRÜNEN zuallererst Chancengerechtigkeit. Sie setzt Teilhabe voraus am gesellschaftlichen Reichtum, an politischer Mitsprache, zivilgesellschaftlicher Integration, Bildung und sozialer Sicherheit. Erst auf dieser Basis ist für alle Würde und Selbstbestimmung gewährleistet. Unsere ökologische und soziale Politik setzt den Anspruch der Aufklärung auf verallgemeinerbares Handeln konsequent um. Gerecht ist ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das nicht auf dem Ausschluss anderer Menschen basiert und auf Kosten anderer funktioniert. Das gilt für uns in alle Richtungen, also in klassischen Menschenrechtsfragen wie Religion, Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung, aber auch global, im Hinblick auf unterschiedliche Lebensabschnitte und über Generationen hinweg. Selbstbestimmung und individuelle Freiheit sind ohne ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit als Werte problematisch; eine moderne individualisierte Gesellschaft zerfällt ohne gesellschaftliche Solidarität. Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sollen die Fähigkeit zur Selbsthilfe fördern und fordern: sie sollen die Würde und das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen respektieren und die Menschen ermutigen und ertüchtigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Unsere Politik will alle Hemmnisse abbauen, mit denen Menschen in Bayern aus sozialen oder kulturellen Gründen Chancen der individuellen Lebensgestaltung verwehrt werden.

Fehlende Chancengerechtigkeit ist das größte Defizit in Bayern

Bayern ist ein reiches Land. Aber nicht alle haben gleichermaßen Teil am wachsenden öffentlichen und privaten Reichtum. Die Einkommen aus Unternehmen und Vermögen sind drastisch gestiegen, dafür stagnieren seit 15 Jahren die Bruttolöhne, die Netto-Einkommen der abhängig Beschäftigten sinken sogar. Damit liegt Bayern im Trend bundesweiter wirtschaftlicher und sozialpolitischer Entwicklungen.

CSU und Staatsregierung haben nichts unternommen, um diesen Trend zu stoppen oder gar umzukehren, sondern haben ihn mit ihrer unsozialen „Sparpolitik“ massiv verschärft. Sie kürzen zu Lasten der sozial Schwachen. Damit werden keine Kosten eingespart, sondern lediglich verschoben: auf die Armen, die Kommunen, die Zivilgesellschaft und auf die Zukunft.

Die soziale Schieflage ist in Bayern stärker spürbar als in anderen Bundesländern. Während der öffentliche und private Reichtum in unserem Land aufgrund überdurchschnittlicher Wirtschaftsdaten stärker wächst, wächst auch die soziale Spreizung. Je mehr Mittel und Chancen andere haben, desto schmerzlicher spüren Betroffene ihre Chancenarmut. Überdies hängen die Chancen der Menschen, ihr Leben selber zu gestalten, stärker als anderswo von ihrer sozialen und regionalen Herkunft und ihrem

Geschlecht ab. Fehlende Chancengerechtigkeit zieht erhebliche Folgekosten nach sich. Umgekehrt sind ein hoher und breiter Bildungsstand, ein gutes Angebot an Möglichkeiten der Kinderbetreuung, soziale und ökologische Standards, ein flächendeckendes Gesundheitssystem, Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Entwicklung.

Deshalb sehen wir unsere vordringlichste Aufgabe im Kampf gegen die Chancenungerechtigkeit im bayerischen Bildungssystem, gegen Armut wie Arbeitslosigkeit und ihre Folgen, gegen regionale Chancenungerechtigkeit und die Abkoppelung des ländlichen Raums.

Bildungsarmut und Chancenungerechtigkeit

Lernen, Entwicklung und Bildung sind unabgeschlossene, offene Prozesse, die den ganzen Menschen lebenslang umfassen. Im Mittelpunkt dieses lebenslangen Lernprozesses steht nicht die formale Qualifikation, sondern die Kompetenz, bestimmte Fähigkeiten, Kenntnisse und Verhaltenspotenziale in einem konkreten Zusammenhang zu bündeln und anzuwenden.

Dabei sind Lernerfahrungen in der frühkindlichen Bildung und in der Schule von zentraler Bedeutung für spätere Lernmotivation, Lernerfolge und Beteiligung an Weiterbildung. Je positiver die frühen Erfahrungen waren, desto häufiger und erfolgreicher wird die Weiterbildung später sein und desto größer ist die Chance des Einzelnen auf gesellschaftliche Teilhabe.

Lebenslanges Lernen ist mittlerweile in aller Munde, doch vernetzte Konzepte und bildungspolitische Strategien sind Mangelware. Wir GRÜNEN verbinden mit lebenslangem Lernen die Vision eines offenen, flexiblen und transparenten Systems mit vielfältigen Ein- und Ausgängen, mit zahlreichen Übergängen und Verbindungslinien, mit hoher Durchlässigkeit und ohne Sackgassen. Die einzelnen Sektoren des Bildungssystems dürfen dabei nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Im Zentrum stehen nicht die Institutionen mit ihren Vorschriften und Reglementierungen, sondern die Individuen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Lernbedürfnissen.

Wir werden die Mitwirkungsmöglichkeiten der Lernenden innerhalb des Bildungssystems stärken. Individuelle Förderung und ein produktiver Umgang mit Verschiedenheit sind die Voraussetzung für gelungene Bildungsprozesse und erfolgreiche Bildungspolitik.

Das bayerische Bildungssystem ist gekennzeichnet durch zuviel staatliche Regulierung und scharfe Segmentierung in die verschiedenen Schularten, durch geringe Nachfrageorientierung und geringe Flexibilität, nicht nur was die Formen des Lehrens und Lernens angeht.

Das bayerische Bildungssystem ist zergliedert und selektiert zu früh. Dadurch werden soziale Ungleichheit und Ausgrenzung zementiert und verstärkt. In Bayern wird Bildungsarmut vererbt. Darauf hat der Sozialbericht der Staatsregierung bereits 1998 hingewiesen. Die PISA-Studie von 2003 hat das nochmals bestätigt: Nirgendwo in Deutschland ist der Bildungserfolg von Kindern so sehr an die soziale Herkunft gekoppelt wie in Bayern. Ein Facharbeiterkind hat von Haus aus in unserem Schulsystem geringere Chancen aufs Gymnasium zu kommen wie das aus einer Akademikerfamilie. Wenn beide nachweislich die gleiche Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft zeigen, liegen die Chancen des Akademikerkindes immer noch wesentlich höher. Dies bestätigt auch die aktuelle PISA-E-Studie: das Leistungsniveau von Kindern mit bildungsferner Herkunft bzw. Migrationshintergrund ist zwar deutlich höher als in anderen Bundesländern, aber bei den Bildungsabschlüssen sind sie erheblich gegenüber anderen Kindern in Bayern benachteiligt. Das bedeutet, dass viele Kinder

und Jugendliche vom bayerischen Schulsystem für ihre Leistungen nicht belohnt, sondern bestraft werden. Daraus ergibt sich ein gesellschaftlicher Auftrag in zwei Richtungen: Wir müssen investieren in die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und in gute öffentliche Bildungseinrichtungen.

Vorschulische Bildung: Früh investieren statt später reparieren

Die frühkindliche Förderung und Bildung wurde in Deutschland lange unterschätzt. Es hat sich aber gezeigt, dass Kinder schon in der frühen Kindheit erstaunliche Kompetenzen ausbilden können. Hinzu kommt, dass sie eine intrinsische Neugier besitzen, die sie entdecken und ausprobieren lässt. Sie können also spielend an Bildung herangeführt werden und sich so die Schlüsselressource der Zukunft erschließen.

Kinder, die in einem für sie günstigen Umfeld aufwachsen, profitieren zusätzlich von einer qualitativ hochwertigen Betreuung und frühen Förderung in Kindertageseinrichtungen. Bei Kindern, die in einem weniger günstigen Umfeld aufwachsen, können eine gute Betreuung und Förderung helfen, Defizite rechtzeitig auszugleichen – dies gilt insbesondere für Kinder aus benachteiligten Familien oder mit Migrationshintergrund.

Was bundesweit gilt, trifft in besonders ausgeprägter Form auf Bayern zu: ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot für Vorschulkinder – und hier speziell für Kinder unter 3 Jahren – fehlt.

Für Kinder in ganz jungen Jahren wird in jeglicher Hinsicht zu wenig getan. Es gibt zu wenig finanzielle Mittel, zu wenige Einrichtungen und daneben auch zu wenig qualifiziertes Personal. Damit Kinder auch ihren individuellen Bedürfnissen entsprechend gefördert werden können, muss der notwendige quantitative Ausbau von Angeboten mit qualitativen Verbesserungen einhergehen.

Notwendig sind verträgliche Gruppengrößen, ein angemessener Personalschlüssel und die Einführung eines Qualitätsmanagements im frühkindlichen Betreuungs- und Bildungssystem. Gleichzeitig ist die Ausbildung von ErzieherInnen in der Kindertagesbetreuung zu verändern. Die Anforderungen an die pädagogische und bildungsorientierte Arbeit mit Kindern werden zunehmend komplexer. Um dem sich ändernden Anforderungsprofil von Erzieherinnen und Erziehern gerecht zu werden, empfiehlt sich die Ausbildung von Frühpädagoginnen und -pädagogen an Fachhochschulen oder Universitäten.

Langfristig sollte in den vorschulischen Einrichtungen ein Personal-Mix erreicht werden. Personen mit unterschiedlicher Ausbildung können dann für Betreuung, Bildung und Erziehung sorgen.

Kinderkrippen: flächendeckend und ganztags

Kinder, die zu Hause nicht genügend gefördert werden, haben es später schwer. Eine ganztägige, pädagogisch wertvolle Betreuung kann diesen Nachteil ausgleichen und für gerechte Chancen sorgen. Doch hier fehlt es in Bayern an allen Ecken und Enden: zu wenige Einrichtungen, zu wenig Geld, zu wenig Personal, zu wenig Qualifikation. Das wollen wir ändern: ganztägige Kinderbetreuung muss in Bayern flächendeckend verfügbar sein. Je früher Kinder gefördert werden, umso leichter lernen sie. Viele Kinder – nicht nur aus Migrantenfamilien – haben Defizite bei der Sprachentwicklung, wenn sie eingeschult werden. Durch individuelle Förderung von Anfang an lässt sich das vermeiden – zum Wohl der Kinder, letztlich auch zum Wohl der Steuerzahler. Lieber früh investieren als spät und teuer reparieren.

Kinderkrippen – Chancengerechtigkeit von Anfang an

Bund, Länder und Kommunen müssen in einer gemeinsamen Anstrengung dafür sorgen, dass rasch ein breites Angebot an qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen entsteht.

Wir werden einen allgemeinen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung zwischen vollendetem ersten und dem dritten Lebensjahr gesetzlich verankern.

In einem ersten Schritt soll ein gesichertes Angebot für diejenigen Kinder bereitgestellt werden, deren Mütter und/oder Väter erwerbstätig oder in Schulung, Studium oder beruflicher Fortbildung sind oder bei denen gewichtige erzieherische Gründe oder besondere familiäre Belastungen vorliegen. Dieser sogenannte konditionierte Rechtsanspruch soll ab Herbst 2009 volle Geltung erlangen. In einer zweiten Stufe wird der Rechtsanspruch auf alle Kinder unter drei Jahren zum Herbst 2011 gesetzlich ausgeweitet.

Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Zugang zu Kindertagesbetreuung als frühkindliche Förder- und Bildungsinstitution sowie als Instrument zur gesellschaftlichen Integration für Kinder mit Migrationshintergrund von immenser Bedeutung. Daher darf langfristig gesehen der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nicht an bestimmte Bedingungen geknüpft sein, sondern es muss allen Familien ermöglicht werden, ihre Kinder betreuen, bilden und erziehen zu lassen.

Kindergarten: Das Kind steht im Mittelpunkt

Bilden, erziehen und betreuen, so lassen sich die wichtigsten Aufgaben von Kindertagesstätten zusammenfassen. Um den vom Staatsinstitut für Frühpädagogik entwickelten Bildungs- und Erziehungsplan in Kindergärten und Krippen umsetzen zu können, muss das Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) geändert werden.

Unsere Forderungen:

- Verbindliche Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes in den Einrichtungen;
- pädagogisches Konzept in Zusammenarbeit mit den Eltern;
- Gruppen mit maximal 15 Kindern (Betreuungsschlüssel 7,5), eine wesentlich bessere Ausstattung mit hoch qualifiziertem und angemessen bezahltem Personal;
- individuelle Sprachförderung für jedes Kind unabhängig von der Herkunft;
- Beitragsfreiheit für das erste Kindergartenjahr;
- gesetzlich festgelegter Anspruch auf Verfügungszeit (Vor- und Nachbereitung pädagogischer Angebote, Gesprächszeit mit den Eltern);
- verbindliche Kernzeiten, die pädagogisches Arbeiten ermöglichen;
- enge Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Eltern, Stärkung der Elternrechte und deren Mitbestimmung;
- Verzahnung mit den Beratungsstellen für Familien-, Erziehungs- und Frühförderungsfragen;
- Kooperation mit dem nachbarschaftlichem Angebot;
- systematische Qualifizierung von Tagesmüttern;
- enge Verzahnung mit der Grundschule;
- flächendeckende integrative Angebote;
- es werden großzügige Bestimmungen für die Förderung von arbeitsplatznahen Kinderbetreuungseinrichtungen aufgenommen. Dabei muss speziell die Verantwortlichkeit von Arbeitgebern und Kommunen für Kinderbetreuungseinrichtungen während der Betriebsöffnungszeit geregelt werden.

Mit diesem umfassenden Konzept können Kinder unterschiedlichster Herkunft und Begabung von Anfang an ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert werden. Durch

interkulturelle und integrative Angebote erwerben die Kinder spielerisch soziale Handlungskompetenz und holen Defizite auf.

Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt

Für uns ist Bildung Persönlichkeitsbildung. Wir wollen Kinder und Jugendliche stark machen, damit sie ihr Leben selbstständig gestalten und Verantwortung übernehmen können, für sich selbst, für die Gemeinschaft und für die Umwelt. Wir stehen für einen umfassenden Bildungsbegriff, der soziales, kognitives und kulturelles Lernen zum Inhalt hat und spätere gesellschaftliche, politische und ökonomische Teilhabe ermöglicht.

Wir bilden Bayerns Zukunft

Bayerns Schulsystem: ungerecht und ausgrenzend

Das bayerische Bildungssystem ist weder gerecht noch leistungsstark. Es geht verantwortungslos mit den Zukunfts- und Lebenschancen von vielen Kindern um. Zu viele Potenziale werden vergeudet. Denn zu viele Kinder verlassen die Schule ohne Abschluss, zu wenige haben die Chance aus dem Teufelskreis der Bildungsarmut auszubrechen. Zu viele Kinder müssen eine Klasse wiederholen, zu wenige erreichen trotz guter Leistung das Abitur. Zu viele Kinder sitzen in zu großen Klassen, zu wenige werden individuell gefördert. Insbesondere Migrantenkinder sind die Verlierer in Bayerns Schulen. Ob jemand Zugang zu guter Bildung hat, hängt entscheidend von seiner sozialen, regionalen und familiären Herkunft ab und weniger von seinen Talenten und Fähigkeiten. Das werden wir ändern.

Mängel beseitigen statt verwalten

Übervolle Klassen, Unterrichtsausfall, zu wenig Lehrerinnen und Lehrer: die bayerischen Schulen leiden an den jahrelangen Versäumnissen der Staatsregierung. Klassen mit deutlich über 30 Schülerinnen und Schülern sind keine Seltenheit. Das macht guten Unterricht schwierig. Wir wollen, dass keine Schulklasse mehr als 25 Kinder hat. Auch beim überstürzt eingeführten achtjährigen Gymnasium (G 8) muss gehandelt werden: die Lehrpläne gehören entrümpelt, auf Dauer wird nur der Ausbau zu Ganztagschulen die Misere beenden.

Der Dreiklang grüner Bildungspolitik: Gerechtigkeit – Vertrauen - Leistung

Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Die reale Chance für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe hängt untrennbar mit dem Zugang zu Bildung zusammen. Bildung ist das beste Mittel gegen Bevormundung und Manipulation. Die Stärkung der Menschen durch Bildung ist damit auch eine Grundvoraussetzung unserer Demokratie. Deshalb steht das Recht aller Kinder auf Bildung im Zentrum unserer politischen Arbeit. Das Bildungssystem soll für jede und jeden die beste Bildung ermöglichen.

Unsere Bildungspolitik basiert auf den Grundprinzipien Gerechtigkeit, Leistung und Vertrauen. In einem gerechten Bildungssystem erhalten alle Kinder individuelle Förderung. Es schöpft auch die Potenziale aller Kinder aus. Nicht Druck und Gängelung fördern Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, sondern Anerkennung und Wertschätzung. Erfolgreiche Bildungseinrichtungen brauchen Vertrauen in die Kompetenz von Lernenden und Lehrenden. Nur so können sie selbst Verantwortung übernehmen für gute Bildung. Dieses Vertrauen brauchen auch die Bildungseinrich-

tungen selbst. Nur wenn wir das gesamte System Bildung auf ein grundsätzlich neues Fundament stellen, taugt es für unsere Zukunft und die unserer Kinder.

Eine andere Schule ist möglich

Wir wollen das bayerische Schulsystem verändern. Keine Klasse darf mehr als 25 Kinder haben. Die SchülerInnen werden besser individuell gefördert durch zusätzliches Personal, dazu gehört auch die ausreichende Versorgung mit Schulsozialarbeit und SchulpsychologenInnen. Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben einen Anspruch auf verbesserte und verstärkte Förderung von Anfang an. Unser Ziel ist es, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Schule mit einem Abschluss verlässt. Kinder mit Behinderung lernen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung in einer Klasse. Das Sitzenbleiben wird abgeschafft. Dies würde neben Geld und Lebenszeit ebenso eine immense punktuelle Belastung der Kinder und ihrer Eltern ersparen. In den Vordergrund würden langfristige Lernerfolge rücken, da so gezielt und frühzeitig Schwächen durch individuelle Förderung begegnet werden kann und Sonderbegabungen gezielt gefördert werden können. Durch ein flächendeckendes Netz aus rhythmisierten Ganztageschulen können alle Kinder besser gefördert, Familien entlastet und moderne Lehr- und Lernmethoden praktiziert werden.

Vielfalt und Verantwortung

Eine echte Reform bejaht die Verschiedenheit von Kindern und begreift diese als Chance. Es hat sich als untauglich, leistungsmindernd, demotivierend und ausgrenzend erwiesen, wenn Kinder früh auf unterschiedliche Schularten aufgeteilt und in angeblich homogene Lerngruppen einsortiert werden. Deshalb brauchen wir Bildungseinrichtungen und Lehrpersonal, die mit Verschiedenheit (Heterogenität) produktiv umgehen können und sie zur Grundlage ihrer Pädagogik machen. Damit wandelt sich auch das Anforderungsprofil der LehrerInnen. Sie vermitteln nicht bloß Fachwissen, sondern begleiten beim Lernen und gestalten gemeinsam mit den SchülerInnen und ihren Eltern und setzen Methoden ein, die der Entwicklung des Kindes angemessen sind. Neue Bildungsansätze erfordern auch neue Zeitpläne im Schulalltag. Die Zeitplanung orientiert sich an Inhalten und nicht an einem starren Stundenplanmuster. Dem Schulsport messen wir eine hohe Bedeutung zu. Bewegung und Naturerlebnis sollen integraler Bestandteil der schulischen Bildung sein und haben im rhythmisierten Schulalltag einen hervorgehobenen Stellenwert.

Eigenverantwortliche Schulen

Um den Unterricht zu reformieren, brauchen wir eine Reform der LehrerInnenausbildung. Wir fordern einen starken Praxisbezug und größere erziehungswissenschaftliche, pädagogische und didaktische Anteile. Darüber hinaus brauchen wir eine Fortbildungsoffensive, die LehrerInnen in die Lage versetzt, ihrer Arbeit nach den neuesten Erkenntnissen der Pädagogik, Didaktik und Erziehungswissenschaften nachzugehen. Supervision in den LehrerInnenteams soll die Regel sein. SchulleiterInnen werden für ihre Führungsaufgabe von Unterrichtsverpflichtungen entlastet und entsprechend geschult. Das derzeit geübte Multiplikatorensystem für die schulhausinterne Lehrerfortbildung (SchiLF) entspricht nicht unserem Anspruch qualifizierter Fortbildung.

Eine gute und erfolgreiche Schule übernimmt Verantwortung für diejenigen, die ihr anvertraut sind. Das erfordert die aktive Mitwirkung und Verantwortung aller: SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen. Wir setzen uns für mündige und eigenverantwortliche Schulen ein, die nicht am Gängelband des Staates hängen. Schulen erhalten die Hoheit über ihr Personal und über ihr Budget, welches den Anforderungen angemessen

sen sein muss. Das Berufsbeamtentum für Lehrerinnen und Lehrer wird abgeschafft. Die Schule regelt alle ihre Angelegenheiten in einem paritätisch besetzten Schulforum selbst. Sie legt Rechenschaft über die Erreichung von Standards ab, indem sie sich regelmäßig evaluieren lässt. Politik soll in Zukunft lediglich den Rahmen und die Lernziele setzen, die Schulen jedoch selbst entscheiden lassen, wie sie diese Ziele erreichen.

Integration und Bildungsgerechtigkeit

Migrantenkinder und behinderte Kinder sind die Verlierer im bayerischen Bildungssystem. Bildung ist jedoch entscheidend für die Integration und die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, insbesondere auch für junge Flüchtlinge, müssen deutlich verbessert werden. Migrantenkinder müssen durch individuelle Förderung im vorschulischen und schulischen Bereich bessere Chancen bekommen. Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit muss als Potenzial anerkannt und frühzeitig gefördert werden. Der Erwerb von Deutschkenntnissen über Förderung der muttersprachlichen Identität kann bereits in der Elementarerziehung verbessert werden. Migrantenkinder dürfen nicht mehr länger aufgrund von Sprachschwierigkeiten in Förderschulen eingewiesen und dort verwahrt werden, wie es in Bayern gängige Praxis ist.

Auch die Chancen von Kindern mit Behinderung können deutlich verbessert werden, wenn sie nicht am Lernen zusammen mit anderen Kindern gehindert werden. Es muss ein echtes Wahlrecht auch für behinderte Kinder an einer wohnortnahen Regelschule geben. Niemand darf aufgrund einer Behinderung aus der Grundschule oder einer weiterführenden Schule ausgeschlossen werden. Sonderpädagogisches Personal und Schulassistenz müssen bedarfsgerecht gestellt werden und dürfen nicht willkürlich begrenzt werden. Förderschulen können zu Kompetenzzentren werden, die individuelle Förderung organisieren. In einem inklusiven Bildungssystem wird niemand ausgesondert.

Für alle Zielgruppen muss es in Bayern ein effektives und ausreichendes Lern- und Sprachlernangebot geben, insbesondere auch für Flüchtlingskinder. Wir werden den Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund und mit Behinderung an weiterführenden Schulen durch frühzeitige individuelle Förderung erhöhen.

Eine Schule für alle

Das dreigliedrige Schulsystem wird den Anforderungen an ein modernes und gerechtes Bildungssystem nicht gerecht. Mit den Strukturen des 19. Jahrhunderts kann man Bildung im 21. Jahrhundert nicht erfolgreich gestalten. Die Schattenseiten zeigen sich schon in der Grundschule. Hier nimmt der Druck auf die Kinder immer mehr zu und beginnt immer früher. Fast ein Viertel der Kinder bekommt Nachhilfe, um eine Übertrittsempfehlung auf die Realschule oder das Gymnasium zu erhalten. Die frühe Auslese verursacht unnötigen Stress, Angst und macht viele Kinder krank. Talente werden vergeudet, nicht gefördert.

Erfolgreiche PISA-Länder machen es uns vor: wenn Kinder und Jugendliche in Ganztageschulen neun Jahre lang gemeinsam lernen, gibt es hervorragende Leistungen. Wir wollen nicht, dass bereits zehnjährige Kinder in ein hierarchisches System gedrängt und in Gymnasium, Realschule oder Hauptschule eingeteilt werden. Diese Trennung wollen wir aufheben. Eine neunjährige gemeinsame Schulzeit ist besser in der Lage, die Abhängigkeit von Bildungserfolg und Einkommen der Eltern zu entkoppeln.

Zudem löst eine Schule für alle die Probleme, die kleine Gemeinden durch drohende Schulschließungen schon heute haben und die sich durch die demografische Ent-

wicklung noch verschärfen werden. Unsere Schule bleibt im Dorf oder im Stadtteil. Durch eine Öffnungsklausel wollen wir die Kommunen und Regionen in die Lage versetzen, maßgeschneiderte Lösungen vor Ort selbst zu entwerfen und ihre eigene Schule mit eigenem Profil zu schaffen. Diese Schulen werden Vorbilder sein, deren Beispiel sehr schnell Nachahmer finden wird.

Erst nach neun Jahren gemeinsamen Lernens entscheiden die Jugendlichen, ob sie über eine gymnasiale Oberstufe eine akademische Ausbildung anstreben oder eine Berufsausbildung absolvieren wollen oder eine Kombination aus beidem.

Längere gemeinsame Schulzeit

Bestmögliche Förderung statt brutalstmöglicher Auslese: Die frühe Auslese und Aufteilung auf unterschiedliche Schularten setzt die Kinder (und ihre Eltern) bereits in der dritten und vierten Klasse unter enormen Druck. Fast jedes vierte Kind bekommt Nachhilfe, um den Übertritt auf die Realschule oder das Gymnasium zu schaffen. Dieser Druck macht viele Kinder krank, demotiviert die Lehrkräfte und belastet die Familien(-finanzen). Wir wollen dieses gnadenlose Aussortieren beenden und eine gemeinsame neunjährige Schulzeit einführen. Wir wollen alle Talente entdecken und Leistungsfähigkeit gerecht fördern. Die Ressourcen werden auf einer Schule gebündelt – also nicht mehr unterschiedlich nach Schularten vergeben. Wenn der Schulerfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, erhalten auch Kinder aus ärmeren Familien eine Chance.

Ausbilden, nicht ausgrenzen

Jeder dritte Jugendliche in Bayern findet keine Lehrstelle – in manchen Regionen nicht einmal jeder zweite. Fast die Hälfte von Ihnen hat die Schule schon vor mehr als einem Jahr verlassen. Hinzu kommen über 10.000 Menschen mit Migrationshintergrund, die ohne Lehrstelle da stehen. Die Ursache für diese Misere liegt vor allem darin, dass über zwei Drittel aller Unternehmen nicht mehr ausbilden. Trotz aller Sonntagsreden gehört auch der Freistaat Bayern zu den Ausbildungsverweigerern. Schon heute fehlen vielfach Fachkräfte. Dieses Problem wird sich verschärfen, wenn auf dem Ausbildungsmarkt keine Trendwende gelingt.

Das bisherige Sammelsurium der Berufsvorbereitung schickt junge Menschen in eine Warteschleife der Perspektivlosigkeit. Berufliche Bildung braucht deshalb mehr Investitionen und Reformen im Bildungswesen. Das schafft Perspektiven für die jungen Menschen und ist - nicht nur aus dem Gesichtspunkt der Kosten – die bessere Alternative.

Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die es Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben ermöglichen, vermehrt Ausbildungsplätze anzubieten. Die Ausbildungszeit soll falls nötig auf zwei Jahre reduziert werden, sofern das im Rahmen der betrieblichen Erfordernisse sinnvoll erscheint. Gerade in „Saisonbranchen“ wird immer weniger ausgebildet. Hier ist unser Ansatz: „die Auszubildenden sind in der Saison im Betrieb, aber nach Ende der Saison konzentriert in der berufsschulischen Ausbildung“. Dazu müssen die Berufsschulen oder alternative Einrichtungen den Saisongegebenheiten entsprechen. Die Rahmenbedingungen für die „Ausbildungsberechtigung“ bei kleineren Betrieben müssen liberalisiert und damit verbessert werden. Diese Betriebe sollen auch ohne Meisterbrief ausbilden dürfen, jedoch mit Berufsausbildungseinrichtungen eng kooperieren, um die Azubis ins Ziel zu führen.

Wir fordern:

- Ganztagschulen, in denen berufsbezogenes Wissen in Theorie und Praxis vermittelt wird;

- Zusammenarbeit der Schulen mit regionalen Ausbildungsnetzwerken;
- Zusammenschluss von kleinen Firmen in einem Ausbildungsverbund;
- anerkannte Ausbildung in Vollzeit-Berufs- und Fachschulen
- Die Rahmenbedingungen für Betriebe zur beruflichen Ausbildung müssen verbessert werden.

Stärkung der Erwachsenenbildung und Weiterbildung

Angebote und Struktur der Weiter- und Erwachsenenbildung in Bayern sind geprägt durch Unübersichtlichkeit und mangelnde Transparenz. Verschiedene Ministerien sind zuständig, eine Vernetzung mit einem gemeinsamen Ziel findet nicht statt und die Datenlage ist völlig unzureichend. Angesichts der schlechten finanziellen Ausstattung und der fehlenden inhaltlichen Konzepte bleibt die Rede von der gestiegenen Bedeutung lebenslangen Lernens eine Leerformel. So sind etwa die Zuschüsse für die Volkshochschulen aus dem Landeshaushalt in den letzten fünf Jahren kontinuierlich gesunken. Bayern liegt damit an letzter Stelle im Vergleich der Bundesländer.

Unsere Demokratie braucht auch Räume „zweckfreien“ Lernens jenseits des Erwerbs von Qualifikationen und der beruflichen Weiterbildung. Umweltbildung, (inter-)kulturelle oder politische Bildung vermitteln für jede und jeden von uns und die Gesellschaft allgemein wichtige Kompetenzen. Besonders diese Angebote müssen durch staatliche Finanzierung unterstützt werden.

Wir wollen für die NachfragerInnen mehr Transparenz in der Angebotsstruktur, in der Trägerlandschaft, bei den Kosten und den erwerblichen Zertifikaten erreichen, unter anderem durch die lange überfällige Entwicklung eines bayerischen Internetportals für Weiterbildung. Dieses zentrale bayerische Internetportal muss die Vielgestaltigkeit des Angebots und die regionalen Gegebenheiten deutlich machen. Ergänzen wollen wir dies durch frühzeitige, unabhängige, flächendeckend erreichbare und kompetente Bildungsberatung in allen Lebensphasen. Um mehr Teilhabe vor allem bei weiterbildungsfernen Gruppen zu fördern, müssen verstärkt zielgruppenspezifische Angebote geschaffen werden. Für die Weiterbildung von MitarbeiterInnen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) soll ein Förderprogramm entwickelt werden, das die KMU darin stärkt, Weiterbildung im Verbund zu organisieren. Ausreichende Angebote zur Kinderbetreuung sind bei Weiterbildungsmaßnahmen unabdingbar.

Erwachsenenbildung ist aber weit mehr als berufliche Fort- und Weiterbildung, von der nur die knapp 50 Prozent Berufstätigen in der Bevölkerung angesprochen werden können. Mindestens genauso wichtig ist die Förderung des offenen Angebots der Erwachsenenbildung. Der Bereich der Elternbildung und der Seniorenbildung muss ausgebaut werden. Zur Stärkung der im Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz festgelegten sieben Träger ist ein ausreichender Netto-Förderbetrag festzuschreiben.

Zentrale Voraussetzung für eine bessere Förderung lebenslangen Lernens ist die bessere Vernetzung der verschiedenen Ressorts und Zuständigkeiten, der unterschiedlichen Bildungsbereiche und beteiligten Institutionen und der Träger, sowie der Vielfalt der Lernorte. Aktivitäten der Kommunen wie das Konzept der „Lernenden Region“ müssen stärker verknüpft werden mit Programmen des Landes, des Bundes und der EU. Zur besseren Information über Konzepte und Maßnahmen sowie deren Evaluation und Weiterentwicklung wird eine regelmäßiger Weiterbildungsbericht erstellt, der dem Landtag einmal pro Legislaturperiode vorgelegt wird. Qualitätsstandards, Finanzierung und Förderprogramme müssen gesetzlich verankert werden.

Hochschulen öffnen und ausbauen

In der Hochschulpolitik stehen wir in den kommenden Jahren vor besonders großen Herausforderungen. Es gilt, auf den demografischen Wandel zu reagieren, neuen Anforderungen der Arbeits- und Wirtschaftswelt gerecht zu werden und gleichzeitig den letzten geburtenstarken Jahrgängen und dem doppelten Abiturjahrgang 2010/2011 die Chance auf eine qualitativ hochwertige Hochschulbildung zu eröffnen. Bayern braucht starke und unabhängige Hochschulen, die fest verankert in der demokratischen Gesellschaft und im kritischen Dialog mit ihr unsere gemeinsame Zukunft mitgestalten. Hochschulen sind keine Wirtschaftsunternehmen und nicht zu führen wie Aktiengesellschaften. Sie sind weltoffene Räume für Forschung und Lehre, die Freiheit von politischen Zwängen und ein gesichertes finanzielles Fundament benötigen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Wir brauchen mehr gut ausgebildete junge Menschen, daher müssen die Hochschulen in Bayern deutlich und nachhaltig ausgebaut werden. Die Hochschulen müssen sich weiter öffnen für Menschen aus Ausbildungsberufen mit Berufserfahrung mit oder ohne Abitur. Gender Mainstreaming ist als durchgängiges Prinzip in der Hochschulwelt zu verwirklichen von der Zulassung bis zur Professur, in der gesamten Hochschulorganisation und in der Finanzierung. Auch ein Mentalitätswandel in Richtung auf mehr Familienfreundlichkeit steht dem Wissenschafts- und Hochschulsystem noch bevor.

In Bayern wird der Zugang zur Hochschulbildung immer schwieriger und teurer: Studienplätze werden knapper, der Numerus Clausus wird zur Regel, Lebenshaltungskosten steigen, Verwaltungsgebühren, Studentenwerksbeitrag und Studiengebühren sind zu zahlen. Vor ein Hochschulstudium hat die herrschende Politik hohe Hürden gestellt. Die Folge ist, dass viele junge Menschen aus sozial schlechter gestellten Familien sich ein Hochschulstudium nicht leisten können. Seit vielen Jahren sind die Hochschulen unterfinanziert. Es fehlt an allem: an Räumen, Personal, Büchern und Computern. Viele Hochschulbauten sind marode.

Bessere Studienbedingungen

In den bayerischen Universitäten und Fachhochschulen fehlt es an allen Ecken und Enden: an Räumen und Personal, an Büchern und an Computern und an Geld. Viele Hochschulgebäude sind in einem maroden Bauzustand. Das sind keine guten Voraussetzungen für starke Hochschulen, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu genügen. Wir wollen durch ein langfristiges angelegtes Ausbauprogramm die Hochschulen sicherstellen, dass die Hochschulen auch in Zukunft leistungs- und zukunftsfähig sind. Ein Studium darf keine Frage des Geldbeutels sein, sondern von Leistung und Neigung. Deshalb wollen wir die Studiengebühren wieder abschaffen. Sie benachteiligen Studierende aus einkommensschwachen Familien und halten Sie von einem Studium ab. In Zukunft brauchen wir mehr hochqualifizierte Menschen und nicht weniger.

Wir werden durch ein langfristig angelegtes Hochschulausbauprogramm die Schwerpunkte im Staatshaushalt klar zugunsten der Hochschulen verschieben. Studiengebühren und der Verwaltungsbeitrag werden abgeschafft. Fachhochschulen und Universitäten werden gleichgestellt. Wir werden den Zugang zu den Hochschulen weiter öffnen für Menschen aus Ausbildungsberufen mit Berufserfahrung mit oder ohne Abitur. Wenn man dieses Ziel ernst nimmt, müssen sich die Hochschulen darauf einstellen, dass in Zukunft an den Hochschulen der Anteil von Studierenden mit Kindern steigen wird. Wenn wir unser Land zum attraktiven Standort für die kreativsten Köpfe machen wollen, braucht es auch mehr Angebote und eine stärkere Offenheit gegenüber Studierenden und Forschenden mit Kindern. Wir werden die Internationalisie-

rung vorantreiben und den bayerischen Hochschulraum stärker öffnen für Studierende aus allen Teilen der Welt. Gender Budgeting muss zum Leitprinzip der Hochschulfinanzierung werden. Zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und zur besseren Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses werden wir die Quote einführen. Wir lassen nicht zu, dass der Bologna-Prozess missbraucht wird, um die Qualität des Studiums zu senken und ein Schmalspurstudium an die Stelle einer fundierten Hochschulbildung zu setzen. Wir werden demokratische Strukturen an den Hochschulen stärken und die verfasste Studierendenschaft wieder einführen.

Bildung ist Investition in die Zukunft

Bildung ist ein öffentliches Gut und zudem die beste Geldanlage eines Staates. Nur wenn unsere BürgerInnen gut ausgebildet sind, können sie ihren Beitrag zur gesellschaftlichen, demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung leisten. Deshalb wollen wir die Bildungsausgaben auf internationales Niveau anheben. Mit uns gibt es keine Experimente mit der Lernmittelfreiheit. Zu dieser stehen wir vorbehaltlos. Bildung darf insbesondere für die Kinder aus sozial schwachen Familien nicht zum Luxusgut werden. In einer Schule, die das Kind in den Mittelpunkt stellt, werden die Eltern immense Ausgaben für Nachhilfe einsparen. Wir werden in eine erneuerte LehrerInnenaus- und -fortbildung investieren, um die Voraussetzungen für kleinere Lerngruppen und individuelle Förderung zu schaffen.

Die Gebühren für das Erststudium schaffen wir ab, um wieder mehr Menschen ein schulden- und kreditfreies Studium zu ermöglichen. Die von der Staatsregierung beschworenen Studienkredite mit leistungsabhängiger Rückzahlung sind ein bürokratischer Irrweg. Wer nach dem Studium viel verdient, zahlt ohnehin höhere Steuern. Neben den nötigen Mehrinvestitionen und der langfristig damit verbundenen Dividende gibt es aber auch Effizienzreserven, die kurzfristig genutzt werden können. In einem Schulsystem, das individuell fördert statt zu früh zu selektieren, entfallen Klassenwiederholungen. Auch bei Schulwechseln gibt es keine Reibungsverluste mehr. Die Anzahl der Studienabbrüche kann durch eine bessere Studienberatung und individuelle Tutorenprogramme reduziert werden.

Für die Erwachsenenbildung und die Fort- und Weiterbildung gilt, dass gute Bildung eine ausreichende und verlässliche Finanzierung braucht und die Fachkräfte angemessen honoriert werden müssen.

So wichtig und richtig ein ausgeglichener Staatshaushalt ist, so volkswirtschaftlich kontraproduktiv ist es, beim Bildungssystem zu sparen. So werden wir uns über den Bundesrat auch dafür einsetzen, dass Bildungsausgaben, die bisher als konsumtive Ausgaben gelten nach Art. 115 GG als Investitionen anerkannt werden.

Armut bekämpfen – Chancen eröffnen

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Gerade in Bayern, einem reichen Land mit großen Möglichkeiten, wirkt sich Armut besonders schmerzhaft aus. Armut bedeutet ein weit unterdurchschnittliches Einkommen, aber auch deutliche geringere Chancen auf Teilhabe und Verwirklichung. Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen von Armut, gleichzeitig beeinträchtigt sie das Selbstbewusstsein und die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen. Wer „nicht mehr gebraucht“ wird, sieht sich oft ausgegrenzt. Armut macht häufig einsam. Auch deshalb macht Armut krank. Wenn Armut und Bildungsarmut sich gegenseitig verstärken, fällt es den Betroffenen besonders schwer, sich aus der Armutsfalle zu befreien.

Nicht allein Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt; die Bildungs-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der CSU sorgt dafür, dass Reichtum und Armut vererbt werden. Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in Bayern sind ungerecht, weil soziale und regionale Herkunft die Chancen der Menschen mehr beeinflussen als ihre Leistungsbereitschaft und -fähigkeit. Ungerecht ist die Politik von CSU und Staatsregierung, weil sie es vielen Menschen, die in unterschiedlichsten „Armutsfallen“ gefangen sind, nicht ermöglicht, daraus zu entkommen. Indem diese Politik Lebenslagen verfestigt, drängt sie Menschen in soziale „Randgruppen“ ab: Kinder und Niedrigqualifikation werden zu Armutsrisiken, im Alter, durch das Wohnumfeld und den Wohnort innerhalb Bayerns werden soziale Risiken verstärkt.

Arm in Bayern – arm an Chancen

Immer mehr Menschen bleiben dauerhaft in Armutsfallen gefangen und „vererben“ sie an ihre Kinder. Schon 1997 (neuere Zahlen verweigert die Staatsregierung) lebten 9,5 % aller Haushalte in Bayern in relativer Armut und 290 000 Haushalte in strenger Armut (weniger als die Hälfte des mittleren Nettoeinkommens). Insbesondere wer schlecht ausgebildet ist, hat mit Armut zu kämpfen. Wer nicht über ausreichende Bildung verfügt, tut sich schwer, einen Ausbildungsplatz oder eine gut bezahlte Anstellung zu finden. Wer keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit findet, dem fehlen Rentenansprüche: Altersarmut ist vorprogrammiert. Die demografische Entwicklung führt beim jetzigen Finanzierungssystem dazu, dass immer weniger Junge den Lebensunterhalt von immer mehr Alten erarbeiten sollen. Die Koppelung der Alterssicherung an die Erwerbsarbeit wird einzelne Risikogruppen deshalb hart treffen. Wer schon in der Jugend arbeitslos war, nur prekär und mit niedrigem Lohn beschäftigt, lange arbeitslos oder überwiegend in Teilzeit beschäftigt war, für den wird die Entwicklung besonders dramatisch. Ein sehr großes Risiko tragen Alleinerziehende, niedrig qualifizierte MigrantInnen und SpätaussiedlerInnen, deren Armutsquoten zwei- bis dreimal höher liegen als die der Gesamtbevölkerung. Kinder werden zum Armutsrisiko.

Arme Kinder – armes Bayern

Jedes zehnte Kind in Bayern lebt in relativer Armut, es wächst in einem Haushalt auf, indem die Eltern weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben. So sind Kinder auch nicht per se arm, sondern die Haushalte, in denen sie leben. Die Start- und Lebenschancen von Kindern hängen noch immer stark von der sozialen Herkunft ab. Sozial schwache Familien weisen oft mehrere Armutsrisiken auf. Bei Einwandererfamilien hat sich zum Beispiel die Armutsrate in den neunziger Jahren von 5 auf 15% verdreifacht. MigrantInnen und ihre Kinder sind besonders von den verschiedenen Ausprägungen und Folgen von Armut betroffen.

Situation von AsylbewerberInnen und Geduldeten verbessern

AsylbewerberInnen in Bayern – darunter Behinderte, Traumatisierte, Kranke, Gewaltopfer wie zum Beispiel künftig auch Opfer von Frauenhandel – leben unter unzumutbaren Bedingungen. Sie erhalten lediglich in Ausnahmefällen nach einem Jahr eine Arbeitserlaubnis, dürfen sich nur in dem Landkreis der zuständigen Ausländerbehörde bewegen, der sie zugewiesen wurden und werden in Gemeinschaftsunterkünften zwangskaserniert. Sie erhalten Sozialleistungen (zum Teil in Form von Sachleistungen), die gegenüber dem Regelsatz von Arbeitslosengeld II-Empfängern gekürzt sind. Im Falle der Aufnahme einer Arbeit müssen sie sich unverhältnismäßig hoch an den Kosten der Unterkunft beteiligen.

Besonders prekär ist die Lage von Flüchtlingen und deren Kindern mit ungesicherter Aufenthaltsperspektive. Bei Ablehnung des Asylantrages, aber vorliegenden Abschiebehindernissen (z.B. in Kriegs- und Krisengebieten) erhalten die Flüchtlinge den Status „Duldung“, der sie dazu verdammt, auf den Tag ihrer Abschiebung zu warten. Das kann mehrere Jahre dauern, in denen sich die Aufenthaltsbedingungen nicht verbessern. Schulpflichtige Kinder müssen unter höchst schwierigen Umständen in die nächstgelegene Schule gehen. Sprachförderung muss für alle, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, sichergestellt werden.

Wir GRÜNEN setzen uns für eine Verbesserung der herrschenden Situation für AsylbewerberInnen ein. Mit dem Wissen, dass viele Flüchtlinge über mehrere Jahre oder für immer Teil unserer Gesellschaft sind, wollen wir ihre Integration fördern. Dazu gehört die Unterbringung in Privatunterkünften mit Nähe zur Bevölkerung, die individuelle Sprachförderung von Kindern vor der Aufnahme in einer Schule, sowie Sprachunterricht für die Eltern. Dort, wo erforderlich, sollen traumatisierte Kinder und Erwachsene eine psychologische Betreuung erhalten. Die Asylsuchenden sollen in Bayern ausnahmslos Geldleistungen erhalten, die der Höhe und Regelungen von Sozialleistungen gemäß Arbeitslosengeld II entsprechen.

Kinderarmut bekämpfen

Obwohl Bayern ein wohlhabendes Land ist, wächst jedes zehnte Kind bei uns in Armut auf. Meistens wird diese Armut „vererbt“: Kinder, die aus armen Elternhäusern kommen, werden später selbst mit großer Wahrscheinlichkeit zu den Armen zählen. Wir wollen diesen Teufelskreis der Armut durchbrechen und dafür sorgen, dass jedes Kind faire und gerechte Chancen erhält. Entscheidend dafür ist eine möglichst frühe und gute Förderung. Kinder, die schon in der Krippe und im Kindergarten eine gute Sprachförderung bekommen und deren Talente und Fähigkeiten gezielt unterstützt werden, haben es später leichter und größere Chancen auf beruflichen Erfolg. Deshalb wollen wir das Angebot der Kinderbetreuung massiv ausbauen, so dass es flächendeckend ganztägige Betreuungsplätze für Kinder gibt. Bislang ist Bayern Schlusslicht bei der Kinderbetreuung. Das von der CSU vorgeschlagene Betreuungsgeld lehnen wir ab und wollen das Geld lieber in den Ausbau von besseren Einrichtungen für Kinder stecken. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder in den Krippen, Horten und Schulen unabhängig vom Einkommen der Eltern ein gesundes Mittagessen bekommen können.

Armut beeinträchtigt das ganze Leben

Generell gilt, dass Armut viel mehr bedeutet, als wenig Geld zu haben. Armut zieht sich wie ein roter Faden durch alle Lebensbereiche der davon betroffenen Kinder. Sie weisen in vielen Fällen eine unzureichende kognitive Entwicklung, ein niedrigeres Selbstwertgefühl und schlechtere schulische Leistungen auf als Kinder, die nicht in Armut leben. Es mangelt ihnen häufig an Entfaltungs- und Spielmöglichkeiten und sie sehen sich mit wachsender Chancenungleichheit sowie Perspektivlosigkeit konfrontiert. Sie leben oft in beengten Wohnverhältnissen und in vernachlässigten Stadtteilen. In Armut lebende Kinder haben generell ein höheres Risiko, krank zu werden und liegen in ihrer körperlichen und psychischen Entwicklung häufig zurück.

Armut erlaubt es den Kindern also nicht, ihre Potenziale und Ressourcen angemessen zu entwickeln. So steigt die Gefahr, dass sich Entwicklungsdefizite herausbilden, die später nur schwer oder gar nicht aufgeholt werden können. Kinderarmut ist demnach weitreichend, dass zu ihrer Bekämpfung bzw. Vermeidung auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden muss. Kinder wachsen in einem sozialen und kulturellen Umfeld auf, indem sie gut oder weniger gut gefördert werden. Neben einer Existenz

sichernden finanziellen Absicherung muss deshalb der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote vorangetrieben werden.

Wir werden:

- das soziale Netz verstärken und Hilfen zum Ausgleich von Armutsfolgen und insbesondere zum Ausstieg aus Armutsfallen bereitstellen;
- in Bildung und Ausbildung auf internationalem Niveau investieren;
- den Bayerischen Sozialbericht kontinuierlich fortschreiben. Nur wer Armutsverläufe und gescheiterte Bildungskarrieren kennt, kann effiziente Hebel ansetzen und die knappen Haushaltsmittel für die richtigen Weichenstellungen ausgeben;
- allen Bayern auch im Alter ein menschenwürdiges Leben sichern;
- flächendeckend ganztägige Kinderbetreuungsangebote (von Krippen bis Ganztagschulen) bereitstellen;
- den gesetzlichen Anspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr umsetzen;
- Familien- und Sozialberatung stärken,
- mehr in Kinderbetreuung investieren, so dass alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern, individuell gefördert werden können;
- dafür sorgen, dass alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern in der Schule ein gesundes Mittagessen bekommen können, nach Möglichkeit mit saisonalen Produkten aus der Region;
- den Anspruch auf „ganztägige“ Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr umsetzen;
- uns dafür einsetzen, dass die Regelsätze an die alters- und entwicklungspezifischen Bedarfe von Kindern anpasst werden;
- kurzfristig dafür sorgen, dass Sachleistungen die der körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen dienen, gewährt werden. Dazu gehören u.a. Lernmittel und Schulmaterial, die Inanspruchnahme von Sportangeboten, Musikschulen und Bibliotheken sowie Kosten für die Schülerbeförderung;
- perspektivisch die Familien- und Eheförderung neu ordnen und damit einhergehend eine existenzsichernde Kindergrundsicherung einführen.

Arbeitslosigkeit und ihre Folgen bekämpfen

In den letzten Jahren haben die Ziele „Wachstum und Arbeitsplätze“ alle anderen Politikfelder dominiert – zum Schaden von Lebensqualität und Umwelt und ohne den Arbeitslosen wirklich zu helfen. Arbeitsmarktpolitische Effekte ihrer umweltschädlichen und unsozialen Politik konnte die CSU bisher nicht nachweisen. Sicher ist nur, dass sie den Menschen das Leben schwerer macht durch Einschnitte in der Sozialpolitik, dadurch, dass sie viel zu wenig in Bildung investiert und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen vernachlässigt. Es ist falsch, einer vermeintlichen Wirtschaftsförderung alle anderen Politikfelder unterzuordnen. Wirtschaftliche Entwicklung ist nur einer der Faktoren, die Lebensqualität der Einzelnen und den „Reichtum der Nationen“ (Weltbank) maßgeblich beeinflussen. Neoliberale Konzepte, nach dem Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft“, sind in der Praxis stets am eigenen Anspruch gescheitert.

Wer ökologische und soziale Standards senkt und zu wenig in Bildung und Umweltschutz investiert, vermindert nicht nur die Lebensqualität, sondern beschleunigt den Abbau von Arbeitsplätzen. Umgekehrt gilt: mehr ökologische, soziale und Bildungsinvestitionen verbessern nicht nur die Lebensqualität, sondern schaffen mehr Arbeitsplätze.

Grüne Arbeitsmarktpolitik: Teilhabe statt Ausgrenzung

Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können von ihrem Verdienst nicht mehr leben und sind auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen – oft auch dann, wenn sie ganztägig beschäftigt sind. Dumpinglöhne sind gleichermaßen ein gesellschaftlicher Skandal und für eine wachsende Zahl von Menschen bittere Realität. Zudem sind Hungerlöhne der direkte Weg in die Altersarmut. Unternehmen, die Tarifflicht betreiben und sich oftmals Armutslöhne sogar staatlich subventionieren lassen, verschaffen sich darüber hinaus einen Wettbewerbsvorteil gegenüber jenen Unternehmen, die einen angemessenen Lohn zahlen. So wird Dumpinglöhnen und Leiharbeit Vorschub geleistet. Diesen Misstand zu Lasten der Beschäftigten und der öffentlichen Kassen wollen wir beenden. Lässt sich das über Tarifverträge oder das Arbeitnehmer-Entsendegesetz nicht bewerkstelligen, fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn. Neben den Gewerkschaften und den beiden großen christlichen Kirchen fordern auch immer mehr Unternehmen die Einführung eines Mindestlohnes für Ihre Branchen zum Schutz vor Dumpinglöhnen. Aber die CSU lehnt den gesetzlichen Mindestlohn immer noch mit der Begründung ab, dieser würde Arbeitsplätze vernichten. Erfahrungen in europäischen Nachbarländern zeigen aber: Mindestlohn vernichtet keine Arbeitsplätze, Mindestlohn sichert und schafft Arbeitsplätze. Übrigens: Auch die Bayerische Verfassung sieht die Möglichkeit eines gesetzlichen Mindestlohns vor.

Grundvoraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ist ein qualifiziertes, ganztägiges Betreuungsangebot für Kinder in allen Altersgruppen. Zudem muss die gesamte Arbeitswelt familienfreundlicher gestaltet werden: Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeiten, Wiedereinstellungsgarantien und betriebliche Kinderbetreuungsangebote und Frauenförderpläne müssen konsequent umgesetzt werden.

Alle Jugendlichen in Bayern haben ein Anrecht auf Ausbildung und auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Viele Jugendliche, besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund, suchen vergeblich einen Ausbildungsplatz, drehen irgendwelche Warteschleifen oder sind arbeitslos. Die Verweigerung gesellschaftlicher Teilhabe ist nicht nur eine individuelle, sondern auch eine gesellschaftliche Katastrophe. Zugleich verschärft sich dadurch der Fachkräftemangel.

Wir werden allen Jugendlichen Brücken in den Arbeitsmarkt bauen. Wir werden hierzu die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen fördern, indem wir Ausbildungsbetriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugen. Um allen Jugendlichen einen anerkannten Ausbildungsabschluss zu ermöglichen, wollen wir ergänzend zum dualen System Ausbildungsverbünde ermöglichen und vollzeitschulische Ausbildungswege mit Kammerabschluss schaffen.

Bayern muss seine eigene Ausbildungsverantwortung ernst nehmen: In der letzten Wahlperiode ist mehr als jeder zweite Ausbildungsplatz in der Staatsverwaltung weggefallen, die Ausbildungsquote beim Freistaat ist die niedrigste aller Bundesländer. Das ist unverantwortlich gegenüber den Jugendlichen in Bayern.

Nur durch eine grundlegende Bildungsreform lassen sich künftig der erhebliche Aufwand und die hohen Kosten vermeiden, mit denen heute nach Schulabschluss das Versagen des bayerischen Bildungssystems ausgeglichen werden muss.

Keine vagen Versprechungen – Lebensqualität direkt verbessern

Für die abhängig Beschäftigten ist Arbeit der wirksamste Schlüssel, um ihr Leben selbst zu gestalten und ihre Lebensqualität zu sichern. Aber Lebensqualität hängt nicht alleine an der Arbeit. Die Sozialforschung hat nachgewiesen, dass weitere Faktoren die Lebensqualität der Menschen beeinflussen, etwa Bildungsstand, Gesund-

heit, Wohnsituation, soziale Teilhabe und Mitsprache, Umwelt und der Zugang zu Kultur. Arbeitslosigkeit beeinträchtigt die Selbstachtung. Aber es ist nicht so, dass Arbeit in jedem Falle die Selbstachtung stärkt. Häufig reicht sie nicht mal, um den Lebensunterhalt zu sichern. Wir müssen, selbst bei entspanntem Arbeitsmarkt, davon ausgehen, dass es auf lange Zeit Hunderttausende von Menschen in Bayern geben wird, die den drastisch gestiegenen Anforderungen eines „Normalarbeitsplatzes“ nicht voll gerecht werden können. Statt sie auf den Sankt-Nimmerleinstag zu vertrösten, brauchen sie Soforthilfen zur Verbesserung ihrer sozialen Lage, angepasste Angebote von Beschäftigung, neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe, und Entwicklungschancen.

Regionale Spaltung bekämpfen – Chancengerechtigkeit schaffen

Bayern ist ein vielfach gespaltenes Land. Nirgendwo in Deutschland ist die Kluft zwischen einzelnen Regionen so groß wie bei uns. Wo man in Bayern lebt und wohnt, wirkt sich unmittelbar aus beim Angebot an Arbeitsplätzen, Krankheitsrisiken, Bildungsniveau und Lebenserwartung. Die Menschen in den vernachlässigten Regionen sind häufiger arbeitslos, ihre Jobs schlechter bezahlt, für ihre Kinder gibt es weniger Krippen und Kindergärten, ihre Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss sind wesentlich geringer, aber sie erkranken häufiger an Krebs und sterben früher.

Die soziale Spaltung wird in Bayern an vielen Orten räumlich sichtbar. Bei uns entwickeln sich nicht nur die Ballungsräume und abgelegene ländliche Räume auseinander, auch auf engem Raum in den einzelnen Kommunen lässt sich eine zunehmende Polarisierung erkennen. In vielen Städten driftet die Lebensqualität immer weiter auseinander. Einerseits gibt es reiche Stadtviertel mit gut situierter Bevölkerung, hohem Lebensstandard und vielfältigen Angeboten, andererseits soziale Ghettos, in denen sich die Probleme häufen. Nachteile aus dünner Besiedelung und wirtschaftlicher Randlage häufen sich mitunter auch an einzelnen Orten selbst in den Ballungsräumen. So sehen sich auch Bewohnerinnen und Bewohner von Kommunen im Großraum München oder der „Metropolregion“ Nürnberg abgekoppelt: ohne verlässlichen Öffentlichen Nahverkehr, ohne leistungsfähigen Anschluss ans Internet, ohne ausreichende Kinderbetreuungs-, kulturelle oder soziale Angebote.

Dass die Menschen in Bayern, je nach dem, wo sie geboren werden und leben, ganz unterschiedliche Chancen haben, das ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen in Bayern.

Die Landespolitik muss unabhängig vom höchst unterschiedlichen Potenzial an Wirtschaftskraft, der Infrastruktur und der Bevölkerungsdichte Chancengerechtigkeit gewährleisten, das heißt die individuellen Chancen der Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Selbsterneuerungskraft der Regionen: Eigenverantwortung, Freiheit und Vielfalt

Trotz aller Versprechen und Anstrengungen der letzten Jahrzehnte haben sich die Zukunftschancen der Regionen außerhalb der Ballungsräume nicht verbessert. Die „klassische“ Strukturpolitik hat versagt. Deshalb ist es höchste Zeit, neue Wege zu gehen. Wir GRÜNEN setzen auf ökologische Innovationen und die für die Zukunftsfähigkeit der Regionen wichtigsten Faktoren: auf Investitionen in Bildung, den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Frauenförderung, Kinderfreundlichkeit, Kultur und in alles, was die Eigeninitiative der Menschen unterstützt – von der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen bis hin zum Bürgerschaftlichen Engagement. Diese Investitionen steigern auch die Chancen wirtschaftlicher Entwicklung und schaffen Arbeitsplätze.

Wir GRÜNEN setzen auf die Selbsterneuerungskraft der Regionen: auf Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Dazu müssen Mittel und Kompetenzen in die Regionen verlagert und die Kommunen sowie die regionale Wirtschaftskraft gestärkt werden. Die erneuerbaren Energien sind ein enormes regionales Mittelstandsförderprogramm nicht nur für Handwerk, Landwirtschaft und ArchitektInnen. Vor allem aber braucht der ländliche Raum eine moderne Bildungsinfrastruktur: die Schule muss im Dorf bleiben. Bildung sollen künftig Kommunen und Schulen selbst verantworten, mittlere Abschlüsse am Heimatort erreichbar sein. Das muss generell gelten: dezentrale Strukturen, Vernetzung und mobile Versorgung statt Verlagerung und Zentralisierung, Datenautobahn statt Straßenbau. Wenn wir all das, was an Bayern gut und schön ist, bewahren wollen, müssen wir die Weichen jetzt stellen: für Klimaschutz und Chancen für alle, für mehr Lebensqualität und Arbeitsplätze.

Selbstbestimmung und Vielfalt

Wir GRÜNEN treten für Selbstbestimmung ein und stehen für gesellschaftliche Vielfalt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen eine Chance haben, ihr Leben selbst und frei von Bevormundung zu gestalten. Diese Vielfalt bereichert alle in Bayern, ob hier geboren oder eingewandert, ob jung oder alt, ob schwul oder lesbisch, ob behindert oder nicht, ob Mann oder Frau.

Keine und keiner soll ausgegrenzt werden, jede und jeder soll mit seinen individuellen Fähigkeiten unsere Gesellschaft mitgestalten und teilhaben.

Wir wollen eine Politik, in der unterschiedliche Lebensformen und Lebensstile Platz haben und akzeptiert werden. Selbstbestimmung und Würde sind Leit motive unserer Politik. Der Grundsatz „Leben und leben lassen“ gilt als bayerische Lebensphilosophie. Damit Bayern in diesem Sinne bunter und freier wird, müssen die nötigen rechtlichen und sozialen Voraussetzungen geschaffen werden. Dafür kämpfen die bayerischen GRÜNEN.

Jugendliche wollen selbst bestimmen - Und das sollen sie auch!

Junge Menschen wissen um ihre Sorgen und Nöte am besten Bescheid. Kinder und Jugendliche vertreten ihre Interessen am besten selbst. Sie nehmen ihre Zukunft in die Hand, stellen sich den großen Herausforderungen unserer Zeit und sind ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft. Sie wählen ihre Lebensentwürfe und gestalten die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen mit. Politik und Staat müssen diesen Prozess zwar aktiv begleiten, jegliche Bevormundung muss aber tabu bleiben. Es gilt, einen Rahmen zu schaffen, der jedem Jugendlichen seinen Weg finden lässt. Doch Jugendliche wollen nicht nur Toleranz, sondern aktive Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen.

Bayern, kein schöner Land? Nicht für junge Menschen!

Jugendliche und junge Erwachsene bleiben gerade in Bayern oft außen vor, besonders in ihren direkten Lebensräumen. In Schule und Hochschule beschränkt sich der unmittelbare Einfluss meist auf wenige Bereiche und hängt in der Regel noch vom guten Willen anderer Institutionen und Autoritäten ab. Eine verfasste Studierendenschaft lehnt die bayerische Staatsregierung seit nunmehr 35 Jahren strikt ab und verhindert damit die Anerkennung der bayerischen Studierenden als aktiven Teil des Hochschullebens. Wir fordern die Anerkennung der Verfassten Studierendenschaft als offizielle VertreterInnen an den Hochschulen.

Aber auch im gesellschaftlichen Bereich haben die bayerischen Jugendlichen unter der Staatsregierung zu leiden. Sie sind besonders von den Einschränkungen der Bürgerrechte und den Beschneidungen der individuellen Freiheit in den letzten Jahren betroffen. Sei es Drogenpolitik oder die Debatte um so genannte Killerspiele, immer ist es die bayerische Staatsregierung, die durch besonders scharfe Regelungen und Forderungen auffällt. Zugunsten der Lufthoheit über den Stammtischen verzichtet sie auf wirksame und qualifizierte Präventionsarbeit. Hier wird ein Generationenkonflikt provoziert. Statt in jungen Menschen unsere Zukunft zu sehen, empfindet die CSU die eigene Jugend als Bedrohung.

Auch die Mobilität junger Menschen bleibt, besonders in den ländlichen Regionen Bayerns, weiterhin eingeschränkt. Junge Mobilität ist moderne Mobilität, denn sie verzichtet oft auf die Nutzung eigener Automobile. Der dringende Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs blieb aber auch in den letzten Jahren aus und so sind Haltestellen vielerorts tatsächlich Endstationen, gerade abends. Bayern wird an den Bedürf-

nissen junger Menschen vorbei regiert. Die bayerischen GRÜNEN wollen das ändern!

Für Bayerns Zukunft - Jugendliche in den Vordergrund

Wir wollen nicht über, sondern mit den bayerischen Jugendlichen reden. Ihre Vorstellungen und Wünsche müssen in allen relevanten Gremien Gehör finden und institutionalisiert werden. Doch bloße Anwesenheit, Rederecht oder Stellvertretung ist noch keine Partizipation. Wir wollen deshalb sicherstellen, dass kommunale Jugendparlamente, Schul-, Hochschul- und andere Jugendvertretungen nicht nur mitreden, sondern mitentscheiden können. Wir fordern nicht nur die Meinung junger Menschen ein, sondern bieten ihnen direkten Einfluss auf ihr gesellschaftliches Umfeld an. Deshalb machen wir uns dafür stark, das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen. Dies verstärkt die aktive Teilnahme Jugendlicher an der Politik und beugt Politikverdrossenheit vor. Umgekehrt wird die Politik mehr auf die Bedürfnisse junger Menschen eingehen müssen. Weiter werden sich die bayerischen GRÜNEN für den Erhalt und die (Wieder-) Ausweitung individueller Freiheiten einsetzen. Besonders in ländlichen Regionen gilt es, ob dem gesellschaftlichen Mief aus über 40 Jahren CSU-Herrschaft, kräftig zu lüften. Dort ist meistens kein Platz für alternative Jugendkultur und freie Selbstentfaltung. Jedem jungen Menschen muss es möglich sein, den eigenen Lebensentwurf auszuprobieren. Gerade der öffentliche Raum muss deswegen wieder für junge Menschen zugänglich und attraktiv gemacht werden, denn sie sind eben keine Bedrohung, sondern integraler Bestandteil unserer Gesellschaft, der auch alltäglich sichtbar sein soll.

Jugendarbeit: Vielfalt stärken

Jugendarbeit ist ein wichtiger Bildungsbereich neben der schulischen Lern- und Erfahrungswelt. Sie übernimmt eine zentrale Aufgabe in der Betreuung von Jugendlichen, aber auch in der Arbeit mit ihnen. Jungen Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und in verschiedenen sozialen Lebenslagen bietet die Jugendarbeit Hilfe und Unterstützung an. Grüne Jugendpolitik lässt der außerschulischen Jugendarbeit eine hohe Bedeutung zukommen und möchte sie in ihrer Vielfalt fördern und stärken. So unterschiedlich die Bedürfnisse von Jugendlichen sind, um sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, Eigenverantwortlichkeit, Selbstständigkeit, in ihrem Selbstwertgefühl und Selbstorganisation zu festigen, so vielfältig, bunt und offen ist auch Jugendarbeit zu gestalten. In der Jugendarbeit gibt es dank einer Vielzahl von Verbänden und Vereinen weitgefächerte Formen und Inhalte. Junge Menschen haben die Chance sich selber einzubringen und ihre Interesse und Talente zu leben. Doch dafür ist ausreichend Fachpersonal notwendig, um die gewachsenen Strukturen in Bayern aufrecht erhalten zu können. Sparmaßnahmen können wir uns nicht leisten, wenn wir den jungen Menschen in Bayern eine Zukunft bieten möchten. Viele Angebote haben nur noch Projektcharakter und sind nicht flächendeckend vorhanden. Erziehungsberatung, Schulpsychologie und –sozialarbeit sowie offene Jugendarbeit wurden strukturell vernachlässigt.

Gerade Jugendliche, die aufgrund ihres familiären und sozialen Umfelds, ihrer ethnischen oder kulturellen Herkunft oder ihrer ökonomischen Situation Benachteiligungen erfahren haben, brauchen Unterstützung.

Positiv berücksichtigen müssen wir die zunehmenden Ganztagesstrukturen im schulischen Bereich, die Änderungen für die Jugendarbeit, insbesondere für die offene Jugendarbeit nach sich ziehen. Konzepte müssen in Richtung Zusammenarbeit zwischen Schulen, außerschulischer Jugendarbeit und der Jugendhilfe neu bedacht werden.

Grüne Jugendpolitik fordert verlässliche Strukturen der Jugendarbeit und in der Jugendhilfe, die junge Menschen erreicht, auf Problemlagen adäquat reagiert, präventiv wirkt und Lebensperspektiven verbessert. Die Mittelkürzungen gehen in eine falsche Richtung. Stattdessen müssen wir in unsere Zukunft investieren und neue Mittel in den Auf- und Ausbau erfolgreicher Jugendarbeit fließen lassen.

Gegen Jugendgewalt: Handeln statt Wegsehen!

Gewalt unter Jugendlichen oder von ihnen ausgeübte Gewalt ist nicht neu. Zur Dramatisierung der Situation besteht kein Anlass, das Phänomen darf natürlich aber auch nicht verharmlost werden. Unser Ziel ist es, Gewalt zu verhindern. Zur Bekämpfung von Jugendgewalt setzen wir auf zwei Strategien: zum einen wollen wir wirksame Prävention, die verhindert, dass aus Kindern gewalttätige Jugendliche werden. Zum anderen setzen wir auf einen schnellen Eingriff, wenn Gewalt verübt wird. Gewalttätige Jugendliche müssen merken, dass ihr Handeln Folgen hat, und lernen, sich friedlich zu behaupten. Das Jugendstrafrecht bietet genügend und gute Möglichkeiten für den Umgang mit jugendlichen StraftäterInnen. Oft dauert es aber zu lange, bis das Verfahren beginnt und Sanktionen erfolgen. Das Recht muss also nicht verschärft werden, aber den Vollzug müssen wir entscheidend verbessern. Wir wollen früher ansetzen und schneller reagieren. Haft allein kann neue Straftaten nicht verhindern. Wichtiger und erfolgsversprechender ist es, auf Erziehung und Verhaltensänderung zu setzen. Durchdachte pädagogische Programme, bei denen sich die Jugendlichen mit ihrer Tat und deren Folgen intensiv auseinandersetzen müssen, verlangen ihnen mehr ab, als bloß ihren Arrest oder eine Gefängnisstrafe abzusitzen. Wir lehnen die Kürzung der Mittel für die Betreuung straffälliger Jugendlicher ab. Jugendhilfe, Justiz und Polizei müssen angemessen ausgestattet werden. Denn wer bei Kindern und Jugendlichen heute spart, zahlt dafür in Zukunft ein Vielfaches.

Mit mehr Geschlechtergerechtigkeit und innovativer Frauenpolitik für ein modernes Bayern!

Wir GRÜNEN setzen uns schon immer für eine offene, freiheitliche und gerechte Gesellschaft ein. Gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Frauen und Männer sind für uns die Grundvoraussetzung dafür. Wir stehen für eine moderne Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern sehen. Gleichzeitig ist die Weiterentwicklung einer innovativen Frauenpolitik unerlässlich. So setzen wir unser Ziel von einer gerechten Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Aufgaben Schritt für Schritt um.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in Bayern noch lange nicht erreicht. Die reaktionäre Politik der bayerischen Staatsregierung hat dazu geführt, dass die Gleichstellung der Geschlechter in Bayern der europäischen Entwicklung weit hinterher hinkt.

Frauen erhalten immer noch 25% weniger Lohn für gleichwertige Arbeit, Frauen finden sich nur zu 13% in Spitzenpositionen und nur zu 11% als Professorinnen an den Hochschulen. Damit ist Bayern Schlusslicht in Deutschland und sogar in Europa. Fehlende Kinderbetreuungsplätze, vor allem für Kleinkinder, die beiden Eltern Berufstätigkeit ermöglichen, eine starke Unterrepräsentation von Frauen in Schlüsselpositionen, überdurchschnittlich viele Frauen in Teilzeitjobs oder prekären Beschäftigungsverhältnissen sprechen eine deutliche Sprache. Frauen sind aus all diesen Gründen meist finanziell schlechter gestellt als Männer. Eine Folge ist die hohe Armutsrate vor allem bei alleinerziehenden und alten Frauen. Auf der anderen Seite geraten nun auch die Jungen ins Abseits: Die Mädchen haben sie überholt, was Schul- und Studienabschlüsse angeht. Jungen fallen durch schlechte Lesekompe-

tenzen und schlechtere Leistungen auf. Mädchen haben nicht nur die besseren Noten, mittlerweile gehen auch wesentlich mehr Jungen als Mädchen ohne Abschluss von der Schule und haben dadurch sehr eingeschränkte Zukunftschancen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Frauen erhalten bei gleichwertiger Arbeit im Schnitt immer noch 25% weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Trotz immer besserer Qualifikation sind nur 13% der Spitzenpositionen und nicht einmal 11% der Professuren an den bayerischen Hochschulen mit Frauen besetzt. Damit ist Bayern Schlusslicht in Deutschland und sogar in Europa. Das wollen wir ändern. Fehlende Kinderbetreuungsplätze, vor allem für Kleinkinder, die beiden Eltern Berufstätigkeit ermöglichen, eine starke Unterrepräsentation von Frauen in Schlüsselpositionen, überdurchschnittlich viele Frauen in Teilzeitjobs oder prekären Beschäftigungsverhältnissen sprechen eine deutliche Sprache. Frauen sind aus all diesen Gründen meist finanziell schlechter gestellt als Männer. Eine Folge ist die hohe Armutsrate vor allem bei alleinerziehenden und alten Frauen. Andere Länder, vor allem in Skandinavien, sind deutlich weiter. Hier sind gleiche Entlohnung und Frauen in Spitzenpositionen selbstverständlich. Davon profitieren nicht nur die Frauen, sondern die gesamte Gesellschaft.

Die Hälfte der Macht für Frauen. Geschlechtergerechtigkeit setzt sich durch.

Um Geschlechtergerechtigkeit in Bayern voran zu bringen, unterstützen wir eine moderne Frauen- und Gleichstellungspolitik. Bayern soll aus seinem Dornröschenschlaf geweckt und offensiv weitergebracht werden auf dem Weg hin zu einer modernen und gerechten Gesellschaft. Für uns ist Gleichberechtigung dabei kein Thema mehr, dass nur Frauen betrifft. Vielmehr fordern wir Männer und Frauen auf, sich gemeinsam dafür einzusetzen, da langfristig beide einen Gewinn davon haben. Wir GRÜNEN sorgen dafür, dass junge Frauen und Männer darauf aufmerksam gemacht werden, wie sehr unser Handeln noch immer von Rollenbildern und Klischees beeinflusst ist. Frauen und Mädchen ermutigen wir, sich einzumischen und zu engagieren, auch in der Politik. Jungen und Männer ermuntern wir, sich auch für Lebensentwürfe jenseits der klassisch männlichen zu entscheiden. Männer, die sich an der Erziehungsarbeit beteiligen und dafür beruflich zurückstecken sind keine "Weicheier" und Frauen, die sich trotz Kindern ihrer Karriere widmen keine „Rabenmütter“. Frauen und Mädchen werden in von Männern und Jungen dominierten Bereichen gestärkt und umgekehrt. Um das zu erreichen und Jungen und Mädchen zu ermöglichen, aus vorgegeben Geschlechterrollen aussteigen zu können, brauchen sie die ganze Bandbreite von Lebensentwürfen und Identifikationsfiguren. Wir wollen eine breit angelegte landesweite Initiative, die hilft, junge Männer für den Beruf des Erziehers und des Grundschullehrers zu gewinnen und junge Frauen zu ermutigen, z. B. naturwissenschaftliche Fächerkombinationen im Lehramtsstudium zu belegen und später auch zu unterrichten. So ist langfristig zu erreichen, dass Schülerinnen ermutigt und unterstützt werden, an Universitäten und Hochschulen auch klassisch männliche Studienfächer zu belegen. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt werden, geschlechtsspezifische Lohnungerechtigkeit darf es nicht mehr geben. Durch Förderprogramme, Quotierungen und Mentoring-Programme kommen mehr Frauen in Spitzenpositionen - und Mandate und Ämter können gerecht mit Frauen und Männern besetzt werden. Wir unterstützen gezielte Maßnahmen zur Umsetzung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Lehre und Forschung, wie zum Beispiel Nachwuchsprogramme für junge Wissenschaftlerinnen. Darüber hinaus fordern wir ein Gleichstellungsgesetz für Bay-

ern, das seinen Namen auch verdient und nicht wie ein zahnlöser Tiger daher kommt.

Gleichstellung fängt beim Haushalt an

Um unser Ziel, die Gleichstellung von Männern und Frauen, unabhängig von ihrer Herkunft oder sexuellen Orientierung zu erreichen, setzen wir die Instrumente des Gender Mainstreamings ein. Bei jeder Entscheidung oder Maßnahme muss dabei gefragt werden, wie sie sich auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirkt. Dabei ist der erste Schritt die Einführung von Gender Budgeting. Frauen- und Gleichstellungspolitik ist auf diese Weise Aufgabe aller Handlungsfelder, gleichgültig ob es um Umwelt, Verkehr, Migrations- oder Sozialpolitik geht. Diskriminierungen, ob sie nun Frauen oder Männer betreffen, entstehen so erst gar nicht.

Klar ist uns dabei, dass Gender Mainstreaming die bisherige Frauenförderpolitik nicht ersetzen kann, sondern durch konkrete Frauenfördermaßnahmen unterstützt werden soll. Wir stehen hier beispielsweise für die Förderung und Auszeichnung von Wirtschaftsunternehmen mit innovativer Unternehmenskultur, die sich aktiv einsetzen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch Teilzeitkräften Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Bayern soll sich bei Vergabeverfahren verbindlich mit Genderkriterien auseinandersetzen und solch innovative Unternehmen bevorzugt behandeln. Parallel dazu unterstützen wir den weiteren Ausbau an qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen für Kleinkinder, um beiden Eltern und auch Alleinerziehenden Berufstätigkeit zu ermöglichen. Bayern braucht dringend mehr Krippenplätze. Um bestehende Ungerechtigkeiten auszugleichen, fordern wir außerdem das Leben von alten Menschen und hier besonders den häufig finanziell schlecht gestellten alleinstehenden Frauen in den Fokus politischer Maßnahmen zu nehmen. Wir fördern die Entwicklung von Wohn- und Lebensprojekten für Frauen im Alter und zwar nicht nur in den großen Städten, wo sich diesbezüglich schon einiges tut, sondern vor allem auch auf dem Land. Wir stehen für die zuverlässige Förderung von Projekten für Frauen und fordern einem stetigen Abbau durch Kürzung von Geldern entgegen zu wirken.

Zickige Mädels, übermütige Buam? Für eine geschlechtergerechte Erziehung.

Zwischen den Lebenswelten von Jungen und Mädchen gibt es viele Unterschiede. Diese gilt es bewusst wahrzunehmen. Unterschiedliche Rollenbilder prägen das Leben von Mädchen und Jungen stark – aus vielen ergeben sich Nachteile und Einschränkungen in der Lebensgestaltung. Es gilt deshalb, festgefahrene Rollenbilder zu überwinden. Schon im Kindergarten und in der Schule können ErzieherInnen und LehrerInnen zur Gleichberechtigung beitragen, indem sie sich ihr eigenes Geschlechtsrollenverhalten und die Art und Weise, wie sie Jungen und Mädchen behandeln, bewusst machen. Es reicht nicht nur aus, das Thema Gleichberechtigung nur in Lehrplänen anzuschneiden, im Unterricht muss für eine aktive Auseinandersetzung gesorgt werden. Die Kinder sollen sich mit einem modernen, gleichberechtigten Bild von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft auseinandersetzen.

Auch hier ist eine ganz besondere Förderung im ländlichen Raum nötig. Um die Geschlechtersensibilität im Ganzen zu stärken, fordern wir die Fortbildung in diesem Bereich für ErzieherInnen, LehrerInnen, BerufsberaterInnen und auch MitarbeiterInnen in Jugendeinrichtungen.

Eine Veränderung der Rollenbilder wird nicht nur präventive Auswirkungen gegen Gewaltausübung am Lebenspartner/der Lebenspartnerin und an den Kindern haben. Lebensentwürfe von Frauen und Männern können in Zukunft anders gestaltet sein – Frauen finden sich in Männerdomänen wieder und Männer in Frauendomänen.

Wirkungsvoll gegen Gewalt

Wir GRÜNEN stehen für die Ächtung von Gewalt. Frauen, Mädchen und Jungen sind immer noch sehr häufig von Gewalt betroffen, vor allem innerhalb von Familie und Partnerschaft.

Das rot-grüne Gewaltschutzgesetz auf Bundesebene war ein Meilenstein, mit ihm hat sich die Situation für Frauen, die Opfer von Gewalt im sozialen Nahraum werden, verbessert. Nun muss die Umsetzung auf Landesebene vorangebracht werden. Die Finanzierung von Frauenhäusern und die in den Haushalten abgesicherte Finanzierung der Beratungsstellen und Frauenprojekte dürfen haushalts- und finanzpolitisch weder unter "Haushaltsvorbehalten" stehen noch unter "freiwillige Leistungen". Geschlechtergerechte Haushaltspolitik bedeutet hier, auch die klassischen Frauenprojekte haushaltspolitisch gleichberechtigt abzusichern.

Neben dem Erhalt der vorhandenen Einrichtungen setzen wir uns stark für Projekte zur Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen ein, die fester Bestandteil der bayerischen Lehrpläne sein müssen. Gewaltprävention ist gerade in diesem Bereich eine große Herausforderung und außerordentlich wichtig um schon der Entstehung von Gewalt entgegen zu wirken. Wir Grünen setzen uns konsequent dafür ein, dass Bayern in diesem Bereich endlich im 21. Jahrhundert ankommt.

Leben im Alter

Wir alle werden immer älter und meist sind wir auch länger gesund und aktiv. Immer weniger Junge stehen immer mehr Älteren gegenüber. Die daraus resultierende Demografiediskussion wird häufig auf die Probleme der Renten- und Pflegekassen reduziert. Die Chancen der Lebensphase Alter gehen in der politischen Diskussion oft unter. Dabei ist noch keine Generation der „Alten“ so aktiv, so fit und so mobil gewesen. Das Potenzial und Wissen müssen wir nutzen und nicht ausmustern.

Soziale Absicherung, Generationensolidarität, lebenslanges Lernen und gesundheitliche Prävention sind die Triebfedern für ein gutes und zufriedenes Leben im Alter, für eine aktive Bürgergesellschaft unter Beteiligung aller Generationen. Die Erfahrungen und Kompetenzen der Älteren gilt es zu nutzen. Unternehmen müssen umdenken und den über 50-jährigen endlich wieder angemessene Chancen im Arbeitsleben geben. Insgesamt müssen die starren Altersgrenzen sowohl beim Berufsanfang, wie beim Übergang in den Ruhestand flexibler werden.

In inner- und außerfamiliären Beziehungen, im bürgerschaftlichen und politischen Engagement und in Freiwilligendiensten sind ältere Menschen mit ihren Erfahrungen unverzichtbar. Ihre Leistungen verdienen Anerkennung. Ohne die Unterstützung der „aktiven Alten“ wären z.B. Besuchsdienste, Selbsthilfegruppen und Hospizvereine vielfach nicht leistbar.

Pflege

Selbstbestimmung, Teilhabe und die Wahrung der Menschenwürde sind unsere obersten Maßstäbe für eine gute Pflege. Selbstbestimmtes Leben heißt für uns: möglichst lange in einem geeigneten häuslichen Umfeld zu wohnen. Hausgemeinschaften, Wohngemeinschaften, Wohngruppen, generationenübergreifende Projekte, vielfältige Service- und Pflegeangebote und entsprechende Beratung sind die Bausteine. Diese Wohnformen finden ihren Ausdruck in neuen Bauformen, indem Altbauten umgestaltet werden und Neubauten auf die neuen Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Vielfältige und niederschwellige Angebote bei der ambulanten Versorgung und auf den Einzelfall zugeschnittene Angebote sind dazu notwendig.

Die mit der Pflegereform beschlossenen Pflegestützpunkte können bei sinnvoller Ausgestaltung dazu einen Beitrag leisten. Wir sind nur dann für die Errichtung der

Stützpunkte in Bayern, wenn sie als wohnortnahe „Quartiersstützpunkte“ aufgebaut werden und eine wirklich unabhängige, ausschließlich an den Interessen und Bedürfnissen der Betroffenen orientierte Beratung und Begleitung anbieten. Die Kooperation und Vernetzung aller Akteure ist dafür ebenso zwingend wie die gleichberechtigte Einbeziehung der Organisationen der Selbsthilfe, des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen, freiwilligen Engagements und der VerbraucherInnen-Vertretung.

Bei allen Bemühungen im ambulanten Bereich haben wir auch ein verstärktes Augenmerk auf die Qualität der stationären Pflege. Bei einem durchschnittlichen Eintrittsalter von 86 Jahren in eine Pflegeeinrichtung, mit einem meist multimorbiden Krankheitsbild, bedarf es eines besonderen Schutzes für die Pflegebedürftigen: Mitbestimmung der Angehörigen, konsequente Aufdeckung von Gewalt in der Pflege, Einhalten der Fachkraftquote und bedarfsgerechte Ausstattung mit Personal, Transparenz der Heim- und Pflegekosten, einheitliches überprüfbares Qualitätsmanagement, einschließlich der Mindestanforderungen an die Qualifikation der Heimleitungen. Die bedarfsgerechte Betreuung von Menschen mit Demenz, geistigen oder psychischen Behinderungen ist sicherzustellen. Die medizinische und ärztliche Versorgung in Einrichtungen muss dringend verbessert werden, zum Beispiel über die stärkere Zusammenarbeit mit niedergelassenen und FachärztInnen oder über die Einstellung von HeimärztInnen. Die Skandalmeldungen über mangelhafte Versorgung und Pflege in den Heimen dürfen nicht nur in kurzen Empörungsrufen verhallen, sondern erfordern konsequente Maßnahmen. Die Reform der Pflegeversicherung bringt hier zwar kleinere Verbesserungen, springt aber insgesamt viel zu kurz. So kann die bessere Berücksichtigung von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, zum Beispiel Demenzkranken, in der Pflegeversicherung nur ein erster Schritt sein. Notwendig ist vielmehr eine grundlegende Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs mit dem Ziel, die Bedarfe und Bedürfnisse der Betroffenen vollständig zu erfassen. Die mit der Pflegerreform beschlossene Finanzierung ist völlig unzureichend, um die pflegerische Versorgung auch in der Zukunft zu sichern und den Betroffenen einen möglichst langen Verbleib in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Eine ausreichende Zahl gut ausgebildeter und gut bezahlter Fachkräfte, die hinreichende Qualifikation der Heimleitungen, eine effektive Ausgestaltung der Kontrollen, die Veröffentlichung und Vergleichbarkeit der Prüfergebnisse und die Transparenz der Einrichtungen sind dafür unabdingbar.

Bayern andersrum: Ein Herz für gleiche Liebe

Die Vielfalt von Lebensentwürfen ist die Grundlage für eine offene, liberale und gerechte Gesellschaft. Damit ist die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Lesben und Schwulen für uns ein vorrangiges Ziel. Wir setzen uns für eine umfassende Anerkennung von lesbischen, schwulen, bisexuellen und Transgender Lebensweisen ein – ob in einem Leben mit oder ohne Kindern.

Lesbisches und schwules Leben ist in Bayern noch immer von Ausgrenzung und Diskriminierung geprägt. Das zeigt sich in vielen Bereichen. In Bayern müssen lesbische und schwule Paare ihre Lebenspartnerschaft im Beisein einer Notarin oder eines Notars schließen. Dies ist eine ausgrenzende Regelung und kein würdevoller Umgang. Mit diesem bayerischen Sonderweg soll Abstand zur Eheschließung gewahrt werden. Damit wird ein Zweiklassen-System geschaffen, das sich auch bei der Stellung von Regenbogenfamilien durchzieht. Diese haben nicht die gleichen Rechte wie heterosexuelle Familien. Die Stiefkindadoption für leibliche Kinder in lesbisch-schwulen Familien schafft rechtliche und finanzielle Gleichstellung, die Adoption anderer Kinder ist allerdings immer noch nicht möglich. Mit uns GRÜNEN wird die eingetragene Lebenspartnerschaft mit der Eheschließung gleichgestellt und die bayeri-

sche Notariatslösung abgeschafft. Regenbogenfamilien bekommen das Recht auf Adoption von Kindern in vollem Umfang.

Beratungsangebote und Anlaufstellen fehlen im ländlichen Raum Bayerns. Jugendliche haben es in ihrer sexuellen Orientierungs- und Findungsphase besonders schwer. Durch diese erschwerte Coming-Out-Situation erhöht sich für lesbische und schwule Jugendliche die Selbstmordgefährdung drastisch. Wir GRÜNEN wollen das Angebot an Beratungseinrichtungen, Treffpunkten für Lesben und Schwule in Bayern vor allem im ländlichen Raum ausbauen.

Auch den Schulen und in Jugendeinrichtungen fehlt ein Aufklärungskonzept über Lebensweisen jenseits der heterosexuellen Orientierung. Es fehlen Identifikationsfiguren und sichtbare Lebensentwürfe, an denen die Jungen und Mädchen sich orientieren könnten. Aufklärung soll ein fester Bestandteil des Unterrichts werden. Wir unterstützen hierbei die Zusammenarbeit mit bestehenden Projekten.

Lesbische Frauen sind in Bayern und in der öffentlichen Debatte unter dem Label „schwul“ oft nur am Rande mitgemeint. Haben lesbische Frauen oder Mädchen ihr „Coming-Out“, ist die Diskriminierung am Arbeitsplatz oft sehr deutlich. Hier herrscht ein großes Defizit an Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und spezifischen Angeboten. Deshalb fördern wir besonders Einrichtungen für lesbische Mädchen und setzen uns für die Sensibilisierung von PädagogInnen, LehrerInnen, BetriebsrätInnen und die Aufklärung über lesbische Lebensweisen auch in Betrieben ein, um die vorhandenen Diskriminierungen zu minimieren und langfristig zu verhindern. So auch in der Altenpflege, in der Entwicklung von Wohnprojekten im Alter, im Gesundheitsbereich und in der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten. Wir GRÜNEN machen aktive Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in Bayern. Um ein akzeptierendes Miteinander zu fördern, setzen wir uns dafür ein, dass Bayern offensiv mit einem Image als lesben- und schwulenfreundliches Land wirbt und damit seinem oft formulierten Anspruch auf Weltoffenheit gerecht wird. Bayern einmal andersrum - warum nicht?

Integration

Eine moderne Gesellschaft braucht Einwanderung und kulturelle Vielfalt. Bayern kann auf eine lange Tradition der Einwanderung zurückblicken: Kelten, Römer, Germanen bildeten den Stamm der Bayern. Nach 1945 wuchs die bayerische Bevölkerung durch die Aufnahme der Sudetendeutschen und Schlesier, die als Flüchtlinge und Vertriebene dem Land Bayern zugeteilt worden waren um ein Viertel. Später wurde viele Arbeitskräfte aus anderen Ländern angeworben, ohne an Maßnahmen zur Integration zu denken. Heute braucht unser Land einwandernde Menschen, um ökonomische wie demografische Herausforderungen zu meistern. Wir wollen ihr Recht auf kulturelle Differenz wahren, bei gleichzeitiger Klarheit über notwendige Gemeinsamkeiten. Die Grundwerte der Verfassung und die deutsche Sprache sind diese Grundlagen. Wir können die Aufgabe einer gelungenen Integration nur erfolgreich meistern, wenn wir die Probleme erkennen und Lösungen anbieten. Nicht zuletzt geht es dabei um Chancengerechtigkeit.

Es entspricht unserer Auffassung von Gleichberechtigung und Demokratie, alle BewohnerInnen Bayerns in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Daher plädieren wir für die Ausweitung des Wahlrechts auf alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer Nationalität. Menschen ohne deutschen Pass sollen die Möglichkeit haben, landesweite und kommunale Politik aktiv mitgestalten zu können, da sie im selben Maß von den Auswirkungen betroffen sind wie deutsche MitbürgerInnen. Rechtliche Gleichstellung und echte Beteiligungsmöglichkeiten sind Vorraussetzungen für gesellschaftliche Identifikation und Teilhabe.

Von den in Deutschland lebenden 7,7 Millionen Eingewanderten leben in Bayern ca. 1,1 Millionen. In Bayern besteht die Integrationspolitik aus einem unüberschaubaren Dickicht an Einzelmaßnahmen. Durch den Verzicht der bayerischen Staatsregierung auf eine konzeptionelle Integrationspolitik ist eine Gesamtstrategie nicht einmal ansatzweise erkennbar. Die Ausländersozialarbeit ist kaum mehr existent. Für erfolgreiche Programme zum Spracherwerb – wie z.B. „Mama lernt Deutsch“ - gibt es keine Mittel mehr. Nur durch die Initiative von privaten Organisationen und Kommunen können solche Programme noch am Leben erhalten werden. Die Sprachförderung im Kindergarten ist absolut unzureichend. Hier wird in fataler Weise die Zukunft der Eingewanderten, aber auch die Zukunft Bayerns aufs Spiel gesetzt. Unser Ziel ist es, die Integrationspolitik für Bayern in einer stimmigen Gesamtstrategie festzuschreiben und politisch aufzuwerten. Dafür ist die gesetzliche Verankerung der Ausländer-, Integrations- und Migrantenbeiräte in der Bayerischen Gemeindeordnung wichtig. Die „Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Bayern (AGABY)“ muss auf Landesebene politisch anerkannt, gesetzlich verankert und finanziell gefördert werden.

Bildung ist der Schlüssel zur Integration

Integration ist gelungen, wenn jedes Mitglied einer Gemeinschaft das Zusammenleben gleichberechtigt mitgestalten darf und auch will, wenn niemand aus sozialen, religiösen oder kulturellen Gründen benachteiligt oder gar ausgeschlossen ist. Bildung ist dafür die nicht die einzige, aber eine entscheidende Voraussetzung. Kinder von Eingewanderten finden laut einer OECD-Studie bei uns schwerer als in jedem anderen europäischen Land einen Job, mit Ausnahme von Österreich. Das liegt vor allem an unserem selektiven Bildungssystem. Ein Viertel aller männlichen Jugendlichen verlassen in Bayern die Schule ohne einen Abschluss, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind entsprechend schlecht. Wir wollen das durch bessere individuelle Förderung, mehr Ganztagschulen, längere gemeinsame Schulzeit und bessere Sprachförderung von Anfang an und auch für Erwachsene ändern. Nur wer Chancen hat und das Gefühl dazu zu gehören, wird sich als Teil unserer Gesellschaft begreifen.

Chancengerechtigkeit verbessern – Zweisprachigkeit fördern

Die Einbürgerungszahlen gehen zurück, nicht zuletzt durch die restriktive Handhabung der bayerischen Staatsregierung. Unser Ziel ist die Erleichterung der Einbürgerung und der Abbau von Hürden bei der Integration in den Arbeitsmarkt. MigrantInnen müssen mit ihren mitgebrachten Kompetenzen, Ressourcen und Erfahrungen als Bereicherung wahrgenommen werden. Im Ausland erworbene Schul- und Berufsabschlüsse müssen gleichgestellt oder durch entsprechende Nachqualifizierungen und Förderprogramme angepasst werden. Gerade bei Einstellungen in den Öffentlichen Dienst müssen MigrantInnen besser berücksichtigt werden. Maßstab dafür muss der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Bayern sein. Zudem sind die MigrantInnen in Bayern die Verlierer des Bildungssystems. In diesem Zusammenhang brauchen wir auch die Förderung der Zweisprachigkeit. Nur wer seine Muttersprache beherrscht, kann auch eine Fremdsprache lernen. Muttersprachlicher Unterricht soll den Mädchen und Jungen helfen, ihre kommunikative Kompetenz in der Muttersprache aufzubauen, zu sichern und zu vertiefen, ihre eigene Situation besser zu verstehen, ihr soziales Umfeld zu erschließen und in ihm handlungsfähig zu werden.

Wir brauchen auch mehr PädagogInnen und ErzieherInnen mit Qualifikationen in Deutsch als Fremdsprache, interkultureller Kompetenz und Sprachstandsdiagnose. Die Schule sollte sich dem Auftrag stellen, neben der reinen Wissensvermittlung

auch einen Beitrag zur Werteerziehung zu leisten. Eine zunehmend bunter und vielfältiger werdende Gesellschaft macht dies notwendig. Auch in einer pluralistischen Gesellschaft gibt es einen Wertekonsens, der im Grundgesetz verankert ist. Schule soll und muss neben dem Elternhaus ein Wegbegleiter bei der Erziehung junger Menschen zu starken Persönlichkeiten sein, die sich den Begriffen „Gerechtigkeit“, „Solidarität“ und „Toleranz“ verpflichtet sehen und darüber hinaus ein Leben in Autonomie, Emanzipation, Mündigkeit und Selbstbestimmung führen können.

In der Schule geht es nicht nur um die Rechte der Lehrerinnen und Lehrer, sondern vor allem um die der Schülerinnen und Schüler. Die Religionsfreiheit von Kindern und Jugendlichen kann am besten geschützt werden, wenn sich die entsprechende Neutralität der Lehrenden auch in ihrem äußeren Erscheinungsbild niederschlägt. Das Recht der Schülerinnen und Schüler von demonstrativ zur Schau gestellten religiösen Bekenntnissen ihrer Lehrerinnen und Lehrer unbehelligt zu bleiben, sollte deshalb höher wiegen als das Recht von Lehrerinnen und Lehrern, in der Schule religiöse Symbole tragen zu dürfen. Lehrerinnen und Lehrer sind gewichtige Vorbilder und haben gerade deshalb auch großen Einfluss auf die Schülerinnen und Schüler. Alle religiösen Symbole und religiös motivierten Kleidungsstücke haben unserer Auffassung nach daher an der Schule nichts zu suchen.¹

Dazu bedarf es auch der Einführung eines dem christlichen Religionsunterricht entsprechenden islamischen Religionsunterrichts an unseren Schulen in deutscher Sprache und durch in Deutschland ausgebildete Lehrkräfte. Hier handelt es sich um die Umsetzung eines verfassungsrechtlichen Anspruchs auf religiöse Gleichstellung. Bei der Integrationspolitik kommt der Gleichheit der Geschlechter als einem Grundbaustein des Zusammenlebens eine herausragende Rolle zu. In Einwandererfamilien werden je nach Herkunft und religiös geprägter Tradition oft diskriminierende Geschlechterrollen gelebt. Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund sind wegen der patriarchalischen Familienstrukturen und sozialen Gruppen, in denen sie leben, besonders betroffen. Konservative und fundamentalistische Strömungen im Islam, aber auch in anderen Religionen bilden den Nährboden Geschlechterdiskriminierung. Im öffentlichen Raum, besonders an den Schulen, darf es kein Zurückweichen vor solchen Diskriminierungen geben, auch wenn sie sich als kulturelle Eigenarten tarnen. Die gleichberechtigte Teilnahme von Jungen wie Mädchen am Sport- und Schwimmunterricht und auch an Klassenfahrten muss selbstverständlich sein.

Gewalt gegen Mädchen und Frauen steht außerhalb jeglichen gesellschaftlichen Konsenses und kann nicht mit Traditionen oder religiösen Bindungen entschuldigt werden. Viele Migrantinnen sind bei Gewalt im sozialen Nahbereich für Hilfe häufig schwerer erreichbar als deutsche Frauen. Denn immer noch kommt es vor, dass sie sozial isoliert bleiben und vom Erwerb der deutschen Sprache oder einer Ausbildung ausgeschlossen sind. Wir setzen uns für Programme ein, die auf diese Problematik eingehen und Lösungsvorschläge anbieten, damit es Mädchen und Frauen ermöglicht werden kann, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir brauchen aber auch Programme für jene männliche jugendliche Migranten, die sich in überholte, gewaltbetonte Männlichkeitsrituale zurückziehen und sich damit aus dem Konsens unserer Grundwerte ausschließen.

Mittendrin und nicht daneben

Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen mit Behinderung am Leben der Gesellschaft. Dabei sind das Selbstbestimmungsrecht und die Chancengerechtigkeit die Leitprinzipien unserer Politik. Mittendrin in der Gesellschaft sein, heißt

¹ Dieser Satz bezieht sich ausschließlich auf das Erscheinungsbild der Lehrerinnen und Lehrer, nicht auf religiöser Symbole an Schulen im Allgemeinen.

weitgehende Integration in allen Lebensbereichen von der Geburt an, von der Kindertagesstätte über Schule, Ausbildung, Beruf bis hin zum Leben im Alter.

Eine offene und ambulante Struktur der individuellen Unterstützung und Betreuung hat daher für uns Priorität. Die Unterstützung der Angehörigen und des ehrenamtlichen Engagement ist ein unverzichtbarer Teil unserer Politik.

Seit 2003 gibt es ein Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz. Aber das Gesetz schafft bisher nicht die gewollte Realität, da ihm oft der Biss fehlt. Barrieren finden sich weiterhin zuhauf, etwa in Behörden oder Bahnhöfen. Doch nicht nur Gebäude, auch Formulare, Internetauftritte oder Arbeitsabläufe schaffen Barrieren. Ebenso der Arbeitsmarkt: die Arbeitslosigkeit ist bei Menschen mit Behinderung weitaus größer. Nur jeder dritte Mensch mit einer Sehbehinderung im erwerbsfähigen Alter hat einen Arbeitsplatz. Integration in der Regelschule und in den Kindertagesstätten soll gefördert werden.

Wir wollen den Menschen mit Behinderung eine lautere Stimme geben und die Behindertenbeauftragten und die Behindertenbeiräte auf allen Ebenen stärken und besser ausstatten. Für den Freistaat Bayern wollen wir eine/n hauptamtliche/n Behindertenbeauftragte/n und die Einrichtung eines Behindertenbeirates auf Landesebene. Die Verwirklichung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ wird den Menschen mehr eigenen Spielraum und ein individuelles Leben ermöglichen. Der Ausbau der ambulanten Strukturen wird daher ein Schwerpunkt unserer Politik sein. Wir müssen den demografischen Wandel gestalten, es müssen mehr Angebote in Werkstätten und Wohnheimen für ältere Menschen mit Behinderung geschaffen werden, da deren Zahl zunimmt. Die Wiedereinführung des kostenfreien Mittagessens in Werkstätten für alle ist überfällig. Wichtig ist, dass die Hilfe und Unterstützung aus einer Hand kommen und Verschiebebahnhöfe abgeschafft werden. Es gilt die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen der Integration stärker und bedarfsdeckend zu öffnen, von der Kinderkrippe bis zur Hochschule. Wir werden die Hilfs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Angehörige, Arbeitsuchende und Firmen deutlich ausbauen. Barrieren müssen fallen, damit alle Menschen in unserer Gesellschaft leben und nicht in einer parallelen Welt eingeschlossen werden.

Gesundheit

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit, sie ist körperliches, geistiges und seelisches Wohlbefinden. Viele Lebensumstände gefährden die Gesundheit und fördern Krankheiten. Bayern als Flächenstaat mit bereits erheblichen Unterschieden zwischen den Regionen hinsichtlich der Gesundheit der Bevölkerung benötigt ein flächendeckendes Netz an gesundheitlicher Versorgung. Dies hat bereits Lücken und ist in Gefahr. Es darf in Bayern keine Regionen geben, in denen die ambulante Versorgung durch Allgemein- und FachärztInnen nicht mehr wohnortnah gesichert ist. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Gesundheit. In Bayern droht durch Alterstruktur der Hausärzteschaft absehbar eine Versorgungslücke. Hausarzt muss ein attraktiver Beruf sein. In Bayern existiert bisher nur ein Studiengang für Allgemeinmedizin an einer einzigen Universität. Die Honorarsituation der ÄrztInnen und gerade die Ertragssituation der Praxen auf dem Land sind zu verbessern. Wir wollen nicht, dass Gesundheitskonzerne Praxen und Versorgungszentren übernehmen. Wohnortnahe, qualitativ hochwertige und flächendeckende Versorgung muss das Ziel der Bayerischen Krankenhauspolitik bleiben. Das duale System der Finanzierung der Krankenhäuser durch Staat und Kassen bewährt sich solange, wie der Staat seine Aufgabe ernst und wahr nimmt. Die nötigen Investitionen in unser Gesundheitssystem hat der Staat zu gewährleisten. Die Budgetierung der Krankenhäuser, die Personal- und Qualitätsabbau zur Folge hat, muss aufgehoben werden. Die

Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen ist ein Kernanliegen grüner Gesundheitspolitik. Der Ausbau der ambulanten Strukturen und die Öffnung der Psychiatrie ist uns ein ernstes und dringendes Anliegen.

Drogen: Verantwortung statt Repression

Eine drogenfreie Gesellschaft ist eine Illusion. Uns geht es um einen effektiven Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Drogen. Deswegen sind wir für ein konsequentes Werbeverbot für alle legalen Drogen und für die Durchsetzung von Verkaufsverboten an Kinder und Jugendliche. Uns geht es aber genauso um Aufklärung über die Gefahren und einen verantwortungsvollen Umgang mit Genuss- und Rauschmitteln wie Alkohol, Nikotin und anderen Drogen wie Haschisch und Marihuana. Alkohol und Nikotin sind die Hauptgefahr für Kinder und Jugendliche, in Abhängigkeit und Sucht zu rutschen. Immer jüngere Kinder und Jugendliche greifen zu Alkohol und Zigaretten. Wir setzen auf Prävention durch Aufklärung, die bereits im Kindergarten anfangen und über die Schule fortgeführt werden soll. Kinder und Jugendliche wollen wir in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Entscheidungsfähigkeit gegen Drogen stärken. Bei harten Drogen wollen wir neben der notwendigen Präventionsarbeit Therapieangebote und konkrete Hilfen für die Süchtigen weiter ausbauen. Dazu gehören Kontaktläden, Substitutionsangebote, Spritzentauschprogramme und auch als letztes Mittel die kontrollierte Heroinabgabe.

Eine Politik, die nur aus Repression und Null-Toleranz besteht, lehnen wir ab. Wir sind für eine Entkriminalisierung des Konsumverhaltens und auch in Bayern für eine 15 Gramm-Grenze beim Besitz von Cannabis. Wir setzen uns für ein konsequentes Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen und in der Gastronomie ein. Nach Angaben der deutschen Hauptstelle für Suchtkrankheiten sterben jährlich zwischen 110.000 und 140.000 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums. Auch NichtraucherInnen sind betroffen: rund 3.300 Todesfälle im Jahr gehen auf das Passivrauchen zurück. Das aktuelle Gesetz zum Nichtraucherschutz in Bayern wurde durch Schlupflöcher und Ausnahmeregelungen seiner Wirksamkeit beraubt. Durch das dilettantische Agieren der Staatsregierung wurde die ursprüngliche Absicht, eine rauchfreie Gastronomie zu schaffen, ins Gegenteil verkehrt. Immer mehr Kneipen und Wirtshäuser deklarieren sich als „geschlossene Gesellschaft“ und hintergehen das Rauchverbot. Die CSU-Staatsregierung schaut tatenlos zu, wie ihr eigenes Gesetz der Lächerlichkeit preisgegeben wird. Wir fordern: Weg mit den Schlupflöchern.

Kultur gestaltet Gesellschaft

Kultur ist einer der wichtigsten Motoren der Gesellschaft. Kultur kann identitäts- und friedensstiftend wirken. Dieses Potenzial können und wollen wir nicht ungenutzt lassen. Bereits in der UNESCO-Erklärung wird die besondere Schutzwürdigkeit der kulturellen Vielfalt und Selbstbestimmung betont, denn Kultur ist die Basis jeder Gesellschaft. Kultur schafft Denk- und Aktionsräume, die Werte wie Toleranz, Rücksicht, Gewaltlosigkeit und Zivilcourage verankert, aber auch Experiment und Avantgarde zulässt.

Bildung braucht Kultur: Kultur eröffnet Lebenschancen. Nur wenn es gelingt, den Zugang zu Kunst und Kultur durch kulturelle Bildung für alle Menschen in Bayern in gleicher Weise zu ermöglichen, dann können Toleranz und gegenseitige Akzeptanz wachsen. Nur so kann sich unsere Gesellschaft weiterentwickeln und neue Perspektiven eröffnen. In der Bildung muss Platz geschaffen werden für Kultur. Gerade das G8 zwingt viele Lehrenden dazu, außerschulische Aktivitäten zu kappen. Wir fordern eine Verankerung im Lehrplan für Musik, Tanz, bildende Kunst, Interkultur und werden uns für die Rücknahme jeglicher Kürzungen einsetzen. Die Zusammenarbeit mit

freischaffenden KünstlerInnen ist zu intensivieren. Im Rahmen eines flächendeckenden Angebotes der Ganztageschule in ganz Bayern sehen wir eine Möglichkeit, unseren Kindern eine ganzheitliche Ausbildung zukommen zu lassen.

Wirtschaft braucht Kultur: Nicht nur Kultur an sich lässt sich verkaufen und schafft Arbeitsplätze, auch die Innovationsmöglichkeiten, die durch Kultur und Kreativität entstehen, sind immens wichtig für die Wirtschaft. Auch Bayern braucht neue Ideen. Gerade auch für den bayerischen Tourismus wird die Kultur einen immer wichtigeren Wettbewerbsvorteil darstellen. Wir wollen einen Kulturwirtschaftsbericht, der eine Bayerische Kulturwirtschaftsinitiative möglich macht. Diese Initiative unterstützt die "Creative Industries" bei der Vermarktung ihrer Produkte und Dienstleistungen inner- und außerhalb Bayerns und auf internationalen Märkten. Damit lassen sich die vorhandenen kulturwirtschaftlichen Potenziale für die Beschäftigungsentwicklung sowie für den Kulturtourismus effektiver nutzen.

Demografischer Wandel braucht Kultur: Unsere Gesellschaft steht vor einem Umbruch, dessen Ausmaße noch nicht absehbar sind. Die Menschen in Bayern werden immer älter, die Städte werden schrumpfen und manche Landstriche verwaisen. Der demografische Wandel wird in Bayern die Frage aufwerfen, welche kulturellen Einrichtungen für eine sinkende Bevölkerung bereitgestellt werden können. Wir wollen, dass wichtige Kultureinrichtungen – Bibliothek, Bildungseinrichtungen, Theater und Museen - zum Alltag der Menschen gehören und gut erreichbar bleiben. Dies gilt gerade für ländliche Räume, aber auch für schrumpfende Städte. Und wir sind davon überzeugt, dass dieser demografische Wandel auch positiv besetzt werden kann und die Kultur als ein Instrument etwa für die Stadtentwicklung eingesetzt werden kann. Kurze Wege, Kultur auch für SeniorInnen, mobilere Formen für Veranstaltungen – Kultur als Chance dem demografischen Wandel einen positiven Aspekt zu geben.

Eine lebenswerte Umwelt ist auf eine gute kulturelle Infrastruktur angewiesen. Wichtig für uns ist es, die ländlichen Regionen, die Dörfer und Gemeinden vor kultureller Auszehrung zu bewahren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass hier kulturelle Angebote gestärkt werden. Das kulturelle Erbe, Ursprüngliches und Unverwechselbares ist gegen den Mainstream zu erhalten. Der Denkmalschutz muss staatliche Aufgabe bleiben, Dissensverfahren wie auch eine sachgerechten Mittelausstattung sind unverzichtbar.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bayern wollen Kultur fördern, nicht den kreativen Menschen Hürden in den Weg stellen. Dazu gehören Netzwerke zwischen den Kulturschaffenden selber, aber auch zwischen Politik und Wirtschaft. Sinkende Zuschüsse prägen den öffentlichen Kultursektor, während die privatwirtschaftliche Kulturwirtschaft besonders im Medienbereich boomt. Wir sind der Meinung, dass die öffentliche Hand weiterhin die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur so schaffen muss, dass die Freiheit und Entfaltung für Kunst und Kultur sowie der Zugang gewährleistet werden. Private Trägerschaften und das bürgerschaftliche Engagement sollen verstärkt gefördert werden. Finanzielle Zuschüsse allein reichen nicht aus, es muss ein Umfeld geschaffen werden, das für die Kultur anregend und günstig ist. Nicht nur die große „staatstragende“ Kultur muss gefördert werden, sondern auch und vor allem die Kleinkunst, die Soziokultur, die kulturellen Einrichtungen, die sich für Frieden, Integration, Glaubensvielfalt einsetzen.

Kultur schafft neue Dimensionen, diese wollen wir nutzen, um Werte wie Toleranz, Rücksicht, Gewaltlosigkeit und Zivilcourage fest in dem Wertesystem unserer Gesellschaft zu verankern.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Nur ein demokratischer Rechtsstaat bietet Schutz gegen Willkür, Ungleichbehandlung, Bevormundung und Diskriminierung und garantiert die Freiheitsrechte aller Menschen. Grüne Politik will deshalb eine demokratische, lebendige, bunte und vielfältige Gesellschaft, in der die Mehrheit Rücksicht nimmt und Minderheiten aktiv fördert und einbezogen werden. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. Der Schutz der Freiheitsrechte ist ein Lackmustest bei allen staatlichen Maßnahmen und Entscheidungen. Der Staat darf nicht zu einem Kontrollorgan in den Händen der jeweiligen Regierungsmehrheit verkommen, sondern muss Vertrauen bilden, Freiräume zulassen und schützen sowie gerechte Lebensverhältnisse schaffen. Für eine funktionierende Demokratie sind starke Kommunen unabdingbar. Die kommunale Daseinsvorsorge entscheidet über die Lebensqualität in vielen Bereichen. Die Städte, Kreise und Gemeinden sind für viele Menschen der Ort, um sich einzumischen und mitzuentcheiden. Gerade vor Ort entwickelt sich das Vertrauen in staatliches Handeln und die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik.

Partizipation ermöglichen

Die jahrzehntelange Alleinherrschaft der CSU und ihr autoritäres Staatsverständnis verhindern die notwendige demokratische Transparenz. Wo vieles im kleinen Kreis und ohne das Licht der Öffentlichkeit entschieden wird, wuchern Filz und Spezialwirtschaft. Immer wieder musste die grüne Landtagsfraktion vor Gericht ziehen, weil die Staatsregierung sich unter Berufung auf Geschäftsgeheimnisse oder den Datenschutz weigerte, Anfragen zu beantworten und Informationen zu liefern. Zahlreiche Affären und Skandale in den letzten Jahren belegen eindrucksvoll, wie wichtig effektive Kontrolle der Regierung durch das Parlament für das Land ist. Immer wieder wird versucht, das Recht auf Versammlungsfreiheit auszuhöhlen. Falsche Gefahrenprognosen, repressives Vorgehen der Polizei und schikanöse Auflagen erschweren das Recht auf freie Meinungsäußerung. Wir wollen in Zukunft nicht mehr zulassen, dass die CSU so wichtige Positionen wie die des Präsidenten des Rechnungshofes, des Datenschutzbeauftragten oder die RichterInnen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs allein bestimmen kann.

Wir fordern:

- Stärkung der Elemente direkter Demokratie, wie Volksbegehren, Volksentscheide und auf kommunaler Ebene Bürgerbegehren und -entscheide;
- Ausstattung von EinwohnerInnenversammlungen mit mehr Kompetenzen und Stimmrecht für Jugendliche und EinwohnerInnen ohne deutschen Pass;
- Senkung des Wahlalters bei der Kommunalwahl von 18 auf 16 Jahre;
- Schutz des Versammlungsrechts: auch in öffentlichen Räumen, die privatrechtlichen Gesellschaften gehören, wie etwa Bahnhofsplätzen, Einkaufszentren und Flughäfen müssen die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Demonstration gesichert werden;
- ein umfassendes Informationszugangsrecht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Behörden.

- das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen. Dies soll u.a. durch eine Initiative im Bundesrat erreicht werden.

Der Staat hat die Aufgabe, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu sichern und gleichzeitig ihre Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch grüne Politik. Wir stellen uns der Aufgabe, Sicherheit zu erreichen und dabei die Freiheitsrechte zu achten und weiter auszubauen. Das staatliche Vorgehen gegen Terror und Kriminalität muss wirksam und verhältnismäßig sein. Als Partei der Bürgerrechte erteilen wir allen Versuchen, terroristische Bedrohungen als Hebel zur Beschneidung der Bürger- und Freiheitsrechte zu missbrauchen, eine klare Absage. Einschränkungen der Grundrechte – etwa beim Schutz der Privatsphäre und beim Telekommunikationsgeheimnis - kann es nur in gut begründeten und richterlich angeordneten Einzelfällen geben. Ganze Bevölkerungsgruppen unter einen Generalverdacht zu stellen, ist unverhältnismäßig, nicht zielführend und höhlt zudem die Grundsätze der Demokratie aus. Eine Atmosphäre des Verdachts und eine Politik der fortgesetzten Freiheitsbeschränkung, wie von Bundes- und Staatsregierung betrieben, ist genau das, was beispielsweise islamistisch motivierte Terroristen erreichen wollen. Statt dessen gilt es, Integration zu fördern, um extremistische Minderheiten in ihrem Umfeld zu isolieren. Die Strafverfolgungsbehörden brauchen für ihre Arbeit nicht laufend neue Gesetze, sondern eine angemessene personelle und technische Ausstattung. Eine bessere Organisation der Zusammenarbeit der sich häufig gegenseitig blockierenden Behörden ist wirkungsvoller als neue Gesetze. Dabei wollen wir die bewährte und verfassungsrechtlich vorgegebene Trennung von Geheimdiensten und Polizei und den Vorrang der Länderkompetenzen erhalten. Unser Grundsatz lautet: im Zweifel für die Freiheit.

Die CSU und die bayerische Staatsregierung stehen in der ersten Reihe, wenn es darum geht, durch neue Gesetze und technische Möglichkeiten wie die Onlinedurchsuchung die Freiheit weiter einzuschränken. Die nicht immer einfache Abwägung, wie viel Sicherheit eine Maßnahme bringt und wie viel Freiheit dafür geopfert wird, macht sich die CSU leicht. Sie erweckt damit den Eindruck, als könne terroristische Bedrohung und Schwerstkriminalität alleine durch Repression, strengere Gesetze und bessere Überwachung Verdächtiger verhindert werden. Damit wird eine Illusion geschürt. Wirksame Vorbeugung vor Verbrechen ermöglicht nur eine Politik, die auch für eine soziale und gerechte Gesellschaft kämpft. Umfassende Bildungschancen für alle und der Ausgleich sozialer Ungerechtigkeiten verringern langfristig am besten Kriminalität. Um solche Ansätze zu stärken und sie vor dem jeweiligen regionalen und lokalen Hintergrund weiter zu entwickeln, sind in ganz Bayern kommunale Kriminalitätspräventionsräte sinnvoll. In derartigen Gremien können die verschiedenen Institutionen, wie Stadtverwaltung, Jugendämter, Polizei, Verbände, mit den Betroffenen Lösungen für deren spezifischen Probleme entwickeln, um so vor allem Gewaltkriminalität zu vermeiden.

Wir fordern:

- Schleierfahndung, Telekommunikations- und Videoüberwachung müssen auf das notwendige Minimum reduziert werden;
- die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten muss wiederhergestellt werden;

- der Verfassungsschutz braucht endlich eine effektive und umfassende demokratische und parlamentarische Kontrolle. Er soll sich auf die wirklichen Gefahren für die Verfassung beschränken und nicht seine Ressourcen auf die Überwachung von GlobalisierungsgegnerInnen oder anderen KritikerInnen der Regierungspolitik verschwenden. Der Verfassungsschutz braucht mehr Fachleute wie z.B. Islam-ExpertInnen und IT-ExpertInnen;
- die Bundeswehr darf auch künftig nicht im Inland eingesetzt werden.;
- eine bürgernahe Polizei: bessere Personalausstattung, angemessene Bezahlung der BeamtInnen und Abbau des Beförderungsstaus, besserer direkter Kontakt zur Bevölkerung, mehr Präsenz und bessere Erreichbarkeit vor Ort;
- mehr interkulturelle Kompetenz der Sicherheitsbehörden: angesichts des Wandels der Bevölkerungsstruktur ist es unverzichtbar, dass auch in der Polizei mehr Menschen mit Migrationshintergrund und mit Erfahrungen aus verschiedenen Kulturen tätig sein können. Wir wollen die interkulturelle Kompetenz der Polizei gezielt fördern und erweitern;
- die Einführung kommunaler Kriminalitätspräventionsräte.

Datenschutz und Datensicherheit

Die Verfassung schützt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Aber die rasante technische Entwicklung, die Begehrlichkeiten vieler Unternehmen und die Gier der Sicherheitspolitik nach immer neuen Daten gefährden dieses Grundrecht, das für eine freie Persönlichkeitsentwicklung und für eine Gesellschaft selbstbewusster und couragierter BürgerInnen unverzichtbar ist.

Von der Schnüffelei durch die Privatwirtschaft oder staatliche Stellen sind alle betroffen. Sei es als ArbeitnehmerIn, VersicherungsnehmerIn, PatientIn, SozialleistungsbezieherIn, PC-NutzerIn, Fußball-Fan oder als politische Aktive. Allen Menschen droht zum einen durch staatliche Behörden die Durchleuchtung der privaten Lebensverhältnisse und zum anderen durch die Wirtschaft, die vom gläsernen Kunden träumt, die Speicherung und Auswertung der vielfältigen Spuren, die etwa bei der Nutzung des Internets oder von Kreditkarten (teilweise unbewusst) hinterlassen werden. Beim sogenannten Scoring müssen Versicherungen und Banken ihre Kriterien vollständig offen legen. Datenschutz ist heute ein unverzichtbarer Bestandteil des Verbraucherschutzes. Aus diesem Grund lehnen wir auch die von der Bundesregierung ab Januar 2009 geplante elektronische Gesundheitskarte ab. Die im Zuge der Gesundheitsreform konzipierte zentrale Speicherung aller gesundheitsrelevanten Daten von mehr als 80 Millionen BundesbürgerInnen stellt eine eklatante Gefahr für die Datensicherheit dar. Sie ermöglicht die Überwachung sowohl der Behandlungsmethoden der ÄrztInnen als auch der Lebensführung der PatientInnen. Es gibt keine sicheren Computer. Der Fall „Telekom“ beweist, dass Menschen, die Zugriff auf Daten haben, auch in der Lage sind, bedenkenlos ihre Zugriffsmöglichkeiten zu missbrauchen. Und Menschen, die rechtlich keinen Zugang haben, sind mit Geschick früher oder später in der Lage, jede noch so ausgeklügelte Sicherheitstechnik auszuschaalen. Ein „Einbruch“ in den Zentralcomputer der Gesundheitskarte wäre der Datensicherheits-GAU. Der Schaden für die Menschen wäre irreparabel, weil einmal freigesetzte Daten nicht mehr einzufangen sind. Zudem weckt die Einführung der Gesundheitskarte auch bei ArbeitgeberInnen Begehrlichkeiten. Die Art und Weise, wie bereits heute potentielle ArbeitnehmerInnen via „freiwilligem“ Gesundheitsscheck

vor einem Anstellungsvertrag durchleuchtet werden, lässt darauf schließen, dass im Zweifel der Arbeitgeber die Herausgabe der Gesundheitskarte voraussetzt.

Auch die Überwachung des öffentlichen Raums hat erschreckende Ausmaße angenommen. Bald wird jede und jeder in der Lage sein, bei Google Earth nachzusehen, was sich auf dem Balkon im übernächsten Häuserblock so alles abspielt. Dem Umgang mit Daten durch Behörden und Wirtschaftsunternehmen muss eine klare rechtliche Grundlage vorangestellt werden, mit dem das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wieder hergestellt wird. Der sensible Umgang mit Daten wird nur dann funktionieren, wenn das Problembewusstsein wächst und durch Aufklärungskampagnen erhöht wird.

Meine Daten gehören mir

Lauschangriff und Onlinedurchsuchung, Videoüberwachung und Erfassung von Autokennzeichen – immer mehr Bereiche des öffentlichen Lebens und der Privatsphäre stehen unter Beobachtung. Allen voran die CSU betreibt den schleichenden Übergang in den Überwachungsstaat. Wir wehren uns gegen die staatliche Datensammel-Wut. Privatheit ist kein Luxusgut, sondern Grundrecht. In mehreren Entscheidungen hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich das Recht jeden Bürgers und jeder Bürgerin auf informationelle Selbstbestimmung hervorgehoben. Mit gutem Grund: in Zeiten fast grenzenlosen Datenverkehrs haben die BürgerInnen ebenso selbstverständlich ein Recht auf den Schutz ihrer Daten, wie sie es seit langem auf die Unverletzlichkeit ihrer Wohnung oder die Vertraulichkeit ihres Schriftverkehrs haben. Doch nicht nur von staatlicher Seite gibt es immer größere Begehrlichkeiten nach Daten. Auch die Privatwirtschaft muss in die Schranken gewiesen werden. Überwachung am Arbeitsplatz oder die Ausspähung von Daten von potentiellen KonsumentInnen vertragen sich mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung ebenso wenig wie die staatlichen Versuche, den Datenschutz einzuschränken.

Für ein freiheitliches Versammlungsrecht

Im Zuge der Föderalismusreform haben die Länder nun das Recht, eigene Versammlungsgesetze zu erlassen. Die Bayerische Staatsregierung will das Versammlungsrecht in vielen Punkten restriktiver fassen und schränkt das Grundrecht der Versammlungsfreiheit ein. So sollen unter dem Vorwand der Bekämpfung rechtsextremistischer Aufmärsche Demonstrationen verboten werden können, nicht nur wenn sie die öffentliche Sicherheit, sondern auch wenn sie lediglich die öffentliche Ordnung oder die Rechte Dritte unzumutbar beeinträchtigen. Besonders die „Beeinträchtigung der Rechte Dritter“ als möglicher Verbotgrund stellt ein Einfallstor dar, mit dessen Hilfe Versammlungen verboten werden können. Dieses von der Staatsregierung als „Rücksichtnahmegebot“ bezeichnete neue Verbotsinstrument wäre bundesweit einmalig und eine Neuerung im Bereich der Grundrechtseinschränkungen. Darüber hinaus müssen die VersammlungsleiterInnen wesentlich umfangreichere Angaben gegenüber den Behörden machen, die Polizei darf künftig auch dann die TeilnehmerInnen einer Demonstration umfassend filmen und fotografieren, wenn es keine Anhaltspunkte für Straftaten gibt. Insgesamt droht so aus dem Versammlungsrecht ein Versammlungsverhinderungsrecht zu werden.

Wir GRÜNEN wehren uns entschieden gegen diesen Versuch, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit einzuschränken. Wir wollen deshalb vielmehr das Demonstrationsrecht stärken, Versammlungen - und damit auch das Recht auf freie Meinungsäußerung - erleichtern und die Möglichkeiten von Verwaltungen und der Polizei, Demonstrationen zu verbieten, auf ein demokratisch verträgliches Maß reduzieren. Nur so sehen wir den klaren Auftrag von Artikel 113 der Bayerischen Verfassung conse-

quent umgesetzt: „Alle Bewohner Bayerns haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.“

Entschieden gegen Rechts

Rechtsextremistische, antisemitische und ausländerfeindliche Straftaten müssen Polizei und Justiz entschieden und konsequent bekämpfen. Rechte Meinungen, nationalchauvinistische Einstellungen und den Antisemitismus im Kopf und im Herzen kann man nicht mit dem Strafrecht begegnen. Hier hilft nur eine gefestigte demokratische Gesellschaft, in der Toleranz und Zivilcourage gelebt werden. Auch die CSU muss lernen: der Kampf gegen Rechts ist nur dann zu gewinnen, wenn es eine glasklare inhaltliche Abgrenzung gibt. Es ist wichtig, präventive Ansätze vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu verstärken. Wir fordern eine umfassende Bildungspolitik, die bereits im vorschulischen Bereich auf die Stärkung der Persönlichkeit und nicht auf Ausgrenzung und Selektion setzt. Ziel muss die Ausbildung sozialer und emotionaler Kompetenz und der Empathie- und Konfliktfähigkeit sein. Frühzeitig muss zur Toleranz erzogen und der neugierige und offene Umgang mit Fremden und dem Anderssein selbstverständlich werden.

Programme für internationale Begegnungen und SchülerInnen-Austausch in allen Schularten müssen verstärkt werden. Die Schulpolitik und die Jugendarbeit müssen enger zusammen arbeiten. Sportvereine und Jugendverbände wollen wir verstärkt fördern und eine intensive Vernetzung und Kooperation mit Schulen und Eltern vortreiben, um alle Lernorte gleichermaßen in die Demokratieerziehung mit einzubeziehen. Eine solche präventive Strategie muss die bestehenden Programme ergänzen und für die verschiedenen Zielgruppen ausbauen. Die Aktivitäten bedürfen einer kontinuierlichen und verlässlichen Finanzierung und Absicherung und dürfen nicht tagespolitischen Erwägungen unterworfen sein. Ein besonderes Augenmerk und intensivere Forschungsarbeit ist dabei auf den Bereich der zunehmenden rechtsradikalen Einstellungen von jungen Frauen zu richten.

Entschieden gegen Rechts: Handeln statt Hetzen

Den Gefahren des Rechtsextremismus muss zwar auch durch Repressionen von Polizei und Justiz entgegen gewirkt werden. Diese allein können jedoch nicht wirksam sein. Eine erfolgreiche Bekämpfung antidemokratischer Einstellungen kann schließlich nicht durch eine weitere Beschneidung freiheitlicher Grundrechte, wie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit erfolgen, sondern nur durch eine gefestigte demokratische Gesellschaft, in der Toleranz und Zivilcourage gelebt werden. Auch die CSU muss lernen: der Kampf gegen Rechts ist nur dann zu gewinnen, wenn es eine glasklare inhaltliche Abgrenzung gibt. Oft genug hat die CSU diese inhaltliche Abgrenzung vermissen lassen und versucht, auf dem Rücken von Minderheiten Stimmung zu machen. Solche Politik ist Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen, weil es ihr Gedankengut fördert und salonfähig macht.

Die Erinnerung für eine demokratische Zukunft sichern

Die Gedenkstättenarbeit ist eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung. Die bayrischen KZ-Gedenkstätten und NS- Dokumentationszentren sind nicht nur Orte des Mahnens, Erinnerns und Gedenkens, sondern auch Lernorte, an denen die Unmenschlichkeit, der Terror und die Brutalität des nationalsozialistischen Regimes erfahrbar gemacht werden sollen. Nur wer die Erfahrungen der dieser deutschen Geschichte verinnerlicht hat, weiß die Kostbarkeit des Rechtsstaates und die Sicherung der Menschenwürde zu schätzen. Die zunehmenden Aktivitäten der NPD und der rechtsextreme Aufmarschterror in Wunsiedel, Gräfenberg und vielen weiteren Ge-

meinden Bayerns zeigen wie notwendig diese Bildungsarbeit und die Stärkung der Erinnerungskultur sind. Wir werden die Erinnerungskultur in Bayern konzeptionell fortentwickeln und der Gedenkstättenarbeit eine solide personelle und finanzielle Basis geben.

Medien

Über die Medien erschließt sich die Welt. Unabhängige und freie Medien sind von größter Bedeutung für unsere Demokratie. Wir setzen uns ein für eine vielfältige Medienlandschaft. Wir wollen das duale System aus öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Rundfunkangeboten erhalten und stärken. Der Zugang zur Medienwelt ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen in unserer Gesellschaft. Alle Menschen in ganz Bayern müssen die Chance haben, Medien in ihrer ganzen Vielfalt zu nutzen. Für uns ist die Vermittlung von Medienkompetenz eine Schlüsselaufgabe in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, in der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung. Die Unabhängigkeit der Medien und die Pressefreiheit müssen immer aufs Neue verteidigt werden: Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung werden Prinzipien wie etwa der InformantInnenschutz in Frage gestellt. Um wirtschaftliche Interessen einzelner Unternehmen zu schützen, werden Einschränkungen des Informationsanspruchs der Presse in Kauf genommen. Medienpolitik wird reduziert auf Medienwirtschaft. Das bewährte duale System aus öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Rundfunkangeboten gerät unter Druck, wenn Rundfunkgebühren zum Spielball der Politik werden und private Rundfunkangebote systemwidrig aus dem Staatshaushalt gefördert werden.

Der Zugang zur Medienwelt ist zur sozialen Frage geworden: Wer keinen Zugang zum Internet hat oder nicht über die Kompetenz verfügt, die vielfältigen und sich rasch wandelnden Informationsangebote zu nutzen, droht an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Doch anstatt Medienpolitik als Bildungs- und Gerechtigkeitsfrage zu begreifen, reduziert die herrschende Politik die Diskussion auf Kontrolle und Verbote, wie beispielsweise in der Diskussion um die „Killerspiele“. Wir werden medienpädagogische Forschung fördern und im Rahmen der Ausbildung von LehrerInnen und ErzieherInnen sowie in der Erwachsenenbildung die Medienpädagogik stärken.

Wir werden uns weiterhin dafür stark machen, dass der Informationsanspruch der Presse gesetzlich gestärkt wird. Allen Versuchen, die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien zu beschränken, werden wir mit Entschiedenheit entgegentreten. Im Rahmen der nächsten Änderung des Rundfunkstaatsvertrags wollen wir die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks absichern und das Rundfunkgebührensystem an die neuen technischen Entwicklungen anpassen. Dazu gehört auch der Verzicht auf eine geräteabhängige Gebühr bei Endgeräten mit Internet-Zugang. Die Finanzierung privater Medienangebote muss für jede Bürgerin und jeden Bürger transparent und nachvollziehbar sein. Wir werden Status und Aufgaben der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) kritisch überprüfen und neu ordnen. Statt private Fernsehsender aus dem Staatshaushalt zu finanzieren, werden wir offene Kanäle fördern, die eine direkte Beteiligung der BürgerInnen an lokalen Medienangeboten ermöglichen. Die Vermittlung von Medienkompetenz setzen wir als Querschnittsaufgabe in allen Bildungseinrichtungen um.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Bayern haben wichtige Funktionen insbesondere im Bereich der sozialen Sicherung und der kommunalen Daseinsvorsorge zu erfüllen. Wenn in Städten und Gemeinden aufgrund politischer Fehler und finan-

zieller Mängel immer mehr Freizeiteinrichtungen geschlossen werden, öffentliche Gebäude verlottern, Gehsteige, Radfahrwege und Straßen immer mehr Schlaglöcher aufweisen, Kinderbetreuungsangebote ständig teurer werden, der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt, Bibliotheken und sonstige Bildungseinrichtungen geschlossen werden, dann wenden sich die Menschen sehr schnell nicht nur von ihrer Kommune ab, sondern sie haben auch kein Vertrauen mehr in Staat und Gesellschaft. Städte und Gemeinden sind die Urzellen des demokratischen und gerechten Zusammenlebens im Staat. Um den Kommunen die Erfüllung ihrer Aufgaben und eine eigenständige und nachhaltige Haushaltspolitik zu ermöglichen, bedarf es einer Neuregelung des Finanzverhältnisses zwischen Staat und Kommunen. Aufgaben und Zuständigkeiten der einzelnen staatlichen Ebenen müssen klarer voneinander getrennt, Steuereinnahmen gerechter auf Land und Kommunen verteilt werden. Der demografische Wandel, aber auch wirtschaftliche Strukturveränderungen müssen dabei besser berücksichtigt werden. Wir wollen das Geflecht der staatlich-kommunalen Finanzbeziehung vereinfachen und dadurch transparenter gestalten, gleichzeitig aber auch bei den Zuschusszuweisungen darauf achten, dass diese den Kriterien der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes genügen. Schulbau-, Wohnbauförderung und sonstige Investitionszuschüsse setzen Klimaverträglichkeit voraus.

Wir wollen eine Kommunalpolitik, die wegkommt vom goldenen Zügel des Staates hin zu mehr Selbstverantwortung und Selbstgestaltungsmöglichkeit. Es gilt der Grundsatz: „So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig“. Wir wollen mehr staatliche Aufgaben und mehr Entscheidungskompetenzen auf die kommunale Ebene verlagern. Dazu gehört auch, dass die Informations- und Mitwirkungsrechte nicht nur für die MandatsträgerInnen, sondern insbesondere für die BürgerInnen gestärkt werden. Die Ausgliederung wichtiger Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge in öffentliche und privatrechtliche Gesellschaften darf nicht dazu führen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr über Hintergründe wichtiger Entscheidungen informieren und keinen Einfluss mehr nehmen können. Notwendig sind Konzepte, um die öffentliche Verwaltung effizienter zu machen. Wir wollen statt Privatisierung oder Verkauf eine Optimierung und Modernisierung öffentlicher Daseinsfürsorge. Insbesondere muss die Wasserversorgung dezentral in kommunaler Zuständigkeit bleiben und darf nicht im Zuge der Globalisierung spekulativen Finanzinvestoren überlassen werden. Kommunale Einrichtungen sind das Herzstück jeder Stadt und Gemeinde. Sie müssen deshalb gestärkt werden damit unsere Gemeinden und Städte nicht zu Verwaltungsebenen degradieren. Wichtig ist aber auch, dass sich die Kommunen regional besser vernetzen und über Gemeindegrenzen hinweg kooperieren. Demokratisch legitimierte Regionalverbände sind dazu ein geeignetes Instrument.

Bürgerentscheid und Bürgerbeteiligung

Unser Ziel ist die Wiederherstellung eines wirksamen Bürgerentscheids. Wir treten der Aushöhlung dieses wichtigen Instruments entgegen und wollen insbesondere das Zustimmungsquorum gesenkt oder gestrichen wissen. Wenn in den Städten zwischen 20.000 und 50.000 EinwohnerInnen die Hälfte aller Bürgerentscheide allein an dem Zustimmungsquorum scheitert, zeigt dies, wie die demokratische Mitwirkung durch bürokratische Hemmnisse beeinträchtigt und unmöglich gemacht wird. Gleichermaßen gilt es, die Hemmnisse bei Volksbegehren, etwa durch die Zulassung der freien Unterschriftensammlung zu verbessern.

In unseren Städten und Gemeinden leben viele MigrantInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Wir wollen ihre Einbürgerung deutlich erleichtern, um ihnen damit auch die volle politische Mitwirkung auf kommunaler und staatlicher Ebene zu eröffnen. Als ersten Schritt fordern wir für sie ein kommunales Wahlrecht. Integrationsräte

sind außerdem ein geeignetes Arbeitsgremium zur Bewältigung der Integrationsaufgaben vor Ort.

Bürgerschaftliches Engagement groß geschrieben

Wir wissen: ohne bürgerschaftliches Engagement geht nichts mehr in der Umweltarbeit, in der Seniorenarbeit, bei sozialen Initiativen. Wir wollen das Ehrenamt stärken und fördern etwa durch bessere Weiterqualifizierungsmöglichkeiten und vermehrte berufliche Anerkennung, sowie neue Formen bürgerschaftlichen Engagements. Die Bürgerbeteiligung und Selbstorganisation für ökologische Anliegen nach dem Vorbild der „Lokalen Agenda 21“ wollen wir stärken, denn nur durch intensives bürgerschaftliches Engagement können die neuen Herausforderungen in den Kommunen gemeistert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich mit ihren Städten und Gemeinden als Heimat identifizieren können.